Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950
1949

41 (14.10.1949)

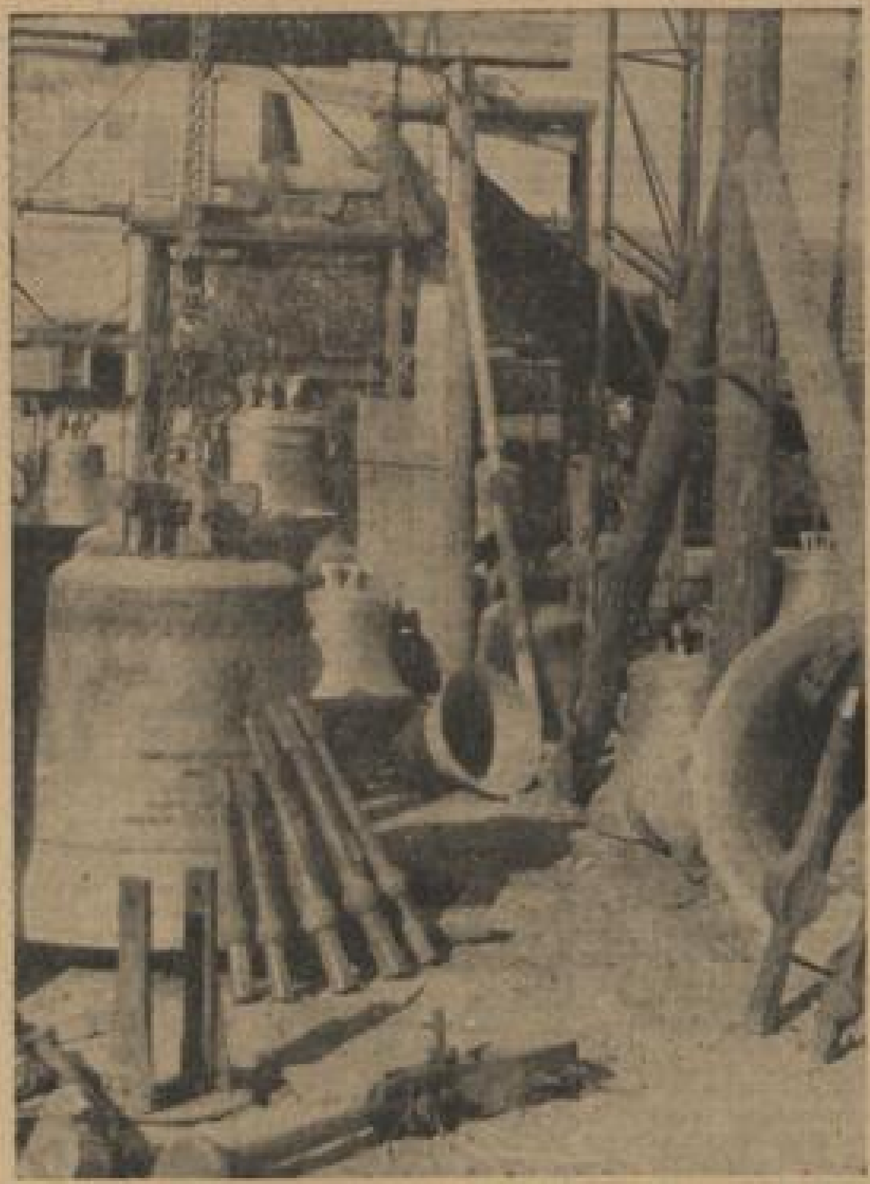
Visual Library

WIRTSCHAFTSREVUE

Kurzfassungen in französischer und englischer Sprache: L'ECONOMIE CONTINENTALE · CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW

UNABHÄNGIGE EUROPÄISCHE WOCHENSCHRIFT

Nr. 41 — 4. Jahrgang · Liz.-Nr. 1131 DG AA/Inf.-Pr. · Konstanz/Bodensee, 14. Oktober 1949 · Ausg. D. Preis 50 D-Pfennige



Wir bringen auf Seite 8 eine Reportage über die Erdinger Glockengießer. Dieses Bild hier zeigt Erdinger Glocken aus der neuen Legierung „Euphon". Nachdem die erkalteten Glocken ausgegraben und vom Lehm befreit sind, müssen sie bis zur Fertigstellung noch eine ganze Reihe von Produktionsstadien durchlaufen, u. a. das Einsetzen der in der Schmiede gefertigten Klöppel.

Deutsche Börsen weiter optimistisch

Hausse in deutschen Werten im Ausland — DMark fest — Baumarkt weiter belebt
Produktionsrückgänge und -erhöhungen gleichen sich aus — Soforthilfe am 20. Okt.

Unverkennbar ist in der abgelaufenen Woche eine weitere Beruhigung überall eingetreten. Auf den freien Warenmärkten in Westdeutschland und Berlin gaben die Preise durchweg weiter nach. Immer stärker gleichen sich diese Preise an die Normalpreise an. Das Hauptinteresse verlagert sich mehr und mehr auf solche Waren, die unter Zoll hereinkommen und dadurch unter den offiziellen Ladenpreisen liegen. Kaffee war knapper. Schokolade reichlich angeboten. Noch immer sind die Preisdifferenzen zwischen den einzelnen Städten ziemlich groß. Zucker schwankt zwischen 2.50 in München und 3.00 DM in Hamburg, Butter zwischen 8.— und 12.— für das Kilo. Ami-Weizenmehl liegt weiter unter 2.— DM.

Viehpreise steigen

Die einzig unerfreuliche Entwicklung, auf die wir bereits in der vorigen Ausgabe in einer Glosse eingingen, sind die steigenden Preise auf den Viehmärkten. Obwohl der Auftrieb außerordentlich groß war, lagen die Preise bei Rindern um 3.— bis 10.— für 50 kg über den festgesetzten Preisen. Der Schweinemarkt ist ebenfalls reichlich versorgt, die Nachfrage wesentlich reger und die Preise konnten sich in allen Klassen verbessern. Auch am Kälbermarkt beginnen die Auftriebe reichlicher zu werden. Auf den Produktenmärkten beginnt langsam eine Zurückhaltung in den Ablieferungen, und zwar nicht nur bei Inlandsweizen, sondern auch bei Roggen. Die Mühlen sind aber gut versorgt, jedoch macht sich bei ihnen eine Abhängigkeit von Importen bemerkbar. 2000 t Weizen wurden aus Importen freigegeben, jedoch erhielt die Teigwarenindustrie keine Zuteilung. Der Mehlmarkt kann die Nachfrage befriedigen. Lebhafteres Geschäft entwickelte sich im Weizenmehl, Roggenmehl findet wenig Gegenliebe. Der Futtermittelmarkt ist ruhig. Das Kleieangebot ist groß und geht nur zu herabgesetzten Preisen ab. Sommergerste konnte im Geschäft mit den Brauereien etwas höhere Preise erzielen. Das Angebot war geringer als die Nachfrage. Hafer wird vor allem von der Industrie gesucht. Der bevorstehende Import von Erbsen aus Holland wird den Absatz von deutscher Ware ungünstig beeinflussen. Die Preise für Bohnen haben wegen lebhafter Nachfrage etwas angezogen.

DMark sehr fest

An den freien Devisenmärkten in Deutschland lagen die Kurse bei etwas größerem Angebot durchweg unter den Vorwochen-Notierungen. So ging der Dollarkurs auf allen Märkten um 35 bis 50 Pfennige zurück. Auch beim Pfund ergaben sich teilweise nicht unbeträchtliche Einbußen. Aus Stuttgart und Bremen werden Pfundkurse gemeldet, die nur noch geringfügig über der amtlichen Notiz liegen. Auch der Kurs des Schweizer Franken ging durchweg leicht zurück. Der Geschäftsumfang an diesen freien Devisenmärkten hält sich in recht engen Grenzen. Der Dollar lag bei 6.— bis 6.50 DM. Der Schweizer Franken bei 1.30 DM in Stuttgart und 1.45 in Hamburg. Das Pfund erreichte seinen tiefsten Stand mit 11.90 DM in Stuttgart, in Hannover hielt es sich bei 14.— und in Hamburg bei 15.—. In Hamburg wurde die dänische Krone mit 0.61 bis 0.66 DM, die Schwedenkrone mit 0.82 bis 0.87 und der holländische Gulden mit 1.30 bis 1.30 DM gehandelt. In Frankfurt zahlte man für 100 frans. Franken 1.50 bis 1.60 DM.

Deutsche Werte haussieren

Auch an den internationalen Devisenmärkten war die D-Mark fest, sogar sehr fest. Bundeswirtschaftsminister Erhard wies am Mittwoch vor Pressevertretern besonders darauf hin, die D-Mark sei die einzige Währung, die nach der Abwertung einen höheren Kurs habe als vor der Abwertung. Wir haben bereits in der Übersicht der vorigen Ausgabe auf diese Entwicklung hingewiesen. Inzwischen ist die D-Mark weiter gestiegen: In Zürich von 66.—/68.— auf 67.50/69.50 sfr für 100 DM (der Dollar war international auch etwas fester, aber das Pfund schwächer). Sogar die deutschen Werte stiegen an den Auslandsbörsen. In Zürich gab es trotz sonst schwacher Börsentendenz geradezu eine Hausse in deutschen Werten. So stiegen Elektr. Licht und Kraft von 13½ auf 22 und erreichten vorübergehend sogar 25. AEG stieg ebenfalls von 13½ auf 23. Auch deutsche Staats- und Industrieanleihen waren sehr fest. Aus den Börsenberichten geht hervor, daß man die Fortsetzung der deutschen Wirtschaftserholung erwartet angesichts der Schaffung einer handelsfähigeren Währung.

Deutsche Börsen fest

Auch die deutschen Wertpapierbörsen setzten ihre feste, teilweise sehr feste Haltung fort. Auch am Mittwoch dieser Woche, als zum erstenmal Gewinnmitnahmen festzustellen waren, blieb die Grundhaltung fest. Bis zum Anfang dieser Woche führten in der Festigkeit die Montanwerte. Dann kamen auch Papiere der Elektroindustrie und andere Spezialitäten in diese Aufwärtsbewegung. Stark gestiegen ist der Kurs der Gutehoffnungshütte, der am 30. 9. noch bei 26 lag und am 12. 10. teilweise 35% erreichte. Hoesch stieg in der gleichen Zeit von 18 auf 25. Klöckner ebenfalls von 16 auf 24½. Rheinstahl, das am 30. 9. noch 17½ notierte, ging am 12. 10. teilweise auf 24½ herauf. Mannesmann erreichte am Mittwoch teilweise einen Kurs von 25½ gegen 19 am 30. 9. Stahlverein ging vom 30. 9. mit 16½ auf 23½ am Mittwoch in München herauf. Sehr fest liegen auch die Bankaktien, als Beispiel Dresdner Bank, die am 30. 9. noch 8 stand und am Dienstag schon 11½ erreichte. Nur der Pfandbriefmarkt ist ruhig und fast umsatzlos. Als Gründe für diese Festigkeit der Börse werden die Erklärungen in der Demontagefrage angegeben. Zweifellos ist daran viel richtig, insbesondere wenn man die besonderen Kursverbesserungen der Montanwerte dabei im Auge hat. Jedoch scheint es uns, als ob auch die Erklärungen über die bevorstehenden Steuerermäßigungen nicht unwesentlich zur Festigung der Börse beigetragen haben. Sonst wären nämlich nicht auch die anderen Werte so stark gestiegen. (Als Kuriosum muß betrachtet werden, daß die Kurse der Girosammeldepotwerte so weit gestiegen sind, daß sie schon fast an die der Effektivwerte herankommen, obwohl die Sammeldepotwerte per 1. Oktober 1949 für kraftlos erklärt wurden.)

Kein Symptom

Mancher wird sich über diese Entwicklung an den deutschen Börsen wundern; denn die Nachrichten aus der deutschen Wirtschaft sind keineswegs so rosig, aber — das sei vorweg gesagt — die Börse hat im allgemeinen eine ganz gute Nase und irrt sich selten. Im ersten Moment beängstigend erscheinen die Nachrichten aus der Eisen- u. Stahlindustrie. Im September ist die Eisen- und Stahlerzeugung zum erstenmal gesunken, und man wird auch im Oktober mit einem weiteren Sinken rechnen müssen. Der Auftragseingang bei den Walzwerken macht nur 40% der Walzenbelegung aus. Aber Bundeswirtschaftsminister Erhard hat wohl recht, wenn er am Mittwoch erklärt, dies sei noch keineswegs ein Symptom abflauender Konjunktur. Das hat man in früheren Zeiten geglaubt, als jeder Konjunkturumschwung bei der Eisen- und Stahlindustrie begann. Solche Maßstäbe normaler Zeit sind heute nicht anwendbar. Auch aus der Weiterverarbeitung kommen unerfreuliche Nachrichten. So hat die Daimler-Benz A.G. in Gaggenau beschlossen, 800 bis 900 Arbeitskräfte zu entlassen, weil sie nicht mehr in der Lage sei, die mit der Kurzarbeit verbundenen höheren Unkosten zu tragen. Auch die Aluminiumhütte in Lünen soll stillgelegt werden. Dort wurden schon Ende September 300 Leute entlassen und bei Stillegung würden weitere 500 Menschen arbeitslos.

Arbeitslosigkeit

Das führt uns zu verschiedenen Meldungen über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Schon die Verschiedenheit der Meldungen zeigt, daß man nicht von einer einheitlichen Entwicklung sprechen kann. Am stärksten ist die Arbeitslosenzahl in Oberschwaben gestiegen: Von Ende August bis Ende September um rund ein Drittel auf 3,1% der Beschäftigten. Dies ist insofern ein Sonderfall, als Umsiedlertransporte zum Teil daran schuld sind. Aber auch in Hamburg ist die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vormonat um 3128 auf 60 561 gestiegen. Aus Südbaden wird eine einheitliche Bewegung zur weiteren Verschärfung der Arbeitsmarktlage festgestellt. Die leicht gestiegene Zahl der Beschäftigten könne nicht darüber hinwegtäuschen, da in ihr zum Teil die Aufnahme der Schulentlassenen zum Ausdruck komme. Die Zahl der Arbeitslosen stieg um 310 auf 8283. Auf 100 Beschäftigte wurden Ende September 2.5 Arbeitslose gezählt.

Eine fast unveränderte Lage am Arbeitsmarkt wird aus Niedersachsen und aus Frankfurt gemeldet. In Niedersachsen erhöhte sich sogar die Zahl der offenen Stellen und in Frankfurt blieb sie unverändert. Einen kleinen Rückgang der Arbeitslosigkeit meldet Württemberg-Baden, um rund 100 auf rund 38 000. Dort entspricht die Zunahme der Beschäftigten im letzten Vierteljahr mit 30 000 genau der Zahl der untergebrachten Schulentlassenen. Aus Südwürttemberg wird berichtet, daß die Gesamtbeschäftigtenzahl mit 316 000 um 2,3% höher sei als vor dem Kriege. Das ist nun das zweite Land, das eine solche Meldung machen kann.

Produktion

Genau so uneinheitlich wie die Meldungen über die Arbeitslosigkeit sind die Produktionsstatistiken. So stellt Düsseldorf eine schwache Belebung fest, obwohl bereits Werke der Röhrenindustrie, der Papiererzeugung und der Schleifsteinherstellung vor der Alternative stehen, auf Lager zu arbeiten oder die Produktion zu drosseln. Insbesondere macht sich natürlich die geringe Auftragsvergebung der Bundesbahn bemerkbar. Geht man im Vergleich auf größere Zeiträume zurück, dann ist die Zunahme des Produktionsvolumens doch ziemlich erheblich. So stellt die Verwaltung für Wirtschaft fest, daß der Index der Gesamtindustrie im Vereinigten Wirtschaftsgebiet im August 1948 bei 63¾ und im August 1949 bei 91¾ des Standes von 1936 lag. Die stärkste Zunahme in dieser Zeit hat der Fahrzeugbau, der seine Produktion auf das 2½fache steigerte. Aus dem Bericht über die wirtschaftliche Lage in den einzelnen Industriezweigen heben wir hervor, daß in der Nichteisen- und Metallindustrie die Nachfrage nach Rohmetallen völlig unbefriedigend sei. Die Nachfrage nach Aluminium ist weiter schwach. In der Chemie ist eine leichtsteigende Tendenz zu verzeichnen. Allerdings ging der Export beachtlich zurück. Die ungünstigen Auswirkungen der Dumping-Angebote aus der Ostzone machten sich bemerkbar. Im Maschinenbau steigt die Arbeitslosigkeit und der Export ging um 3,7% zurück. Die elektrotechnische Industrie lag etwas günstiger, aber die Preise sind weiter gefallen. Die Bauwirtschaft erfuhr eine weitere Belebung. Infolge der guten Rohstoffversorgung konnte die Produktion der Textil- und Bekleidungsindustrie sowohl im Spinnerei- als auch im Weberei-Sektor sich weiter entwickeln.

Es wird weiter gegründet

Hierher gehört auch die Feststellung, daß die Gründertätigkeit weiter rege bleibt. So wurden im Düsseldorfer Handelsregister auch im 3. Quartal 1949 115 Neueintragungen vorgenommen gegen 124 im 2. Quartal. Nach wie vor betreffen die meisten Eintragungen die GmbH., die aus steuerlichen Gründen bevorzugt wird.

Bei den Banken nimmt das Kreditgeschäft nur wenig zu. Die Wirtschaft stellt nicht mehr so viel Anträge, so wird behauptet, weil die Bestimmungen so scharf sind, daß die meisten doch keine Aussicht haben, Kredite zu bekommen. Nun sind ja wohl gewisse Erleichterungen geschaffen worden, und es ist den Banken die Möglichkeit gegeben, zunächst einmal 300 Mill. DM Ausgleichsforderungen an die Landeszentralbanken zu verkaufen, aber was ist dies bei 8 Milliarden Ausgleichsforderungen! Außerdem sind die Bestimmungen auch hier so scharf, daß von einer aktiven Konjunkturpolitik nicht die Rede sein kann. Es sind eben nur Vorfinanzierungen mittelfristiger Art. Das kann aber keineswegs genügen.

Sorgen um den 20. Oktober

Insbesondere wenn man an den 20. Oktober denkt, den Tag, an dem die erste Zahlung für die Soforthilfe des Lastenausgleichs erfolgen muß. Gewiß kann man sagen, daß die Wirtschaft seit einem halben Jahr auf diese Zahlung vorbereitet ist, aber die Lage der Unternehmungen hat sich seit dem Frühjahr ganz wesentlich verändert. In den meisten Fällen wird diese Zahlung nicht aus flüssigen Mitteln geleistet werden können. Viele Betriebe werden also um Stundung bitten müssen. Jedenfalls müssen wir ernsthaft davor warnen, solche Stundungen abzulehnen mit dem Hinweis, daß die Gesellschaft oder der Unternehmer noch Wertpapiere habe, die er veräußern könne. Wenn man ein solches Ansinnen in größerem Umfang stellt, dann werden nämlich nicht die Aktien verkauft, was übrigens aus der oben geschilderten Entwicklung an den deutschen Börsen hervorgeht, sondern die Pfandbriefe — und dies wäre ein sehr schlechtes Geschäft für den Staat, denn er müßte das Vielfache von dem, was er zu bekommen hat, aufwenden, um die Kurse der Pfandbriefe zu stützen.

Immerhin sei nach langer Zeit wieder einmal darauf hingewiesen, daß der Zahlungsmittelumlauf doch noch immer weiter wächst. Er ist jetzt bei rund 7½ Milliarden angekommen und lag Ende September um 231 Mill. DM über dem Ultimo August. Nun ist tatsächlich dieser Quartalsultimo außerordentlich schwer gewesen, aber bedenklich scheint uns doch langsam diese Aufwärtsentwicklung zu werden.

In dieser Nummer:

Interzonenhandel wieder auf Vertragsgrundlage
Berlin braucht 300 Mill. Dollar
Europa-Union, Frankreich und die Abwertung
Machtballung in der USA-Industrie
Japans Handelsflotte im Wiederaufbau
Österreichs „Anschluß"-Industrien

Tatsachen und Prinzipien

Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Erhard nimmt sich die Zeit, oft und an verschiedenen Stellen zu Wirtschaftskreisen zu sprechen. Diese Mitteilsamkeit ist in jeder Hinsicht erfreulich. Sie ist demokratisch und sie ist insbesondere für eine freie Wirtschaft wichtig, weil es für jeden Unternehmer dringend notwendig ist zu wissen, was die hohe Wirtschaftspolitik zu machen gedenkt.

Greifen wir einige Grundzüge heraus, die sich aus den Reden Erhards vor und nach dem letzten Wochenende herauskristallisiert haben. Zunächst: Durch möglichst niedrige Aufwendungen für den Staat die unbedingt notwendige Steuersenkung zu ermöglichen. Es ist zu begrüßen, daß man nun ernstlich darangeht, die Staatsaufwendungen herunterzudrücken, aber wir halten es durchaus für möglich, daß auch bei Steuertarifsenkungen die Steuereinnahmen nicht wesentlich niedriger sein werden. Verbinden wir diesen Gedanken mit Erhards Postulat, die Steuern dürften sich nicht nach den Aufwendungen für den Staat richten, sondern die Staatsaufwendungen nach der Steuerkraft der Wirtschaft. Wir sind in unserem Blatt von jeher noch einen Schritt weitergegangen und haben die prinzipielle Forderung aufgestellt, das Bundesparlament müsse neu festlegen, welche Aufgaben der Staat hat, wieviel von diesen Aufwendungen von denen getragen werden können, die daran interessiert sind (z. B. Straßenbau und Verkehrsbetriebe) und wieviel allgemein umgelegt werden muß. Es darf nicht so weitergehen, daß man alle bisher vom Staat betreuten Aufgabengebiete als selbstverständlich vom Staat weiter zu betreuen betrachtet. Auf der anderen Seite wird es sich wahrscheinlich gar nicht einrichten lassen, daß die nun einmal notwendigen Staatsaufgaben nur so hoch sind wie die Steuerkraft. Man denke an die Besatzungskosten, an das jetzt schon vorhandene Defizit im Bundeshaushalt, an die mindesten 400 Mill. D-Mark betragenden Subventionen für die Ernährung, wie sie sich aus der Abwertung ergeben und vieles andere. Im Prinzip hat Prof. Erhard vollständig recht, aber was heißt Steuerkraft? Es kann in einer modernen Wirtschaftspolitik, auf der Grundlage freier Wirtschaft, für die Steuerpolitik nur darauf ankommen, den optimalen Steuerertrag herauszufinden. Wenn dieser nicht ausreicht, die Ausgaben zu decken, dann müssen die Aufgaben und die Ausgaben des Staates immer wieder überprüft werden; denn dann stimmt etwas im Verhältnis Staat und Wirtschaft nicht. Diese Feststellung gilt für normale Zeiten. Wir müssen für Deutschland diesen Grundsatz erheblich einschränken. Da bei uns der Kapitalbedarf sehr groß ist, müssen die Steuereinnahmen nicht nur nach dem optimalen Ertrag, sondern auch nach der Entscheidung darüber, wo die Kapitalbildung am erfolgreichsten stattzufinden hat, bemessen werden. Es muß nicht sein, ja es darf nicht sein, daß man — siehe oben — z. B. den Wohnungsbau nach der Kapitalseite hin einfach selbstverständlich als Aufgabe des Staates betrachtet, der die Mittel aus den Steuereinnahmen dazu zur Verfügung stellt. Wenn im Moment die Länder das können, weil ihre Einnahmen es gestatten, dann sollen sie es tun und aus der Not eine Tugend machen, nämlich aus der durch die übersteigerte Steuerhöhe entstandenen Kapitalnot. Sogar wenn, was kaum zu erwarten ist, der optimale Steuerertrag so viel Überschüsse ließe, daß der Staat investieren könnte, wäre es seine Pflicht, dies zu tun.

Eine weitere These Prof. Erhards bedarf, bei ebenfalls grundsätzlicher Zustimmung, einer näheren Beleuchtung: Der neue Außenkurs der D-Mark von 23,8 Dollarcents sei wahrscheinlich richtig gewählt, weil dadurch die Exportwirtschaft zu weiterer Leistungssteigerung angeregt würde und die Lebensmittel- und Rohstoffimporte sich nicht übermäßig verteuerten. Auch hier hat sich für viele Staaten, insbesondere aber für Deutschland, vieles so geändert, daß alte nationalökonomische Theorien nicht als Gegenbeweis herangezogen werden können. Früher stand der Grundsatz fest, ein armes Volk müsse die niedrigste Währung haben. Danach hätten also wir, und nicht Argentinien, am meisten abwerten müssen. Wir haben es nicht tun dürfen und hätten es auch, wie die deutschen Vorschläge zeigten, von uns aus gar nicht getan. Und nach dem Grundsatz, was uns nicht umwirft, macht uns nur stärker, sind wir auch anderer Meinung als „New Chronicle", die behauptet, Deutschland werde das Tempo des Wiederaufbaus seiner Industrie nicht durchhalten, es habe nicht den wirtschaftlichen Elan wie England und — man höre und staune — der Lebensstandard in Deutschland sei so niedrig, daß Lohnforderungen nicht ausbleiben könnten, die die Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland in Frage stellten. Dies gerade aus englischem Munde zu hören, erstaunt uns; denn der Lebensstandard in England ist notorisch niedrig und durch die Austerity-Politik seines glorreichen Führers Cripps künstlich niedrig gehalten (wird jetzt noch niedriger aus Exportgründen) und sicher, soweit Vergleiche möglich sind, eher niedriger als höher als in Deutschland. Vielleicht hat deshalb England sogar mehr abwerten müssen als wir. Eine andere Gefahr, die dieser, für den englischen Hausgebrauch geschriebenen, Artikel aufzeigt, ist für England ebenso groß wie für uns: die Märkte, in die Deutschland exportieren könne, seien so gut wie gesättigt. Zwischen den Zeilen steht dabei: da sind die englischen Waren bereits drin. Aber auch hier sehen die Tatsachen anders aus. Man denke nur an die Abmachungen von Annecy und die daraus folgenden erheblichen Einfuhrerleichterungen vieler Länder, sei es auf zollpolitischem oder auf dem Gebiete der Einfuhrkontingente.

Zum Schluß ein uneheliches Kind, das man dem Herrn Erhard unterschieben möchte: Der Bundeswirtschaftsminister hat das Volkswagenwerk in deutsche Hände übernommen. Böse Zungen flüstern sich nun zu, damit habe er sich zur Verstaatlichung bekannt. Wäre dies nur ein Bonmot, so könnte man darüber lächeln, aber wenn ein seit Gründung in Staatshand befindliches Unternehmen wieder in andere staatliche Hände überführt wird, dann kann man wirklich nicht von Sozialisierung sprechen. Im übrigen weiß man ja nicht, was die Bundesregierung einmal mit dem Volkswagenwerk vorhat. Jedenfalls ist es falsch, aus der Übernahme des Volkswagenwerkes in deutsche Hände eine Prinzipienfrage zu machen. Wichtig ist zunächst nur, daß es in deutsche Hände zurückkam. Das Ansehen und die Ansicht der Bundesregierung wird dadurch nicht berührt.

Auf der Suche nach der Bundeshauptstadt

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Unsere Lageberichte:

Kredite für Schrottreserven?

Gegenwärtig beträgt das Schrottaufkommen ungefähr 300 000 t im Monat, die Aufnahmefähigkeit der deutschen Hütten- und Stahlwerke ist jedoch auf etwa 250 000 t zurückgegangen. Um die Absatzschwierigkeiten des Schrotthandels zu beheben, ist nun von dem Vorsitzenden des Schrottverbandes e. V., Düsseldorf, auf der Jahreshauptversammlung des Verbandes vorgeschlagen worden, die zur Zeit nicht abzusetzende Schrottmenge von etwa 150 000 t im Monat einzulagern. Da die Schrottproduzenten und Schrotthändler nicht in der Lage sind, dieses Vorhaben aus eigenen Mitteln zu finanzieren, versuchen sie die erforderlichen Kredite über ein Bankenkonsortium zu beschaffen. Auch will man mit dem Länderwirtschaftsministerium darüber verhandeln. Nach vorläufigen Berechnungen wird für die Sammlung des Schrotts in besonderen Reservelagern eine Summe von monatlich etwa 12 Mill. DM und demnach von jährlich rund 150 Mill. DM benötigt. Der Plan ist auf den Zeitraum eines Jahres abgestellt, da angenommen wird, daß nach einem Jahr als Folge eines Rückgangs des Schrottaufkommens und weiter des Ansteigens der Stahlerzeugung die gegenwärtigen Schwierigkeiten behoben sein werden.

Eine Verringerung der Schrottsammeltätigkeit wird nicht für zweckmäßig gehalten, weil dadurch die Enttrümmerung in Westdeutschland verlangsamt würde. Weiter wird darauf hingewiesen, daß zur Zeit das Schrottaufkommen auch deshalb so hoch sei, weil infolge der knappen Betriebsmittel fast jeder Betrieb gezwungen sei, alte Maschinen und sonstige Betriebseinrichtungen so schnell wie möglich abzustoßen und verschrotten zu lassen.

Der Schrottverband wendet sich recht nachdrücklich gegen den Vorschlag, den Schrottpreis um 10 DM je Tonne zu senken, damit eine Erhöhung der Stabstahl- und Formstahlpreise vermieden werden könne. Der gegenwärtige Schrottpreis habe bereits eine Untergrenze erreicht, bei deren Überschreitung der wertvolle Rohstoff Schrott verkommen werde, wie es vor der Geldreform geschehen und in Süddeutschland heute schon wieder wegen der hohen Frachtkosten zu beobachten sei. Vernachlässige man aber die Schrottsammlung, so müßten später um so mehr Erze gegen Devisen gekauft werden.

Dr. Hans Schäfer von der Preisabteilung der Verwaltung für Wirtschaft kündigte auf der Jahreshauptversammlung des Schrottverbandes an, daß die Auslandserzimporte in der kommenden Erzeugungsperiode der westdeutschen Stahlindustrie verringert werden müßten, um die inländischen Fe-Reserven besser auszunutzen. Die geringen Schrottabrufe seien vor allem auf die schwierige Finanzlage der Hütten- und Stahlwerke zurückzuführen. Infolge der unzureichenden Eisenpreise würden sich zur Zeit aus der Thomasstahlproduktion monatliche Verluste von mehr als 3 Mill. DM ergeben, die nicht einmal zur Hälfte durch die Siemens-Martin-Stahlproduktion ausgeglichen werden könnten. Den Vorschlag, Schrottreserven zu bilden, bezeichnete Dr. Schäfer als einen ernsthaft zu beachtenden Gedanken.

•

Die sofortige Wiederaufnahme der Schrott-Lieferungen nach Großbritannien ist bei Verhandlungen zwischen dem britischen Versorgungsministerium und Vertretern des deutschen Schrotthandels beschlossen worden.

Die Preisvereinbarungen mußten nach der Pfundabwertung neu festgesetzt werden: Es bleiben die alten Preise in D-Mark frei Schiff Duisburg. Da die D-Mark weniger als das Pfund abgewertet wurde, ergibt sich dann, in Pfund gerechnet, eine Erhöhung um etwa 12½%. 200 000 t sind noch vor der Pfundabwertung geliefert worden und werden zum alten Kurs abgerechnet. Bis zum Jahresende rechnet man mit einem weiteren Schrottexport nach England von 400 000 t.

Solinger Schneidwaren stellen sich um

Die Solinger Schneidwarenindustrie ist infolge der Absatzkrise immer mehr dazu übergegangen, andere Fabrikate in ihr Produktionsprogramm aufzunehmen. Man hat gute Erfolge mit Auto- und Fahrradteilen und mit Beschlägen aller Art, insbesondere für Öfen, gemacht.

Schleifmittelindustrie befriedigend beschäftigt

Die Schleifmittelindustrie ist gegenwärtig befriedigend beschäftigt. Ihre Erzeugnisse finden in sehr vielen Fertigungszweigen Verwendung. Der Maschinenbau, die holzverarbeitende Industrie, die Lederindustrie und viele andere Produktionszweige benötigen ständig Schleifmittel. Bei der Vielfalt der Erzeugnisse und der Verwendungszwecke ist im allgemeinen ein Ausgleich in der Beschäftigung möglich, wenn die Nachfrage nach dem einen oder anderen Produkt nachläßt.

Deutsche Schleifmittel sind heute wieder sowohl dem Preise als auch der Qualität nach wettbewerbsfähig gegenüber ausländischen Fabrikaten. Allerdings sind die Vereinigten Staaten von Amerika ein sehr ernstzunehmender Konkurrent geworden. Der englische Wettbewerb ist insbesondere in den Sterlingblock-Ländern sehr zu spüren. Die Schweiz ist vornehmlich auf dem Gebiet der Schleifmittelpapiere leistungsfähig. Die deutschen Unternehmen konnten jedoch wieder im Ausland Fuß fassen. Im Durchschnitt liegt der deutsche Preisstand lediglich um 30 v. H. über dem von 1938. Die wesentlichen Hindernisse für die Ausfuhr werden in der Dollarklausel gesehen und weiter darin, daß Schleifmittel bisher in den von der Bizone abgeschlossenen Handelsverträgen nicht ausreichend berücksichtigt worden sind.

Innerhalb Westdeutschlands liegt der Schwerpunkt der Schleifmittelfertigung mit etwa 30 Werken in Nordrhein-Westfalen, die zusammen über 50 v. H. der Gesamtkapazität stellen. Hessen folgt mit 12 Firmen und 35 v. H. der Kapazität. Der Rest der Schleifmittelindustrie liegt in Bayern und Württemberg. Schleifpapiere werden fast ausschließlich in der britischen Zone gefertigt. Die Rohstoffgrundlage — es werden vorwiegend Korunde und Siliziumkarbid als Schleifmittel benötigt — ist bis auf wenige Spezialitäten in Deutschland vorhanden.

Ruhiges Immobilien- und Hypothekengeschäft

Im dritten Quartal 1949 blieb am Immobilienmarkt in Köln das Angebot bei geringer Nachfrage vorherrschend. Diese bezog sich vornehmlich auf unbebaute und bebaute Ein- und Zweifamilienhausgrundstücke, Geschäftsgrundstücke für gewerbliche Zwecke. Abschlüsse über größere Objekte fehlen noch fast ganz, doch konnte im Laufe des dritten Quartals ein nicht nur vereinzelt auftretendes Interesse kapitalkräftiger Kreise für wertvollere bebaute und unbebaute Geschäftshaus- und Industrie-Grundstücke sowie für zerstörte größere Wohnhausgrundstücke und für Baugelände zu Siedlungszwecken festgestellt werden. Die Nachfrage nach Mietobjekten aller Art war nach wie vor sehr rege, insbesondere nach Wohnungen und Geschäftslokalen.

Nennenswerte Ausleihungen von Hypothekenbanken und Versicherungsgesellschaften waren nicht zu beobachten. Vereinzelte Ausleihungen kleiner Beträge von Privatpersonen waren für den Hypothekenmarkt angesichts ihrer Geringfügigkeit ohne Bedeutung.

Steigende Gersten- und Hopfenpreise

Auf dem Gersten- und Hopfenmarkt sind Tendenzen zur Preissteigerung bemerkbar, besonders seit der Neufestsetzung der verschiedenen Währungskurse. Auch trägt dazu bei, daß Bayern in der jüngsten Zeit seinen Lieferverpflichtungen nicht nachkommt. Die Brauereien erhoffen von der Einfuhr ausländischer Gerste eine Regulierung des deutschen Gerstenpreises nach dem internationalen Marktpreis, halten jedoch die Sicherung der Existenz der heimischen Malzindustrie durch die Festsetzung von ausreichenden Zollsätzen für erforderlich. Die Hopfenpreise sind nach der Neuordnung der europäischen Währungen durch Aufkäufe aus dem Ausland und infolge begrenzter deutscher Vorräte nach oben getrieben worden. Verschiedene deutsche Gebiete verfügen jedoch noch über beachtliche Hopfenmengen — ein bekanntes Hopfenanbaugebiet in der Nähe des Bodensees ist allerdings ausverkauft —, so daß im Augenblick Einfuhren noch nicht in Erwägung gezogen werden.

Vermutlich werden die Preissteigerungen bald wieder rückgängig zu machen sein. Doch wirken sie gegenwärtig den Bemühungen um eine Senkung der Bierpreise entgegen. Diese Ermäßigung wird in gleicher Weise von den Verbrauchern wie vom Gaststättengewerbe und von den Brauereien selbst immer dringlicher gefordert. Namentlich auch die Dortmunder Brauwirtschaft, die bei ihrem Inlandsabsatz stets von der Kaufkraft der Bezieher kleiner Einkommen abhängig war, ist an einer fühlbaren Senkung der Bierpreise lebhaft interessiert. Nach Ansicht der Brauerkreise würde die Herabsetzung des derzeitigen Biersteuersatzes von 27 DM um 50 bis 60% eine wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung der allgemeinen Preissenkungsabsichten erfüllen. Die Entscheidung hierüber wird im Oktober erwartet. Die Dortmunder Brauwirtschaft verspricht sich von einer vernünftigen Regelung eine Steigerung des Umsatzes, die die befürchteten Steuerausfälle ausgleichen und die wirtschaftliche Lage der Brauindustrie festigen würde.

Teuere JEIA-Fette für die Seifenindustrie

Der Weltmarktpreis für Fette ist in den vergangenen Monaten auf etwa 30 v. H. des Standes vom Frühjahr d. J. gesunken. Dadurch ist die deutsche Seifenindustrie in eine schwierige Lage geraten. Sie muß die auf Grund der JEIA-Kontrakte zu den alten, hohen Preisen eingeführten Fette abnehmen. Der Benachteiligte ist außer der Industrie insbesondere der Verbraucher, der nach wie vor teuere Seife kaufen muß. Wegen dieser Sachlage führt jedoch das Ausland bereits auf legalem und illegalem Wege billige Konsumseife nach Deutschland ein.

Rheinwerften suchen Aufträge

Die Rheinwerften erhalten zur Zeit im wesentlichen Reparaturaufträge aus der fahrenden Flotte. Infolgedessen wird die bereits vor dem Kriege, aber auch seit 1945 bedeutend erweiterte Kapazität nicht ausgelastet. Unter diesen Umständen sind die Werftpreise sehr gedrückt. Teilweise weisen sie Unterschiede bis zu 100 v. H. auf, ein deutliches Zeichen dafür, daß verschiedentlich zu Verlustpreisen angeboten wird.

Solange die Kreditfrage nicht geregelt ist, kann mit einer nachhaltigen Besserung im Inland nicht gerechnet werden. Anscheinend kommen die Verhandlungen der Schiffahrt wegen eines langfristigen Kredites mit der Wiederaufbaubank nicht recht weiter. Die größeren Schiffsbauunternehmen am Rhein bemühen sich wegen der Absatzschwierigkeiten in Westdeutschland nach wie vor sehr um Auslandsaufträge. Sie sind aber nur schwer zu erhalten. Die Schweiz ist der einzige Rheinuferstaat, der keine ausreichende eigene Werftindustrie hat. Der Ausbau der Schweizer Flotte gilt aber im wesentlichen als abgeschlossen. Das Geschäft mit dem europäischen Osten hat bis jetzt keine greifbaren Ergebnisse gebracht. Den Ostblockstaaten scheinen vorerst die ehemaligen deutschen, im Krieg stark ausgebauten Kapazitäten der Ostseewerften zu genügen. Die Hoffnungen, die einige größere Werften auf das Überseegeschäft gesetzt haben, lassen sich auch nicht verwirklichen, da bei den gegenwärtig außerordentlich hohen Seefrachten der Transport von Flußschiffen sich nicht lohnt.

Größere Aufmerksamkeit wenden die Rheinwerften neuerdings auch dem Ausbau der deutschen Küstenflotte zu. Hierfür sollen noch in diesem ERP-Jahr größere Kredite zur Verfügung gestellt werden. Es ist vorgesehen, aus ihnen erste Hypotheken bis zu 50% der Neubaukosten zu geben. Die Länder sollen dann eine zweite Hypothek in Höhe von 30% zur Verfügung stellen. Die Rheinwerften wünschen, daß auch das Land Nordrhein-Westfalen hierfür Mittel freimacht, da jeder Landeskredit notwendig Aufträge in dreifacher Höhe nach sich zieht. Vorerst sollen kleine Küstenmotorschiffe gebaut werden, obwohl es fraglich ist, ob an diesen kleinen Schiffen Mangel herrscht. Der Bau größerer Fahrzeuge scheitert jedoch bis jetzt noch an den einschränkenden Bestimmungen, mit denen die deutsche Küstenschiffahrt belastet ist. Alle Seeschiffe über 110 Fuß müssen mit Dampfmaschinen ausgerüstet werden. Dadurch verlieren aber solche Schiffe rund 200 t an Nutzlast. Sie gelten deshalb als unwirtschaftlich. Aus diesem Grunde halten auch die Seereedereien mit ihren Neubauten noch zurück, obwohl gerade für Schiffe von 1200 bis 1500 Bruttoregistertonnen ein Interesse — auch für den Rhein-See-Verkehr — vorhanden ist.

Kommt eine Wirtschaftsamnestie?

In Kreisen des Bundestages werden gegenwärtig die Möglichkeiten des Erlasses einer Wirtschaftsamnestie erörtert. Da man eine Kollision mit dem Besatzungsstatut befürchtet, sucht man nach einem Weg, der ermöglicht, die Amnestie in deutscher Kompetenz zu erlassen. Nach Besprechungen mit dem Bundesjustizministerium wird erwartet, daß in Kürze ein entsprechender Antrag im Bundestag eingebracht wird.

Interzonenhandel wieder auf Vertragsgrundlage

Einzelheiten und Durchführung des Handelsabkommens mit der Ostzone

Vier Wochen nach Beginn der Interzonenverhandlungen ist das Frankfurter Abkommen, das den Wirtschaftsverkehr zwischen den beiden Währungsgebieten DM-West und DM-Ost bis zum 30. 6. 1950 regelt, unterzeichnet worden. Seine wirtschaftliche Bedeutung liegt in erster Linie in der Legalisierung des Handelsverkehrs der Westzonen mit der Ostzone. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß seit dem Aufziehen des „Eisernen Vorhangs" ein reger Warenaustausch zwischen den beiden Teilen Deutschlands stattgefunden hat. Die Wirtschaft weiß sich auch dann zu helfen, wenn die staatlichen Organe den Weg zu einer Absprache über Art und Umfang des Handels noch nicht gefunden haben. Es ist sogar durchaus wahrscheinlich, daß die Wirtschaft auf beiden Seiten das neue Interzonenhandelsabkommen für unzureichend halten wird, weil sein Volumen nicht den hochgespannten Erwartungen entspricht und der Warenverkehr der vertragslosen Zeit schon, auf die Vertragsdauer berechnet, den vorhergesehenen Handel überschritten hat. Aber der Interzonenhandel mußte schon auf Grund der währungsmäßigen Verschiedenheiten wieder einer gewissen Reglementierung unterzogen werden. Der vertragslose Zustand verführte zur Illegalität. Diese wiederum wurde mit ihren zahlreichen Risiken für die Wirtschaftspartner schließlich zu einem unübersehbaren Kostenfaktor.

Das Vertragswerk ist aufgebaut auf Warenlisten, die zum Teil Mengengrenzen, zum Teil Wertgrenzen in Form von Verrechnungseinheiten haben. Diese letzteren sind eine Folge des unterschiedlichen Währungsverhältnisses zwischen Ost und West. Sie entsprechen den Gegenwerten in DMark-West. Wo es sich um fungible Waren handelt, hat man die Mengenkontingente vorgezogen. Wo dagegen die Differenziertheit der Erzeugnisse Mengenangaben nicht zuließ, hat man diese Verrechnungseinheiten zu Hilfe genommen. Zusammengenommen ergeben die Warenlisten auf der Basis von DMark-West ein Volumen des in ihnen erfaßten Warenverkehrs von nicht ganz 300 Mill. DM in jeder der beiden Richtungen. Die Warenlisten sind jedoch nicht als erschöpfend zu betrachten.

Wenn sich die Verhandlungen auch aus verschiedenen politischen Gründen schwierig gestaltet haben, so bestand doch zwischen beiden Delegationen Einmütigkeit über die Notwendigkeit eines starken binnendeutschen Wirtschaftsverkehrs. Es ist daher festgehalten worden, daß eine Änderung oder Ausweitung dieser Listen mit ihren Mengen- und Wertgrenzen möglich sein wird. Dies ist wesentlich für viele am Interzonenhandel Interessierte, die ihre Erzeugnisse vergeblich in den Listen suchen werden. Um Stauungen zu vermeiden, wird man zunächst wohl zur Aufstellung von Vierteljahresplänen kommen. Es wird sich dann nach den ersten Erfahrungen herausstellen, ob neue Verhandlungen erforderlich sind oder die Durchführung des Abkommens sich reibungslos gestaltet. Jedenfalls besteht Übereinstimmung darüber, daß über die beiden Warenlisten hinaus jede Möglichkeit einer Ausweitung des Warenaustausches genutzt werden soll. In die technische Abwicklung des Abkommens werden die Landeswirtschaftsministerien bzw. Verwaltungen eingeschaltet werden.

Der Zahlungsverkehr wickelt sich über die bei der BdL einerseits und bei der Deutschen Notenbank andererseits zu führenden Verrechnungskonten ab. Ein im Währungsgebiet der DMark-West wohnender Empfänger von Waren aus dem Währungsgebiet der DMark-Ost hat also den Rechnungsbetrag an die BdL zu entrichten, die ihn einem auf den Namen der Deutschen Notenbank lautenden Konto gutzuschreiben hat. Sobald dies geschehen ist, wird der Betrag der Deutschen Notenbank avisiert, die ihrerseits unter Belastung des Verrechnungskontos der BdL nun die Zahlung an den Lieferanten der Ostzone leistet. Diese Verrechnungskonten beider Institute haben je zwei Unterkonten A und B. Liegt die Lieferung des Ostzonen-Partners im Bereich der Warenlisten, so kommt das Unterkonto A in Frage. Über das Unterkonto B dagegen sind die übrigen Zahlungen, die nicht durch den in den Warenlisten umrissenen Handelsverkehr bedingt sind, zu verrechnen. Wenn sich nun auf dem Unterkonto A eines der beiden Institute ein Debetsaldo von 15 Mill. Verrechnungseinheiten ergibt, so ist das jeweilige Institut berechtigt, zunächst einmal weitere Lastschriften auf diesem Unterkonto auszusetzen. Dies würde also z. B. der Fall sein, wenn auch dem Unterkonto A des bei der BdL geführten Kontos „Deutsche Notenbank" die diesem Konto zu belastenden Zahlungen an Westfirmen, die in die Ostzone geliefert haben, die gutgeschriebenen Beträge für Lieferungen aus der Ostzone um 15 Mill. Verrechnungseinheiten überschreiten. Auf diese Weise wird verhindert, daß der Wirtschaftsverkehr in einer Richtung ein wachsendes Übergewicht erhält. Die Einzelheiten der Kontenführung und Zahlungsabwicklung sind besonderen Vereinbarungen der beiden Bankinstitute vorbehalten.

Während im Währungsgebiet der D-Mark-West in der Verrechnung von Lieferungen keine Schwierigkeiten bestehen, da die Verrechnungseinheit = D-Mark-West ist, steht die Ostzone vor dem schwierigen Problem, den Bruch zwischen dem Kurs der D-Mark-West und der D-Mark-Ost verrechnungstechnisch zu überwinden. Durch die Wahl der Verrechnungseinheiten ist man zunächst der Sorge um eine Festsetzung eines Kurses der beiden Währungen enthoben worden. Es bleibt der Deutschen Notenbank für das östliche Währungsgebiet vorbehalten, einen Modus zu finden, wie z. B. eine in D-Mark-West fakturierte Lieferung aus den Westzonen gegenüber dem ostzonalen Empfänger verrechnet werden soll. Wird davon ausgegangen, daß hier D-Mark-West = D-Mark-Ost ist, so würde sich bei der Notenbank zunächst in diesem Falle ein Kursverlust ergeben. Wenn der gesamte Wirtschaftsverkehr sich jedoch im Verhältnis 1:1 abwickelt, also auf den Verrechnungskonten keine Salden entstehen, so würden sich Kursverluste und Kursgewinne ausgleichen. Etwa sich aus einer solchen fiktiven Gleichstellung von D-Mark-West und D-Mark-Ost ergebenden Möglichkeiten eines Ost-Dumpings ist dadurch vorgebeugt worden, daß in einem Briefwechsel zwischen beiden Delegationsführern festgelegt wurde, daß beide Teile berechtigt sind, Lieferungen und Bezüge von Waren abzulehnen, wenn die Preise den Interessen des jeweiligen Wirtschaftsgebietes widersprechen.

In einem weiteren dem Abkommen beigefügten Briefwechsel ist besonders das gemeinsame Bestreben betont worden, die Wirtschaft Großberlins wie früher in angemessener Weise an den Bezügen und Lieferungen im Ostzonenhandel zu beteiligen. Man hofft auf beiden Seiten, daß der Anteil der Westberliner Wirtschaft etwa ein Drittel der veranschlagten Umsätze aus dem Frankfurter Abkommen erreichen wird. Der Wirtschaftsverkehr zwischen den Westzonen und den Westsektoren von Groß-Berlin wird dadurch in keiner Weise berührt. Er wickelt sich in der gleichen Form wie bisher ab.

Die Unterzeichnung des Vertrages ist vollzogen worden ohne eine letzte Klärung der Kompetenzfrage. Die von den Hohen Kommissaren am 8. Oktober gemachte Mitteilung, daß gegen die Unterzeichnung des Abkommens nichts einzuwenden ist, hat offen gelassen, in wessen Zuständigkeit nun eigentlich der Interzonenhandel fällt. Entweder gehört er und der Abschluß eines Abkommens über ihn in die Zuständigkeit der Hohen Kommissare, dann hätte die Unterzeichnung eigentlich von diesen erfolgen müssen, oder aber das Abkommen ist nach wie vor dem deutschen Kompetenzbereich zugehörig, dann beruhten die Vorbehalte der Alliierten auf einem Irrtum. Nach der Unterzeichnung des Abkommens durch die deutschen Delegationsführer muß angenommen werden, daß das letztere der Fall ist.

Berlin und DWK begrüßen Interzonenabkommen

Der Abschluß des Interzonenabkommens wird von den Berliner Wirtschaftskreisen lebhaft begrüßt. Allgemein wird der Genugtuung darüber Ausdruck verliehen, daß die Beteiligung Berlins als ein fester Bestandteil des Vertrages anzusehen ist. Man ist sich in Berlin bewußt, daß eine dauerhafte Lösung der schweren wirtschaftlichen Krise Berlins nicht möglich ist ohne daß der alte lebhafte Warenaustausch mit dem natürlichen Hinterland, der sowjetischbesetzten Zone, wieder in Gang kommt.

Vor Errichtung der Blockade gingen rund 25 v. H. der Westberliner Produktion in das sowjetisch besetzte Gebiet. In Westberlin glaubt man im allgemeinen, daß die neue ostdeutsche Republik um eine glatte Durchführung des Vertrages bemüht sein werde, da die Rohstoffe, Maschinen und andere Fertigwaren aus dem Westen dringend benötigt werden. Gerade die Tatsache, daß die ostzonalen Vertreter schließlich die westdeutsche Forderung auf Beteiligung Westberlins mit einem Drittel der Umsätze akzeptiert haben, dürfte das lebenswichtige Interesse der Ostzone an diesem Vertrag zum Ausdruck bringen.

•

Das neue Interzonenabkommen sei, wie die Pressestelle der „Deutschen Wirtschaftskommission" mitteilt, ein erster größerer Erfolg des gemeinsamen Kampfes um einen gesamtdeutschen Handel. Dieses günstige Ergebnis sei um so höher zu bewerten, als die Verhandlungen des öfteren und bis zum letzten Augenblick durch das Eingreifen der westlichen Besatzungsmächte behindert worden seien. Die Bevölkerung der Ostzone wie auch breite Kreise Westdeutschlands begrüßen das Zustandekommen des Vertrages, der den einheitlichen wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands diene.

Westberlins September-Lieferungen

Im September wurden Warenlieferungen Westberlins auf dem Land-, Schienen- und Wasserweg in die Bundesrepublik in Höhe von 50,176 Mill. Westmark gegen 39,92 Mill. Westmark im August genehmigt. Zu einem geringen Teil ist die Zunahme des Verkehrs auf den Abbau der Luftbrücke zurückzuführen, über die im August einschließlich der Exportlieferungen nur Waren im Werte von 3 Mill. Westmark befördert wurden.

Die im September genehmigten Lieferungen entfallen auf folgende Warengruppen (in Mill. Westmark): Verbrauchsgüter 9,30 (7,52), Metallwaren 6,88 (7,26), Maschinenbau 5,90 (4,30), Elektro- und Feinmechanik 20,78 (15,44), Chemie 3,64 (4,66), Druckwaren 0,40 (0,37), Verschiedenes 0,35 (0,38).

Westberlin braucht 300 Millionen Dollar

Der amerikanische Kommandant in Berlin, Generalmajor M. D. Taylor, hat am Sonntag dem amerikanischen Finanzsachverständigen der ECA, Norman Collisson, den Bericht der Dreimächtesonderkommission, den diese auf Grund von Unterlagen des Westberliner Magistrats über 5000 Westberliner Industriefirmen ausgearbeitet hatte, übergeben. Nach Ansicht der Kommission ist Westberlin von der russischen Blockade so schwer betroffen worden, daß es eine Anleihe von insgesamt 1,2 Mrd. DM, das sind etwas weniger als 300 Mill. Dollar, benötigt, damit die Industrie und die Versorgungsbetriebe wieder voll beschäftigt werden können und mit den Firmen der Bundesrepublik wettbewerbsfähig sind.

•

Die Frage der Hilfe für Berlin dürfe nicht allzulange verschoben werden, erklärte Wirtschaftsminister Prof. Erhard in Wiesbaden. Es sei beabsichtigt, Berlin organisch in die westdeutsche Wirtschaft einzugliedern, so daß man in Zukunft gar nicht mehr von einem „hinüber" und „herüber" wird sprechen können. Auch in dem Handelsabkommen mit der Ostzone würden Geschäftsmöglichkeiten für den Berliner Westsektor mit der Ostzone eröffnet.

•

Die von den Westmächten zur Prüfung der Berlinhilfe angeforderten Berichte einzelner Magistratsabteilungen sind jetzt fast vollzählig der alliierten Sonderkommission zugeleitet worden. Neben einer Aufstellung der wichtigsten Industrie- und Handelszweige in Berlin enthalten die Berichte konkrete Angaben über Höhe der Vor- und Nachkriegsproduktion, über Kapitalinvestierungen und die Verlagerung von Betrieben. Ferner werden die Preisdifferenzen zwischen den westdeutschen und den Berliner Erzeugnissen aufgezeigt. Auch die Entwicklung des Arbeitseinsatzes und die Auswirkung der Doppelwährungen sind eingehend dargelegt.

•

Oberbürgermeister Prof. Reuter erklärte Anfang dieser Woche in einem Rundfunk-Interview, daß nun endlich von Westdeutschland etwas für Berlin getan werden müsse. Es sei noch kein Pfennig von den versprochenen Marshall-Geldern oder den ERP-Mitteln eingegangen. Auch sollten sich die westdeutschen Behörden ernstlich darüber Gedanken machen, welche Ämter, Dienststellen und Institute sie nach Berlin verlegen könnten. Gerade dies sei in vielen Fällen möglich und dringend erforderlich, um Berlin zu helfen.

Steigende Arbeitslosigkeit

In Westberlin wurden am 30. September 244 614 Arbeitslose gegenüber 226 634 am 31. August gezählt. Auf Männer entfielen 120 510 (117 890) und auf Frauen 124 104 (121047) Arbeitslose. Am 1. Oktober wurde in 13 453 Betrieben mit 68 855 Arbeitnehmern kurz gearbeitet.

•

Nach einer Mitteilung des Stadtkämmerers, Dr. Friedrich Haas (CDU), im Hauptausschuß des Berliner Stadtparlamentes werden in Westberlin für Arbeitslosenfürsorge und Sozialunterstützung im Oktober über 35 Mill. D-Mark (West) gebraucht. Die Summe ist höher als der Voranschlag.

Sinkende Steuereinnahmen

Im September betrugen in Westberlin die Einnahmen an Steuern, Zöllen und Verbrauchsabgaben insgesamt 30,02 Mill. Westmark gegen 32,55 Mill. im August. Ehemalige Reichssteuern erbrachten 21,8 Mill., Gemeindesteuern 6,6 Mill., Verbrauchsabgaben und Zölle 16,6 Mill. Gegenüber dem 1. Haushalts-Vierteljahr vom April bis Juni ist im 2. Haushalts-Vierteljahr (Juli bis September) ein Rückgang von 160 auf 133 Mill. DM zu verzeichnen und zwar hauptsächlich bei den Reichssteuern, die Einkommensteuer ist von 31,7 auf 12,3 und die Körperschaftsteuer auf fast die Hälfte des vorletzten Quartals zurückgegangen.

Erhöhte Spareinlagen

Die Spareinlagen bei der Sparkasse von Westberlin haben sich von 13,43 Mill. Westmark im August auf 13,82 Mill. Westmark im September erhöht. Die Zahl der Sparkonten (Westmark) stiegen um 416 auf 116 350. Die Giroeinlagen in Westmark haben sich dagegen von 5,12 auf 4,43 Mill. verringert, wobei sich die Kontenzahl um 680 auf 10 373 erhöht hat.

Die Ostmarkspareinlagen sind um 13 500 Ostmark auf 1,73 Mill. Ostmark zurückgegangen. Die Kontenzahl hat sich um 91 auf 4347 verringert. Giroeinlagen zeigen bei einem Rückgang der Kontenzahl um 30 auf 1342 ein Erhöhung von 0,96 Mill. Ostmark auf 1,09 Mill. Ostmark.

Ostmark gesunken

Am Dienstag wurde zum erstenmal seit einigen Wochen der Kurs der Ostmark herabgesetzt, nachdem bereits seit einigen Tagen Westmark nur noch zugeteilt werden konnte. Beim Ankauf von Westmark wurden 5,80 Ostmark für 1 D-Mark-West gegeben, gegen bisher 5,60. Beim Verkauf mußten 6 Ostmark für 1 DM West gegeben werden gegen bisher 5,80. Damit ist die Notierung für die Westmark wie folgt gesunken: für 100 Ostmark 15,66/17,23 D-Mark-West gegen 17,25/17,85 bisher.

Handelskonsuln für Berlin vorgeschlagen

Der soeben von seiner Reise nach Westdeutschland zurückgekehrte Direktor der Wirtschaftsabteilung des Westberliner Magistrats, Dr. Reinhard Scholz, hat den westdeutschen Industrie- und Handelskammern vorgeschlagen, ehrenamtliche Handelskonsuln für Berlin zu ernennen, die sich um eine Auftragsvermittlung an die Berliner Industrie bemühen sollen.

WIRTSCHAFTSREVUE - VERLAG G.m.b.H., Konstanz a. B. / Karlsruher Büro: Karlsruhe Bd., Veilchenstr. 36. Karlsruher Redaktion: Dr. Hans Heiser. Zuständiges Verlagspostamt Ettlingen/Baden. Bezugspreis ¼jährl. DM 5.—, zuzügl. Zustellgebühr. Anzeigenannahme: Karlsruhe, Veilchenstr. 36. Anzeigenpreise: Textanzeigen: die 58 mm breite Millimeterzeile DM 1.—; Anzeigenteil: die 22 mm breite Millimeterzeile 30 Dpf., Klein-(Kompreß-)Anzeigen 40 Dpf.; Stellengesuche 30 Dpf. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 4 gültig. — Satz und Druck: Badendruck G. m. b. H., Karlsruhe. Jede mit Namen des Verfassers versehene Veröffentlichung stellt lediglich dessen Privatmeinung dar. Nachdruck oder sonstige Veröffentlichung nur mit Genehmigung der Redaktion; wissenschaftliche Verwertung nur mit Quellenangabe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Förderung der Qualitätserzeugung

Maßnahmen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft

Am 15. Oktober beginnt die erste Deutsche Agrarmesse in Frankfurt am Main. Wir brachten in der vorigen Ausgabe bereits eine Übersicht darüber, was dort geboten wird. Heute wollen wir die Leser mit den Maßnahmen vertraut machen, die die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft zur Förderung der Qualitätsarbeit ergriffen hat. Auch davon wird auf der Ausstellung, die bis zum 23. Oktober dauert, vieles zu sehen sein.

In den letzten zehn Jahren stand dem knappen Angebot an landwirtschaftlichen Erzeugnissen in Deutschland ein ungeheurer Bedarf gegenüber. Vor den vordringlichen Fragen der Erzeugung trat das Problem des Absatzes stark in den Hintergrund, was naturgemäß nicht ohne Folgen auf die qualitative Beschaffenheit der landwirtschaftlichen Produkte blieb. Die Marktabteilung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft sah es daher als eine ihrer vordringlichen Aufgaben an, den Qualitätsgedanken in der Land- und Ernährungswirtschaft baldmöglichst und bestens zu fördern.

Schon am 1. September 1948 wurde zu diesem Zweck die Verleihung des „DLG-Güteszeichens" für hochwertige Waren beschlossen. Man knüpfte damit an Arbeiten an, die die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft jahrzehntelang vorher mit Erfolg begonnen hatte.

Das Güteszeichen der DLG darf nur für beste Erzeugnisse verliehen werden an Betriebe und Firmen, deren Betriebseinrichtungen Gewähr bieten für die Herstellung einwandfreier Ware, und die sich zur Anerkennung der einzelnen, für die Führung des Güteszeichens gültigen Bestimmungen verpflichten. Die Verleihung erfolgt auf Grund der Begutachtung durch besonders verpflichtete Prüfungskommissionen, die sich zu gleichen Teilen aus Verbrauchern, Landwirten, Hausfrauen und Großabnehmern, Wissenschaftlern oder Technikern und Herstellern zusammensetzen.

Die Marktabteilung der DLG überwacht die Einhaltung der für die Beleihung und Führung des DLG-Güteszeichens geltenden Bestimmungen. Sie kann nach einer mit dem Träger des Güteszeichens zu schließenden Vereinbarung bei Verstößen gegen diese Bestimmungen Bußen verhängen, Verwarnungen aussprechen oder die Führung des DLG-Güteszeichens untersagen. Mit dem Güteszeichen beliehene Firmen können für die verschiedenen Erzeugnisse entweder sofort nach der Verleihung oder nach Ablauf einer Frist das Güteszeichen auf Briefbogen, Anpreisungen, Banderolen usw. führen.

Von den Arbeitsausschüssen, die bei den einzelnen Fachabteilungen und der Marktabteilung der DLG gebildet wurden, sind inzwischen für eine Reihe von Erzeugnissen „Bestimmungen für die Führung des DLG-Güteszeichens" erarbeitet und in Kraft gesetzt worden.

So besagen die „Bestimmungen für die Führung des DLG-Güteszeichens für Tafelobst", daß dieses nur für Ia Tafelobst verliehen werden darf, das ganz besondere Bedingungen hinsichtlich der Sorte, des Anbaugebietes, der größenartigen Sortierung und der Verpackung erfüllt. Schon vor dem Kriege widmete man der Erzeugung von erstklassigem Tafelobst besondere Aufmerksamkeit. In den Obstbaugebieten Südbadens und Württembergs war diese Entwicklung am weitesten vorgeschritten. So ist es zu erklären, daß die Arbeiten des Ausschusses für Obstabsatz in der Marktabteilung der DLG aus diesen Gebieten die beste Unterstützung erfuhr. Die Verleihung des DLG-Güteszeichens für Tafelobst ist — bis auf einige besonders gute hessische Betriebe — in diesem Jahr zunächst auf das Bodenseegebiet beschränkt geblieben, um unter allen Umständen durch eine nicht sorgfältigst vorbereitete Verleihung Rückschläge zu vermeiden.

Bei der Schaffung eines Güteszeichens für Tafelobst konnte man auf praktische Erfahrungen zurückgreifen. Viel schwieriger war es, zur Förderung des Absatzes guter, gepflegter deutscher Weine ein Qualitätszeichen zu schaffen. Seit Jahren bemühte man sich in Fachkreisen hierum, doch ist allen Versuchen, die in dieser Richtung gemacht wurden, ein durchschlagender, anhaltender Erfolg versagt geblieben. Wohl bei keinem Erzeugnis ist der Begriff der Qualität so von dem persönlichen Geschmack des einzelnen abhängig wie beim Wein. Qualitätsunterschiede der einzelnen Jahrgänge und die Verschiedenheit der Lagen verwirren diesen Begriff noch mehr. Wenn trotz dieser Schwierigkeiten und mannigfachen Bedenken nunmehr die „Grundregel für die Verleihung und Führung des DLG-Weinsiegels" verabschiedet wurde, so ist dies ein Beweis für die Initiative und Zielstrebigkeit der Weinfachleute, die als Mitglieder des Arbeitsausschusses für Weinabsatz bei der Marktabteilung der DLG diese Bestimmungen ausgearbeitet haben.

Die Verleihung des DLG-Güteszeichens beschränkt sich aber nicht nur auf landwirtschaftliche Erzeugnisse und deren Veredelungsprodukte. Auch für Produktionsmittel, die der landwirtschaftlichen Erzeugung dienen, kann ein Güteszeichen verliehen werden. Es soll dem Landwirt bei einem reichhaltigen Angebot die Auswahl erleichtern, ihn auf besonders gute Waren hinweisen und ihn vor unliebsamen Überraschungen schützen.

Fast in jedem landwirtschaftlichen Betrieb müssen z. B. Futtermittel zugekauft werden. In steigendem Maße werden Mischfuttermittel, Futterkalk und Mineralsalzmischungen verwendet. Nicht jeder Landwirt ist ohne weiteres in der Lage, den Wert dieser einzelnen Futtermittel zu erkennen. Auch werden oft Futtermittel angeboten, die nicht immer die Erfordernisse der Landwirtschaft in dem Maße berücksichtigen, wie es die Erkenntnisse der modernen Fütterungslehre verlangen. Futtermittel und Beifuttermischungen, die mit dem DLG-Güteszeichen ausgezeichnet sind, entsprechen sowohl den gesetzlichen Bestimmungen, wie sie das Futtermittelgesetz vorschreibt, als auch den neuesten fachlichen und und wissenschaftlichen Erfahrungen.

Denselben Zweck verfolgt auch das DLG-Güteszeichen für Melkfett, während die „Bestimmungen für die Verleihung und Führung des DLG-Güteszeichens für Reinigungs- und Desinfektionsmittel der Milchwirtschaft" nicht nur für die praktische Landwirtschaft, sondern auch für die Be- und Verarbeitungsbetriebe der Milchwirtschaft von Bedeutung sind. Sie sollen sicherstellen, daß nur solche Mittel zur Anwendung kommen, die bei höchsten Nutzeffekt das wertvolle Material an Maschinen, Apparaten, milchwirtschaftlichen Geräten und Milchkannen nicht angreifen.

In die Gruppe dieser Güteszeichen gehört schließlich noch das „DLG-Güteszeichen für Sicherungszusätze für die Futterkonservierung". In der modernen Landwirtschaft gewinnt die Futterkonservierung von Jahr zu Jahr an Bedeutung. Gewisse Futterpflanzen ergeben aber nur dann mit Gewißheit eine gute Futterkonserve, wenn der Gärungsprozeß durch Verwendung von Sicherungszusätzen günstig beeinflußt wird.

Schließlich ist noch das DLG-Güteszeichen für Sojamehl zu nennen. Sojamehle werden in der deutschen Nahrungsmittelindustrie in den letzten Jahren in größerem Umfange verarbeitet. Die stetig wachsende Verbreitung der Soja in den USA zeigt, daß diese Frucht auch für den Menschen westlicher Zivilisation ein wertvolles Nahrungsmittel darstellt. Mit dem DLG-Güteszeichen ausgezeichnete Sojamehle werden in ihrer Herstellung laufend überwacht und müssen ganz bestimmte Voraussetzungen erfüllen, von deren Vorhandensein der Erfolg der weiterverarbeitenden Industrie abhängt.

Mit der Schaffung dieser Güteszeichen hat die DLG den ersten Schritt einer erfolgversprechenden Entwicklung getan. Weitere Güteszeichen werden im Laufe der Zeit sowohl für landwirtschaftliche Erzeugnisse, als auch für Produkte der Ernährungsindustrie und für landwirtschaftliche Produktionsmittel verliehen werden. Das DLG-Güteszeichen wird aber erst dann seine praktische Bedeutung erhalten, wenn Landwirtschaft, Ernährungsindustrie und Handel, und nicht zuletzt der Verbraucher, Sinn, Zweck und Inhalt dieses Qualitätszeichens in seiner ganzen Auswirkung erfaßt haben.

Arbeits- und Kühlraum einer großen Fleischwaren- und Konservenfabrik
Photo: L. Schweizfurth, Herne/Westf.

Ein Dorf im Spiegel der Zeit

Von unserem süddeutschen Redaktionsmitglied

K. Füssen, Mitte Oktober.

Das kleine Dorf im Allgäu war nur wie der Inbegriff der Stille des Glückes und des Friedens erschienen. Das Gebimmel der Kuhglocken auf den grünen Matten und das anheimelnde Geläute vom Dorfkirchlein her waren so recht dazu angetan, die stets verschütteten Laute einer glücklichen Kindheit wieder wachzurufen.

Wachgeküßt

Da kam der Fremdenverkehr und küßte das kleine Dorf aus dem Dornröschenschlaf weltabgeschiedener Einsamkeit. Die Fremden brachten wohl allerlei städtische Unart mit hinaus aufs Land, aber der Zeitgeist schickte sich an, die materiellen Vorteile mehr als die moralischen Nachteile zu schätzen. Die Bauern lernten das Geld kennen. Aus dem kleinen Kramladen im Dorf wurde ein Geschäftshaus. Man betreute und melkte bis dahin die Kühe — nun lernte man, die Fremden zu betreuen — und zu ... Man gewöhnte sich ganz gut aneinander; Schließlich hatte man im Sommer unter 700 Einheimischen die 300 Gäste untergebracht.

Kalte Dusche

Dann kam der Krieg und danach die kalte Dusche. Ohne Gepäck und Geld, nur mit der Erinnerung an bessere Tage und reichlichen Wohlstand beschwert, erschienen die Ärmsten der Armen, 387 Heimatvertriebene. Ein Dorf, das für 700 Einwohner Raum besaß, hatte nun 1100 Seelen zu beherbergen. Jetzt wurde es eng, sehr eng und ungemütlich. Hader und Streit hockten sich in die Höfe. Das Allgäuer Dorf erfuhr, daß wir den Krieg verloren hatten. 387 Vertriebene waren gekommen, aber 93 Söhne des Dorfes kamen nicht. Denn 41 unter ihnen bedeckte eine fremde Erde. 14 sind im Oktober 1949 noch vermißt und 3 noch in russischer Gefangenschaft. Die Verluste betrugen mehr als das Doppelte gegenüber dem ersten Weltkrieg. — Die neuen Mitbewohner begannen sich einzurichten. Etwa 10 kleine Flüchtlingsbetriebe entwickelten sich. Wer nicht unterkam, fand in den Hanfwerken der nahegelegenen Stadt Füssen einen Arbeitsplatz. Man half sich mit Arbeit über den Schmerz der verlorenen Heimat und des zurückgelassenen Besitzes hinweg und wand sich durch die Periode des Hungers. An den Türen der Bauernhöfe aber reichten sich die Hamsterer die Hand. Die Städter schleppten ihre letzten Sachwerte in die Dörfer. Als ganz Deutschland ein Tiefdruckgebiet war, herrschte hier mitunter ein kräftiges Hoch. Eine neue Konjunktur brach an, nur statt Kraft durch Freude war es Eigennutz durch sozialer Not.

Geschmack an Geld

Es ist nicht wahr, daß man nur in den Städten zu Geld kommen kann. Durch die Fremden hatte unser Dorf Geschmack daran gewonnen. Die Evakuierten hatten es zum ersten Male regelmäßig fließen lassen. Die Hamsterer zahlten in Sachwerten. Jetzt zahlen die vielen Flüchtlinge in bar und gutem Geld. Der Bäcker hat Hochsaison in Permanenz. Die Fleischermeisterin hat ständig den Laden voll und freut sich, daß die böse Zeit der Notschlachtungen für sie vorüber ist. Das Geschäft aber, das vom Klaue bis zum Radioapparat alles führt, quillt über von Waren und die Ladenkasse läuft sich vom dauernden Öffnen und Schließen mitunter schon heiß. Die Sterne stehen günstig. Niemand hat Kapital, und jeder lebt von der Hand in den Mund. Was die Flüchtlinge in der Woche verdienen, läßt sich auf Bäcker, Metzger, Kaufhaus und ein wenig Gasthofwirtschaft aufschlüsseln. Und der Bauer macht aus der Not der Baumenge die Tugend, Mieteinnahmen zu haben. So zahlt sich der Lastenausgleich leichter. Es gibt die Altreichen und die Neureichen auf diesem Dorf, aber keine gute Gesellschaft. Die 80jährige Baronin E. aus dem Baltikum trippelt in altem etendem Schuhwerk auf der Dorfstraße und springt zur Seite, wenn das neue Auto des Geschäfts-Inhabers X. angerauscht kommt. Denn der Besitzer des Kaufhauses X. der Bäcker Y und der Metzgermeister Z haben sich zwischen der Währungsreform und heute Personenkraftwagen zugelegt. Was für die Geschäftsleute der PKW ist, das bedeutet den Bauern der Traktor. In alten Zeiten taten es Pferd und Ochs. Jetzt ist der Traktor in Mode gekommen. New Look im Allgäu. Was das arme Dorf.

(Fortsetzung auf Seite 6)

Die unbesiegliche Weltweisheit des Orients,

(die allerdings wenig Wert auf den äußerlichen Triumph der Eitelkeit legt)

hat ihrem edelsten Genußmittel ein geheimnisvolles Leben verliehen. Nur die klassische Orientcigarette vermag den Geist anzuregen und gleichzeitig dem Körper eine behagliche Entspannung zu verschaffen. Der kluge Orient wußte, daß damit die Grundlagen einer Philosophie gekennzeichnet werden, die unbesieglich ist.

Heute handelt es sich für uns in Deutschland darum, auch in unserem Lebensgenuß die Gedankenlosigkeit äußerlicher Eitelkeiten und grober Genußmittel zu überwinden. Klugheit und Genußverfeinerung gehören zusammen, denn sie sichern die Freiheit des Geistes, auch in einer erniedrigenden Umwelt voll Traurigkeit.

Bei der Rückbesinnung zur echten Orientcigarette ist darauf zu achten, daß erst eine gewisse Umgewöhnung notwendig ist, um in die berauschende Genußtiefe des Orients einzudringen. Entscheidend ist nicht nur das Vergnügen an dem Aroma-Erlebnis, sondern das Verspüren einer andauernden Behaglichkeit, ein deutlicher Stimmungswechsel und ein geistiges Angeregtsein.

Laferme
ORIENTCIGARETTEN
in Packungen
zu 6 Stück 0,75
zu 12 Stück 1,50

COMPAGNIE
Laferme
gegr. 1862

Laferme
Klassische Orienttradition

Wir greifen auf:

Amtsschimmel wird müde

Wieder sind einige Überreste der Bewirtschaftung gefallen. Marmelade, Kunsthonig, andere Zuckerwaren und Schokolade dürfen jetzt auch legal ohne Zuckermarken verkauft werden. Der Konsument wir das kaum merken, denn er hat alle diese Sachen bisher schon ohne Marken bekommen. Die Rationierung des Zuckers selbst allerdings bleibt aufrechterhalten. Es wird aber allen Schleckermäulern eine Freude sein zu erfahren, daß für Weihnachten 10 000 Tonnen Zucker zusätzlich sofort freigegeben werden. Dieser Posten wird, allerdings zu etwas erhöhten Preisen, an die Fabriken gehen, die all die vielen süßen Sachen für den Weihnachtsgabentisch herstellen. Weitere 30 000 t sollen bald folgen.

Eine Lockerung ist auch beim Fleisch eingetreten. Zwar bleibt die Bewirtschaftung und Rationierung von Fleisch vorläufig aufrechterhalten, aber für Brüh-, Kochwurst, Pferdefleisch und Freibankfleisch sind erhebliche Lockerungen vorgesehen. So soll Pferdefleisch und Freibankfleisch gegen eine Markenabgabe 1:4 abgegeben werden können. Höchstpreise werden nur noch für Kommißfleisch und Kommißwurst, also für mittlere Fleisch- und Wurstqualitäten festgesetzt. Dies bedeutet, daß künftig die Lebendviehpreise und Großhandelspreise frei gebildet werden können. Auch von dieser Regelung merkt der Konsument nicht sehr viel; denn Fleisch ist praktisch überall ohne Marken zu haben.

Im Allgäu hat es einiges Kopfschütteln hervorgerufen, daß gleichzeitig mit dem Herausnehmen der Vollmilch aus der Bewirtschaftung der Preis von 32 auf 38 Pfg. erhöht wurde. Warum eine Vollmilch amtlich teurer werden muß, wenn sie von der Bewirtschaftung frei wird und keine Markenbürokratie mehr miternähren muß, ist ein bißchen schwer zu verstehen. Aber vielleicht liegt die Preiserhöhung darin begründet, daß die Vollmilch jetzt wirklich „voll" ist und nun der Rahm nicht mehr von der Bürokratie abgeschöpft wird. Für eine wirkliche Vollmilch gegenüber der bisherigen halben Vollmilch (nach dem Fettgehalt) ist die Preiserhöhung nicht einmal so groß.

Bundesbahn auf falscher Fährte

Welche Tariferhöhungen die Deutsche Bundesbahn vornehmen wird, ist bis jetzt noch nicht heraus. Zwei Vorschläge stehen einander gegenüber. Die ständige Tarifkommission hatte vorgeschlagen, die Tarife A bis D um 25,4% (bei A) bis 2,8% (bei D) zu senken und die Tarife E bis G um 1,3 bis 6,2% zu erhöhen. Außerdem sollte auf alle Klassen gleichmäßig ein Krisenzuschlag von 10%, den man bald wieder hätte aufheben können, erhoben werden. Dann hätte sich gegenüber dem jetzigen Stand folgende Veränderung ergeben: Bei A bis C wären die Tarife zwischen 14 und 4% gesenkt worden, und von D ab erhöht worden und zwar zwischen 7 und rund 16%.

Dieser Vorschlag hatte den Vorteil, daß die Bundesbahn auch wieder Transporte bekommen hätte, die der Lastwagen schon längst an sich gerissen hat, also die Güter der Klassen A bis C. Es wäre also vorauszusehen gewesen, daß die Bundesbahn nicht nur durch die Tariferhöhung, sondern auch durch die geschickte Umstellung erhebliche Mehreinnahmen bekommen hätte.

Der Beirat der Deutschen Bundesbahn war anderer Meinung. Er empfahl in der Arbeitstagung am vorigen Mittwoch im Güterverkehr einen Krisenzuschlag, der auf die Güterklassen D bis G mit verschiedener Staffelung verteilt werden und bis 31. Dezember 1950 längstens befristet sein soll. Danach ergäbe sich bei der Regelklasse D eine Erhöhung um 3,6%, bei E um 7,9%, bei F um 12,1% und bei G 15,7%. Die Regelklassen A bis C sollen nicht erhöht, aber auch nicht gesenkt werden. Auch die Ausnahmetarife, deren Sätze auf der Höhe D und darunter liegen, sollen entsprechend erhöht werden. Außerdem, das sei nebenbei bemerkt, schlug der Beirat vor, die Preise der Arbeiterwochenkarten und Kurzarbeiterwochenkarten um 25% zu erhöhen; die Schülermonatskarten sollen unverändert bleiben. Diese, vom Beirat vorgeschlagenen Erhöhungen sind also in etwas niedriger als die von der ständigen Tarifkommission, aber dafür sind keine Ermäßigungen bei A bis C vorgesehen.

Das hätte zur Folge, daß die Güter der Klasse A bis C weiter beim Kraftwagen bleiben und daß sogar bei D nun der Lastwagen erneut Fracht an sich reißen kann. Schon in der Linienfahrt konnte vor dem Kriege und jetzt der Lastwagen D-Güter rentabel befördern. Jetzt würde er es auch in der Trampfahrt können, z. B.: Steine und Erden bei Entfernungen über 200 km. Außerdem würden sich über eine solche Tariferhöhung der Bundesbahn (neben dem Gütermahverkehr u. dem Werkverkehr) die Binnenschiffahrt freuen, deren Kahnraum schon lange nur zur Hälfte ausgenutzt ist. Wir glauben also nicht, daß die Bundesbahn mit der vom Beirat vorgeschlagenen Tariferhöhung tatsächlich mehr Einnahmen erzielt, aber sicherlich nicht in der erwarteten Höhe von 150 Mill. D-Mark.

Inzwischen sind auch die entsprechenden Proteste zu vernehmen. Es liegt ein Memorandum Hamburgs vor, das sich über die Aufhebung des Küstenkohlentarifs 6 B 11 beschwert. Der Verkehrsrat der Südwestdeutschen Eisenbahn sprach sich am 8. Oktober gegen die vorgeschlagenen Tariferhöhungen aus und ist der Auffassung, „daß ein Krisenzuschlag ohne die Senkung der oberen Tarifklassen nicht das geeignete Mittel ist, um der Bundesbahn die dringend notwendige finanzielle Entlastung zu verschaffen. Es darf eine etwa notwendige Tariferhöhung nur auf einer gemäß den Überlinger Beschlüssen (gemeint ist der oben erwähnte Vorschlag der ständigen Tarifkommission) geänderten Wertstaffel aufgebaut werden. Dabei ist sich der Verkehrsrat darüber klar, daß eine finanzielle Gesundung der Bundesbahn weniger durch Tariferhöhungen als durch eine befriedigende Ordnung des gegenseitigen Verhältnisses von Schiene und Straße erreicht werden kann." In der gleichen Sitzung lehnte der Eisenbahnverkehrsrat der französischen Zone die vorgeschlagene 30%ige Erhöhung des Arbeiterwochenkartentarifs ab.

Es wird sich nun zeigen, wie der Herr Bundesverkehrsminister Dr. Seebohm entscheiden wird.

Schweiz, gelobtes Land

Die Schweiz ist auch heute noch ein gelobtes Land. Nicht weil man dort keine Nahrungssorgen hat; das ist auch bei uns vorbei. Aber die Schweiz hat keine Produktionsstatistik — und das ist ein Vorzug, den kaum ein anderes Land hat, insbesondere wenn man weiß, warum nicht.

Die Schweiz hat eine ausgezeichnete Handelsstatistik, und da gab es nun in der gegenwärtigen Session des Schweizer Nationalrats einen Vorschlag, in Zusammenarbeit mit den großen Wirtschaftsgruppen eine schweizerische Produktionsstatistik zu schaffen. In Deutschland wäre ein solcher Vorschlag (wenn wir nämlich noch keine Produktionsstatistik hätten) mit Begeisterung aufgenommen worden und wahrscheinlich einstimmig — wie sonst nur bei Präsidentenwahlen in der Ostzone — angenommen worden. Der Schweizer Bundesrat dagegen erklärte, die Schaffung einer derartigen Statistik sei nicht beabsichtigt, sondern die Regierung wolle sich auch weiterhin mit freiwilligen Auskünften der Industrie über die Produktionsverhältnisse von Fall zu Fall begnügen.

Wehmütig stellen wir fest, was in einem Lande freier Menschen, freier Wirtschaft, was in einem Lande ohne Dirigismus möglich ist. Der Stolz und die Sicherheit, die aus dieser Erklärung des Bundesrats sprechen! Es ist wirklich beachtlich. Und da sage noch einer, die Schweiz sei kein gelobtes Land!

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

Wie seit längerer Zeit, waren auch im September steigende Beschäftigungszahlen und gleichzeitig wachsende Arbeitslosigkeit bei weiterem Absinken des Arbeitskräftebedarfs kennzeichnend für die Arbeitsmarktlage in Württemberg-Hohenzollern. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten stieg um rund 3000 auf 200 000 Männer und um 1500 auf 115 500 Frauen, insgesamt um rund 4500 auf 316 000. Die Gesamtbeschäftigtenzahl erreichte damit 102,3% des Vorkriegsstandes. Während die landwirtschaftlichen, chemischen sowie die Nahrungsmittel- und Genußmittel-Berufe Arbeitskräfte verloren, wurden für andere Berufsgruppen, besonders für Textil- und Bekleidungsarbeiter mit 3000, für Metallarbeiter mit rund 700, für Baufacharbeiter mit 480 und für Forstarbeiter mit 430 Zugängen, erhöhte Unterbringungsmöglichkeiten gegeben, die vor allem den Umgesiedelten und Schulentlassenen zugute kamen.

Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen von 5000 am Ende des Vormonats auf 7300 Ende September. Hierunter befanden sich 2100 Frauen. Von den Arbeitslosen waren 3100 Ausgewiesene, davon 2040 Neu-Umgesiedelte gegenüber 1900 Ende August. Die Zugänge an Arbeitslosen sind also ganz auf die Übernahme der aus anderen Gebieten Deutschlands in das französisch besetzte Württemberg umgesiedelten Ostvertriebenen zurückzuführen. Die Zahl der Kurzarbeiter ging von 2200 in 75 Betrieben auf 2000 in 74 Betrieben zurück, von denen 1000 Kurzarbeiter-Unterstützung bezogen. Im September wurden 344 Unterstützungsempfänger mit Notstandsarbeiten beschäftigt.

An dem Ansteigen der Arbeitslosigkeit waren sämtliche Berufsgruppen beteiligt. Die rückläufige Nachfrage nach Arbeitskräften war in der Landwirtschaft nach der Einbringung der Getreide-Ernte besonders auffallend. Von den Rückgang an offenen Stellen entfielen 30% auf ausgesprochene konjunkturabhängige Berufe. Die restlichen 70% waren saisonmäßig bedingt. Erhöhte Unterbringungsmöglichkeiten haben sich noch für Papier-, Leder-, Holz- und Textilarbeiter sowie für weibliche Hilfsarbeiter ergeben. Im Bergbaugewerbe kam es zu den ersten Entlassungen. Die Textil-, Bekleidungs- und Schuhfabriken sowie die Musikinstrumente herstellenden Betriebe sind nach wie vor zum größten Teil sehr gut beschäftigt. Im südwürttembergischen Metallgewerbe blieb die Lage weiterhin uneinheitlich; in den Arbeitsamtsbezirken Reutlingen und Balingen war eine deutliche Tendenz zur Verschlechterung festzustellen.

Die Vereinigung der Industrie- und Handelskammern der französischen Besatzungszone mit den übrigen westdeutschen Kammern, die nach den bisherigen Bestimmungen noch nicht möglich war, steht nunmehr in Kürze bevor. Gleichzeitig ist beabsichtigt, die alte Bezeichnung „Industrie- und Handelstag" wieder einzuführen. Zur Vorbereitung des Zusammenschlusses hat am 6. Oktober in Frankfurt/M. eine Besprechung mit den Präsidenten der Kammern der französischen Besatzungszone stattgefunden.

In den Entwurf des neuen südhadischen Handelskammergesetzes, der noch in diesem Jahre vom Landtag verabschiedet werden soll, wird eine Bestimmung aufgenommen werden, nach der auch die Arbeitnehmer in den Beiräten der Kammern vertreten sein sollen, wie aus dem Wirtschaftsministerium verlautet.

Die Industrie- und Handelskammern, handwerklichen Berufsverbände, Landwirtschaftskammern, bäuerliche Berufsorganisationen, Landesarbeitsämter und andere Stellen sind von der Landesregierung von Rheinland-Pfalz aufgefordert worden, bis Ende dieses Monats Vorschläge für eine Unterstützung der schon anslaufenden Flüchtlingsbetriebe oder für eine Neugründung solcher Betriebe durch Gewährung von Krediten aus Marshallplangeldern zu unterbreiten.

Auch in Südbaden hat nunmehr das Soforthilfe-Gesetz (Landesgesetz zur Milderung dringender sozialer Notstände) Rechtskraft erlangt, wie das badische Ministerium des Innern, Landesamt für Soforthilfe, bekanntgibt.

Englische Zone

Ab 1. Juli 1949 sind in Nordrhein-Westfalen 605 Mill. DM aus öffentlichen Mitteln für den sozialen Wohnungsbau verteilt worden, wie Wiederaufbauminister Steinhoff erklärte. Hiervon entfallen 135 Mill. für den Bau von Bergarbeiterwohnungen. Der Zugang an Wohnungen betrug im 1. Halbjahr 1949 25 000. Zur Zeit befinden sich insgesamt einschließlich der Neubauten und Instandsetzungen 62 500 Wohnungen im Bau. Für das Bauprogramm im Rahmen des Longerenplanes stehen 21,5 Mill. DM als 1. Hypotheken aus Gegenwertfonds der Wiederaufbaubank und 32 Mill. DM Landeszuschüsse zur Verfügung. Außer diesen Mitteln sollen die einschlägigen Industriefirmen die Gesamtherstellungskosten durch zusätzliche Gewährung von unverzinslichen Arbeitgeberdarlehen von mindestens 20% oder verlorenen Zuschüssen von mindestens 10% decken. Im Rahmen dieses Programms ist der Bau von 6 333 Wohnungen geplant. Daneben hat die Eisen- und Stahlindustrie ein besonderes Stahlarbeiterwohnungsbauprogramm ausgearbeitet. In Angriff genommen wurden hier bereits 4 003 Wohnungen.

Am 19. Oktober wird in Köln die konstituierende Sitzung zur Bildung eines gemeinsamen Ausschusses für Wirtschaftsfragen der Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftsverbände der Industrie stattfinden. Dieser Ausschuß soll die bisherigen Vorbereitungen zur Gründung einer Gesamtorganisation der industriellen Wirtschaftsverbände fortsetzen. Weiterhin wird sich der Ausschuß mit allgemeinen Grundfragen der Wirtschaftspolitik befassen.

Der Normenausschuß der deutschen Industrie wird Anfang nächsten Jahres seinen Sitz von Krefeld-Uerdingen nach Köln verlegen.

Die Produktion und der Absatz der Hamburger Industrie haben sich im Monat September recht unterschiedlich entwickelt. Obwohl der gewerblichen Wirtschaft in stärkerem Maße als in den Vormonaten kurz- und mittelfristige Kredite gewährt werden konnten, wird die Kreditversorgung allgemein immer noch als unzureichend angesehen werden. Am schwierigsten scheint die Lage bei den Hamburger Werften zu sein, da es an Schiffbauaufträgen fehlt, Reparaturaufträge zurückgegangen sind und infolge der Pfundabwertung auch bei ausländischen Auftraggebern große Zurückhaltung bei Reparaturaufträgen an deutschen Werften geübt wird.

Die Absatzkreditbank AG wurde am 3. Oktober in Hamburg mit einem Kapital von 0,5 Mill. DM von der Industriekreditbank AG Düsseldorf zusammen mit der Hamburger Kreditbank und dem Hamburger Bankhaus Brinkmann, Wirts & Co. gegründet. — Die Absatzkreditbank ist dazu bestimmt, die Geschäfte der Verkaufskreditbank AG, Berlin, die früher unter dem Namen CITAG (Commercial Investment Trust AG) bekannt war, fortzusetzen.

Die „Bank für Gemeinwirtschaft" in Hamburg öffnete am 8. Oktober ihre Schalter. Träger der Bank, deren Tätigkeit sich vorläufig noch auf Hamburg beschränkt, sind die Gewerkschaften und die Gemeinschaften. Das Stammkapital der ersten gemeinwirtschaftlichen Bank des westdeutschen Bundesgebietes beträgt 1 Mill. DM. Die neue Bank, die vor allem auch das Außenhandelsgeschäft pflegen wird, soll allen Erfordernissen einer modernen Bank gerecht werden.

Bereits 1924 hatte eine Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamte eine Niederlassung in Hamburg. Diese Bank ging später in die „Bank der Deutschen Arbeit" auf und wurde nach dem Kriege durch Anordnung der Militärregierung liquidiert.

Ein Memorandum des Wirtschaftssenators Dr. Schiller betr. die Aufhebung des Küstenkohlentarifs 6 B 11 schlägt den Abgeordneten des Bundestags vor, einen Antrag einzubringen, nach dem die Bundesregierung gebeten werden soll, die Aufhebung dieses Sondertarifes rückgängig zu machen.

Der Umsatz der schleswig-holsteinischen Industrie hat sich im August gegenüber dem Vorjahre von 149,3 Mill. DM auf 152,4 Mill. DM (0,6%) erhöht. Im Inland wurden Umsätze von 144,2 Mill. DM, im Ausland von 8,7 Mill. DM und mit der Besatzungsmacht von 1,4 Mill. DM erzielt. Gegenüber dem Juli sind die Inlandsumsätze um 6,6%, die Auslandsumsätze um 46,3% und die Umsätze mit der Besatzungsmacht um 101,4% gestiegen. Die Zunahme der Umsätze gegenüber dem Ausland und der Besatzungsmacht entfällt ausschließlich auf den Schiffbau.

In Nordrhein-Westfalen sind in den ersten drei Jahren nach Kriegsende mehr als 3 300 Industriebetriebe neu errichtet oder angesiedelt worden. Zum Zeitpunkt der Währungsreform beschäftigten sie etwa 70 000 Arbeitskräfte. Die Bedeutung der Ansiedlung im Rahmen der Wirtschaft von Nordrhein-Westfalen wird in einer Untersuchung der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern von NRW behandelt. Anfang dieses Jahres hat unter dem Einfluß des wachsenden Konkurrenzkampfes ein Ausleseprozeß eingesetzt, der sich vor allem auf die Nahrungsmittel-, pharmazeutische, kosmetische und Spielwarenindustrie erstreckt.

Das Volkswagenwerk wird in Kürze die Serienproduktion eines Dreiviertel-Tonnen-Lieferwagens aufnehmen. Der neue Lieferwagen wird bei völlig neuer äußerer Formgebung die Eigenschaften des bisherigen Volkswagens mit den technischen Erfordernissen der Lastenbeförderung auf sich vereinigen. Durch diese Produktionserweiterung des Volkswagenwerkes soll das Programm für 1950, das den Bau von 60 000 Volkswagen vorsieht, nicht beeinträchtigt werden.

Amerikanische Zone

Die Lage in der Frankfurter Industrie ist nach wie vor gekennzeichnet durch ernste Liquiditätsschwierigkeiten. Das Kreditverlangen der einzelnen Betriebe ist merklich zurückgegangen. Der Grund hierfür wird in erster Linie darin gesehen, daß nach Bekanntwerden der Bedingungen und Möglichkeiten der Kreditbergabe die Firmen entweder die Aussichtslosigkeit ihrer Anträge eingesehen haben, oder aber bei der augenblicklichen Absatzlage keine Möglichkeiten sehen, zu den gestellten Bedingungen größere Kredite aufzunehmen. Die Absatzlage ist weiterhin unterschiedlich und im allgemeinen erschwert durch die Geldknappheit. Hinzu kommt, daß bei dem immer schärfer hervortretenden Konkurrenzkampf in den einzelnen Industriezweigen sich auf vielen Gebieten eine klare Übersetzung der Branchen abzeichnet, die im wesentlichen durch die Verlagerung von Ostzonenbetrieben hervorgerufen worden ist.

Die von den Industrie- und Handelskammern Württemberg-Badens ausgearbeiteten monatlichen Wirtschaftsberichte kommen verschiedentlich zu dem Schluß, daß die Anfang dieses Jahres einsetzende zweite Phase der Wirtschaftsentwicklung nach der Währungsreform, die das Rückgangs von Umsätzen und Preisen und einer steigenden Arbeitslosigkeit, bei Abklingen ist. Verbunden wird diese Phase als im wesentlichen beendet bezeichnet. Wenn die Auswirkungen der DM-Abwertung keine neuen Momente in die Entwicklung bringen, so glaubt man, daß von seiten der Wirtschaft die Voraussetzungen geschaffen worden sind, die einen Umschwung der stagnierenden Entwicklung ermöglichen können.

Die Gesamteinnahmen des Landes Württemberg-Baden aus Steuern, Zöllen und Abgaben betrugen im Rechnungsjahr 1948/49 469,5 Mill. RM und 853,2 Mill. DM gegenüber 1 442,6 Mill. RM im Vorjahr.

Im Stadtkreis Kassel ist der Bau von zunächst 300 Arbeiterwohnungen geplant. Jede Wohnung soll höchsten 16 500 DM kosten. In erster Linie sind dreigeschossige Blöcke als Neubauten mit mindestens 50 Wohnungen je Baustelle vorgesehen. Die Wohnungsgröße ist mit 45 qm netto und 65 qm brutto Wohnfläche festgelegt. Neben reinen Neubauten sind auch Aufbauten unter bestimmten Voraussetzungen vorgesehen.

Nach Zuteilung der anteiligen Länderquoten ist das Garlos-Wohnungsbauprogramm in Hessen nunmehr angelaufen. Durch den Bewilligungsausschuß wurden seither 3,5 Mill. DM aus Landesmitteln bewilligt, die gleichen Beträge werden aus Garlos-Geldern und Arbeitgeberdarlehn bereitgehalten. Aus Landesmitteln wurden in Hessen verteilt an den Regierungsbezirk Kassel 1 147 000 DM, Reg.-Bez. Darmstadt 990 000 DM und Reg.-Bez. Wiesbaden 801 000 DM. Sondergenehmigungen wurden für Bauvorhaben Kohlheck, Hamburg, Dietkirchen, Wetzlar und Ludwigshütte im Gesamtbetrage von 450 000 DM erteilt.

Für Flüchtlingskleinbetriebe in Bayern sollen nach Beschluß des Bayerischen Landtages 3 Mill. DM als langfristige Darlehen bereitgestellt werden. Von der Staatsbürgschaft der Flüchtlingsbetriebe in Höhe von 60 Mill. DM wurden bisher 53,2 Mill. DM vergeben, so daß noch ein Rest von 6,8 Mill. DM verbleibt. Aus dieser Summe sollen nun auch die Flüchtlingshandwerker befriedigt werden, die sich teilweise in einer verzweifelten Lage befinden.

Auf die Notwendigkeit einer engsten Verbindung mit der Praxis zur Verbesserung der REFA-Methoden und auf die Mitwirkung der Arbeiterschaft durch Entsendung von Vertretern in die Ausschüsse wies der Vorsitzende Girod auf einer Tagung in Bad Cannstatt anläßlich des 25jährigen Bestehens der REFA, die von über 500 REFA-Delegierten aus Westdeutschland besucht war, hin.

Für das graphische Gewerbe im Vereinigten Wirtschaftsgebiet wurde jetzt in Stuttgart ein neuer Lohntarif festgelegt, der am 1. November 1949 in Kraft tritt. Zur Beilegung von Streitfällen wurden Landes- und Zentralschiedsgerichte gebildet.

Die Braunkohlengruben in Wächtersbach (Hessen), die bisher stillagen, sollen wieder in Betrieb genommen werden, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern.

Dem württembergisch-badischen Landeswirtschaftsministerium ist es gelungen, in München eine „graphische Kunstanstalt" zu ermitteln, die gewerbsmäßig Etiketten französischer Cognac-Marken hergestellt hat. Es handelt sich um folgende Marken: Frères, Cognac, Furland & Co., Cognac, Jacquet & Co., Cognac.

Die amtlichen Ermittlungen haben ergeben, daß 32 000 gefälschte Etiketten zum Preise von 1.— DM pro Stück abgesetzt wurden, die vermutlich zur Etikettierung minderwertiger Branntweine benutzt worden sind. Die gleichzeitig verwandten Dreistern-Halsschleifen fielen durch primitiven Druck besonders auf.

Ostzone

Die Deutsche Notenbank in Berlin-Ost hat zum 30. 9. 1949 erstmals einen Ausweis über den Zahlungsmittelumlauf der Sowjetzone veröffentlicht. Danach befanden sich bei der Bevölkerung, den Betrieben und Organisationen 3,2 Mrd. Ostmark im Umlauf. Die „in Betrieb gegebenen Noten und Münzen" werden mit 4149 Mill. bzw. 23 Mill. Ostmark ausgewiesen. In den Kassen der Deutschen Notenbank und der Emissionen- und Girobanken befanden sich 704 Mill. Ostmark und in den Kassen der sonstigen Kreditinstitute 204 Mill. Ostmark.

Die wichtigsten Aktiv- und Passiv-Posten des Ausweises sind:

Aktiva:	in Mill. DM-Ost
Kassenbestand	704,40
Postscheckguthaben	38,70
Wechsel	91,97
Länderschatzanweisungen*	2 664,81
Forderungen an die Länder*	934,00
Lombardforderungen	9,43
Forderungen an die öffentliche Hand	4 168,00
davon 4 097,00 Forderungen aus dem Notenumtausch v. Juli 1948)	
Passiva:	
Grundkapital	100,00
Banknoten	4 149,31
Münzen	23,00
Guthaben von zentralen Geld- und Kreditinstituten	3 743,88
Guthaben von zentralen Behörden	623,78

* Diese beiden Posten stammen aus der Begleichung von Umwertungsdifferenzen bei Kreditinstituten anläßlich der Währungsreform.

In einer Stellungnahme des sowjetisch lizenzierten Nachrichtendienstes ADN hierzu heißt es, daß mit der Bekanntgabe des Zahlungsmittelumlaufes in Höhe von 3,2 Mrd. Ostmark alle zweckbestimmten Behauptungen der westlich lizenzierten Zeitungen über die Höhe des Bargeldumlaufes in der Ostzone zunichte gemacht worden seien. Während in Westdeutschland der Zahlungsmittelumlauf in den letzten Monaten ständig angestiegen sei und gegenwärtig weit über 7 Mrd. betrage, habe sich der Zahlungsmittelumlauf in der Ostzone erheblich reduziert. (Immerhin ist sogar der ausgewiesene Notenumlauf, pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, in der Ostzone wesentlich höher als in den Westzonen. D. Red.)

Der Volkswirtschaftsplan der DWK in der Ostzone sei als ein Staatsgrundgesetz zu betrachten, erklärte Dr. Alfred Lemmnitz von der Zeitschrift „Deutsche Finanzwirtschaft" auf einem Schulungslehrgang der Zweigstellenleiter der thüringischen Landeskreditbank in Weimar. Niemand dürfte sich darüber täuschen, daß ein Angriff auf dieses Staatsgrundgesetz ungestraft hingenommen werden könne. Die Lenkung der Arbeitskräfte sei notwendig, wenn auch Zwangsverpflichtungen nur vorübergehend vorgenommen werden sollten.

Die Hauptverwaltung Finanzen der Deutschen Wirtschaftskommission in der sowjetischen Besatzungszone hat jetzt eine Preisstützungsanordnung veröffentlicht, deren Vorschriften für das gesamte Rechnungsjahr 1949 gelten sollen. Diese Anordnung war notwendig geworden, weil viele Betriebe, insbesondere solche, die Reparationslieferungen auszuführen haben, die Selbstkosten mit denen ihnen zugebilligten Preisen nicht zu decken vermochten. Soweit der Selbstkostenpreis höher ist als der vorgeschriebene Hersteller-Abgabepreis, sollen diese Betriebe nunmehr das Recht haben, einen Stützungssatz zu beantragen.

Zur Regelung der Stromversorgung in der Ostzone im Winterhalbjahr 1949/50 hat das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission eine Verordnung erlassen, nach der Betriebe am Tage nur in der Zeit von 8 bis 17 Uhr und in der Nacht von 22 bis 6 Uhr Strom entnehmen dürfen.

Die Wirtschaftsordnung in der Ostzone, so führte Heinrich Rau, der Vorsitzende der Deutschen Wirtschaftskommission, in Potsdam aus, basiere auf der verschiedenartigen Zusammensetzung der Produktions- und Handelsbetriebe. Es wäre bei dieser Struktur der Wirtschaft falsch, eine Art des Handels auszuschalten. Es komme darauf an, ein richtiges Verhältnis zwischen den einzelnen Arten des Handels zu finden, damit die bestmögliche Versorgung der Bevölkerung gesichert sei. Rau betonte, daß die deutsche Wirtschaft aus den Erfahrungen der Sowjetunion lernen könne. Es wäre aber falsch, irgendwelche Organisationsformen der sowjetischen Wirtschaftsorgane auf die deutsche Wirtschaft zu übertragen. Selbst wo die Wirtschaft der Ostzone ähnliche Formen wie die der Sowjetunion entwickelt habe, gelte das nicht dem Inhalte nach.

Ein Dorf im Spiegel der Zeit

(Fortsetzung von Seite 5)

das zu Großvaters Zeiten ausschließlich von der Viehwirtschaft lebte, reich gemacht hat, ist offensichtlich.

... und die Kehrseite der Medaille

Während die einen tanzen und feiern, stempeln und darben die anderen. Bis auf den Friseurladen, der jetzt für 1100 Menschen sich rentiert und nach dem Zusammenbruch entstand, sind die 10 Flüchtlingsbetriebe pleite. 8 Personen gehen noch stempeln, 30 Haushaltsvorstände beziehen schon Fürsorge und 65 haben Anspruch auf die so schrecklich viele Voraussetzungen geknüpfte Soforthilfe. Die Gemeindekasse zahlt jetzt im Jahr an Fürsorgegeldern, vom Kreis aufgebracht, etwa 2000 DM ohne Soforthilfe im Monat aus. Noch 1937 betrugen die jährlichen Einnahmen der Gemeinde 17 806 RM und davon wurden 15 722 RM für produktive Zwecke wie Wegebau, Wasserlaufregulierung, Gemeindebauvorhaben usw. ausgegeben. Die Gemeinde ist heute ärmer als die Kirchenmaus.

Ordnung im Kuhstall

Die Menschen sind froh, daß wenigstens wieder Ordnung im Kuhstall herrscht. Im Krieg mußte das Dorf jährlich 150 Stück Rindvieh abliefern, in der bösen Nachkriegsperiode bis zum DM-Tag etwa 250 Stück im Jahr. Jetzt herrscht kein Ablieferungszwang mehr. Die Ställe füllen sich wieder. Der Bauer verkauft nach gesunden wirtschaftlichen Prinzipien. Die Wiesen sind ergiebiger. Man bekommt wieder Düngemittel, vor allem Thomasmehl, und der Jahre hindurch stiefmütterlich behandelte Boden hat es wirklich not. Die Heuernte war sehr gut und die Tennen sind gefüllt. Der Bauer kann mit dem Jahr zufrieden sein. In einer Sennerei des Dorfes wurden im Frieden 75 000 kg Milch monatlich abgeliefert. Vor der Geldreform waren es nur 50 000 kg. Jetzt sind es bereits wieder 67 000 kg. Die Milch rinnt wieder lebhafter. Es gibt aufwärts. 50 000 kg, das gibt 80 Zentner Emmenthaler Käse und 14 Zentner Butter, die Monatsleistung von 200 Kühen. Da die Kühe sich seit der Geldumstellung soviel Mühe gegeben haben, ist es ein entsprechender Mehr und kein Wunder, daß man hierzulande Milch trinkt, Käse ißt und Butter streicht, ohne mit Marken noch viele Umstände zu machen.

Wenn der bäuerliche Rhythmus wieder unbelastet vom Schicksal der Vertriebenen schwingt, wenn eine Entlastung des Dorfes von einer Überzahl von Menschen einsetzt, wird auch hier die Entwicklung gestoppt, die selbst im letzten Dorf auf den krassen Gegensatz weniger Neureicher und einer Masse Proletarier hinausläuft. Der gesund und natürlich empfindende Bauer sieht diese scharfen Konturen innerhalb seiner Welt ohnehin mit geheimer Unruhe und weiß, daß die Zeit seiner eigenen Konjunktur vorüber ist, wenn er in Zukunft mit seinen Produkten auf die Preise der konkurrierenden Erzeugnisse des Weltmarktes trifft. Ihm ist das Gefühl für echten Besitz noch eigen, aber er wird seiner Scholle nicht rein froh, weil der Taumel der Neureichen ihn nicht berührt. Da der westdeutsche Raum den Flüchtlingen auf den Dörfern keine Wohnmöglichkeiten und keine Arbeitsplätze bietet, liegt der Herd der deutschen Krankheit an der Wurzel unserer Kraft, in den Dörfern, wofür das Dorf im Allgäu wie jedes andere ein wärmendes Beispiel bietet.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Europa-Union, Frankreich und die Abwertung

Von unserem Pariser m. a. r. z. Korrespondenten

Das Erscheinen des Berichtes des Wirtschaftskongresses in Straßburg hatte etwas Ermutigendes, insofern als er endlich wieder einmal ernsthafte Diskussionen brachte, die von ernsthaften Leuten über ein ernsthaftes Thema geführt worden waren. Jedoch ließ sich auf seiten der Engländer — sie sind immer noch Inselbewohner — bereits eine gewisse Zurückhaltung bemerken, die bei den Worten „Europaunion" schon im Stillen an die Abwertung dachten, die sie trotz all der zahlreichen Dementis planten.

Die Franzosen schienen am meisten überzeugt zu sein von der verhängnisvollen Gefahr, die Europa bedroht: nämlich von der schrankenlosen Verwirrung der Zahlungsbilanzen.

Zwar lebte Europa schon 1914 von Einfuhren, aber die „internationalen Dienste", die es leistete, und die Einkünfte aus seinen ungeheuren in der Welt angelegten Kapitalien, erlaubten ihm zu bezahlen, was von seiner schon nachlassenden Ausfuhr nicht ganz gedeckt war.

Jedoch hat sich die Lage verschlimmert durch die beiden Weltkriege deren nächste Folge die Schwächung Europas und die Industrialisierung der übrigen Kontinente war. Wir wollen nicht vergessen, daß allein schon auf dem Gebiet der Ernährung Belgien zu 53% von der Einfuhr abhängt, Holland zu 48%, die Schweiz zu 53% und England zu 68%. Am günstigsten steht noch Frankreich da mit einem Anteil von nur 17%. Jedoch deckt die Gesamtausfuhr Europas nur 15% der Einfuhr aus den Vereinigten Staaten, einer Einfuhr, auf die Europa keinesfalls verzichten kann, ohne sich selbst zu Grunde zu richten. Bisher hat Paul Reynaud mit Recht daran erinnert — denn man neigt nur zu sehr dazu es zu vergessen —, daß wir von Aushilfen gelebt haben, nämlich von Anleihen, Unterstützungen und dem Marshallplan. Der Fälligkeitstermin ist schon 1953 … in drei Jahren! Es ist als ob die öffentliche Meinung von einem völligen Nichtwissen befallen worden wäre angesichts einer so nahen Gefahr. Weil die Zeit nach dem Kriege 1914—18 mit einem gewissen Wohlstand zusammenfiel (er war nur künstlich, wie es sich 1929 herausstellte) wäre es falsch, daraus zu folgern, daß alle Nachkriegszeiten gleich sein müssen. Ganz allgemein, ein Krieg, ob gewonnen oder verloren, muß bezahlt werden, und zwar sehr teuer!

Hierüber waren sich die Parlamentarier in Straßburg völlig einig, und diese Tatsache ist immerhin erwähnenswert. Leider ist die Einstimmigkeit über die erforderlichen Heilmittel dahin, sobald es um die praktische Anwendung geht. Jedermann ist sich darüber einig, daß angesichts geballter Kontinente wie der UdSSR und Amerikas ein europäischer Markt von 300 Millionen Einwohnern nicht nur erwünscht sondern unbedingt notwendig ist mit einer abgestimmten industriellen Erzeugung und einem festen Währungswesen, wobei die Währungen keine Kampfmittel sein dürfen. Jedermann war einverstanden … aber am folgenden Tag schon wertete England ab ohne die geringste Rücksicht auf die übrigen europäischen Länder; es nahm dabei eine Kampfparität an. Und die europäischen Länder suchten in einer Sturzwelle isolierter Abwertungen, ihre Sonderinteressen zu wahren, ohne dabei auch nur im geringsten gegenseitiges Einvernehmen herzustellen. Auf die Europa-Union folgte eine Rückkehr zu den alten Beweggründen: zum Egoismus, zur Eigenliebe und zum engen Nationalismus.

Das erste Opfer des Herrn Stafford Cripps sollte Herr Queuille, der Präsident des franz. Staatsrates sein. Wie gewisse Parteien und politische Organisationen (die Sozialisten) alsbald erklärten, hat die Abwertung eine allgemeine Erhöhung der Löhne unvermeidlich gemacht. Die Wahrheit dürfte wahrscheinlich dem ganz entgegengesetzt sein. Da Frankreich mit seiner Ernährung nur zu 15 bis 17% vom Ausland abhängt, sollte es die Auswirkungen der Abwertung auf seine Inlandspreise fast nicht fühlen; im Gegenteil, es sollte ihm möglich sein, seine Ausfuhr zu steigern. Eine allgemeine Preissteigerung würde nur zum Verlust der Vorteile der Abwertung führen; hierbei muß man anerkennen, daß die englische Regierung auf dem rechten Wege ist, indem sie eine strenge Blockierung der Löhne aufrecht erhält trotz der für ein Land wie England notwendigerweise fühlbaren Erhöhung der Lebensmittelpreise. Andererseits sind in Frankreich die Waren und verschiedenen Gebrauchsgüter nicht mehr so gefragt, daß eine Preissteigerung stattfinden könnte, ohne daß die Verbraucher dabei bremsten.

Gewiß bestand in Frankreich schon vor der Abwertung eine Art Einstimmigkeit über die Lohnerhöhung. Sicherlich ist eine Erhöhung der Löhne zu wünschen. Aber würde eine rein nominelle Erhöhung irgendeine Schwierigkeit aus dem Wege räumen. Wer hätte nicht bemerkt, daß der 15prozentigen Lohnerhöhung vor einem Jahre eine fühlbare gleiche Preissteigerung entsprach? Aber noch niemand konnte eine brauchbare Lösung vorschlagen, um durch ein nominelles Anschwellen der Löhne zu einer wirklichen Erhöhung der Kaufkraft zu führen.

Verkäufe mit Verlust auf gewissen Gebieten würden sicher durch teilweise Anpassung eine Steigerung von 5 bis 8% erlauben; aber sind wir sicher, daß diese Steigerung sich gerade auf den Gebieten auswirkt, wo der Verkauf mit Schaden vorherrscht? In jedem Falle würde eine 20prozentige Lohnerhöhung die vor einem Jahr mühsam zum Stillstand gebrachte Inflation wieder herbeiführen.

Wie immer ist diese Frage in Frankreich mehr politischer als wirtschaftlicher Art. Rücksichten auf die Wählerschaft lassen unsere Politiker oft vergessen, daß die Kunst des Volkswirtschaftlers darin besteht, nicht das Wünschenswerte sondern das Mögliche zu finden.

Preisentwicklung in Frankreich

Der seit Juni in Erscheinung getretene Wiederaufstieg des französischen Preisniveaus hat im September weitere Fortschritte gemacht, so schreibt die „Neue Züricher Zeitung". Der Großhandelsindex ist nämlich im abgelaufenen Monat um rund 3% gestiegen, indem er sich von 1918 im August auf 1958 im September erhöhte. Gleichzeitig hat der Pariser Kleinhandelsindex eine Steigerung von rund 4% aufzuweisen, nämlich von 1752 im August auf 1826 im September. Diese Erhöhung der Indexzahlen ist einzig und allein auf die Erhöhung der französischen Agrarpreise zurückzuführen, die im ersten Halbjahr 1949 eine fühlbare Senkung erfahren, neuerdings aber unter dem Einfluß der Trockenheit, die auf verschiedenen Gebieten der landwirtschaftlichen Erzeugung — Molkereierzeugnisse, Gemüse, Hackfrüchte — zu Produktionsausfällen geführt hat, ihre ursprünglichen Rückgänge teilweise einzuholen vermocht haben, ohne allerdings ihren Stand zu Beginn des Jahres wieder zu erreichen, wie aus folgender Zusammenstellung zu ersehen ist.

Französische Preisindices (1938 = 100)

	Großhandelsindex: Industrieerzeugnisse	Nahrungsmittel	Gesamtindex	Kleinhandelsindex für Paris
1948 Jan.	1339	1567	1463	1414
Nov.	2049	1904	1977	1870
1949 Jan.	2148	1740	1944	1933
Mai	2071	1708	1890	1738
Juni	2076	1548	1813	1726
Juli	2070	1638	1854	1715
Aug.	2086	1749	1918	1752
Sept.	2080	1836	1958	1826

Der Preisumschwung am Agrarmarkt, der sich im Großhandel bereits im Juli bemerkbar zu machen begann, ist im Kleinhandel erst mit einer gewissen Verspätung zur Geltung gekommen, wobei zu berücksichtigen ist, daß der Pariser Kleinhandelsindex vornehmlich Nahrungsmittel berücksichtigt. Die Industriepreise sind hingegen bisher weitgehend stabil geblieben, ohne daß man bereits jetzt die Auswirkungen der jüngsten Währungsabwertung überblicken könnte, die in den Septemberindices noch nicht in Erscheinung treten.

Ein amtlicher Lebenshaltungsindex wird in Frankreich seit Kriegsausbruch nicht mehr veröffentlicht. Der vom privaten „Institut d'Observation Economique" ermittelte Index der Lebenshaltungskosten stellte sich im September auf 1419 gegen 1386 im Juli und 1415 im Januar 1949.

Starker Rückgang der Industrieproduktion

Der vom privaten „Institut d'Observation Economique" ermittelte Index der Lebenshaltungskosten stellte sich im September auf 1419 gegen 1386 im Juli und 1415 im Januar 1949.

Noch keine neue Cruzeiro-Parität

Entgegen Berichten der internationalen Finanz- und Wirtschaftspresse ist eine Verlautbarung der brasilianischen Regierung über eine Neufestsetzung der internationalen Parität des Cruzeiro nicht erfolgt. Gerüchte wollen wissen, daß am 11. oder 12. Oktober die Parität des Cruzeiro zum Pfund Sterling bekanntgegeben werde, daß indessen die des Cruzeiro zum Dollar unverändert bleiben werde. In Kreisen der Finanzwelt von Rio glaubt man, daß mit Rücksicht auf die Auslandsverschuldung und die enge wirtschaftliche Bindung des Landes an die USA, es Brasilien zum Nutzen gereichen werde, wenn es die enge Verbindung seiner Währung zum Dollar nicht löse.

Neue Verrechnungskurse der Schweizer Nationalbank

Die Schweizerische Nationalbank veröffentlichte folgende neue Verrechnungskurse für die Abwicklung des Handelsverkehrs mit Ländern, mit denen die Schweiz zweiseitige Handelsabkommen geschlossen hat. Sie lauten im einzelnen wie folgt:

	Kauf (in sfrs)	Verkauf (in sfrs)
Belgien für 100 bfrs	8,72	8,77
Großbritannien für 1 Pfund Sterling	12,32	12,36
Niederlande für 100 hfl	114,820	115,320
Norwegen für 100 norw. Kronen	61,07	61,27
Schweden für 100 schwed. Kronen	84,320	84,720
Tschechoslowakei für 100 cčr	8,735	8,775
Deutschland für 100 DM	103,90	104,30

Machtballung in der USA-Industrie

Bericht über „übertriebene Konzentration wirtschaftlicher Macht"

Angesichts der Entflechtungen in deutschen Industriekonzernen, die auf Grund des Dekartellisierungsgesetzes der Militärregierung vorgenommen werden, wird der Bericht interessieren, den die Federal Trade Commission dem ständigen Überwachungsausschuß für Monopole beim amerikanischen Repräsentantenhaus über den Stand der „übertriebenen Konzentration wirtschaftlicher Macht" nach Untersuchungsergebnissen aus dem Jahre 1948 zugeleitet hat. Der Bericht war auszugsweise im Journal of Commerce veröffentlicht.

In dem dem ständigen Überwachungsausschuß für Monopole beim amerikanischen Repräsentantenhaus von der Federal Trade Commission zugeleiteten Bericht für das Jahr 1948 heißt es, daß in 13 Industriezweigen eine „übertriebene Konzentration wirtschaftlicher Macht" festgestellt wurde, in 6 Industriezweigen eine „hohe, aber nicht zu hohe oder außergewöhnliche Konzentration" und in 5 Industriezweigen eine „normale Konzentration".

„Übertriebene Konzentration" wird angenommen, wenn mehr als 60% des Kapitals aller Gesellschaften eines Industriezweiges in den Händen von nicht mehr als vier Gesellschaften ist. Das war unter anderem bei folgenden Industriezweigen der Fall:

Aluminium	100%
Konservendosenherstellung	95,3%
Linoleum	92,1%
Kupferschmelzen und Raffinerien	88,5%
Zigaretten	77,6%
Gummireifen und Schläuche	70,3%
Büroeinrichtungen u. Maschinen	69,3%
Automobile	68,7%
Landmaschinen	66,6%
Fleisch und Fleischwaren	64%

des Kapitals aller Gesellschaften des Industriezweiges in der Hand von nicht mehr als vier Firmen.

„Hohe, aber nicht zu hohe oder außergewöhnliche Konzentration" wird angenommen, wenn 60% des Kapitals aller Gesellschaften eines Industriezweiges in den Händen von nicht mehr als sechs Gesellschaften ist. Hierunter fielen:

Glas und Glaswaren	69,0%
Teppiche und Matten	66,3%
Stahl	62,4%
Chemikalien	62,7%
Luftfahrtindustrie	60,4%

des Kapitals aller Gesellschaften des Industriezweiges in der Hand von nicht mehr als sechs Firmen.

Bei der Stahlindustrie waren 36,6% des gesamten Kapitals des Industriezweiges in der Hand einer Gesellschaft, die beiden größten zusammen kontrollierten 42% und die ersten 6 Gesellschaften insgesamt 63,4%. Bei der Konservendosen-Industrie kontrollierte eine einzige Gesellschaft 55,2% des gesamten Kapitals, die ersten drei zusammen 93,3% des gesamten Kapitals dieser Industrie.

Als normal wird eine Machtzusammenballung noch angesehen, wenn nicht mehr als 15 Gesellschaften nicht mehr als 60% des gesamten Kapitals aller Gesellschaften dieses Industriezweiges kontrollieren. Das war der Fall bei:

14 Gesellschaften für elektrische Ausrüstungen	56,9%
14 Mühlengesellschaften	36,0%
14 Pharmazeutischen und Drogengesellschaften	53,8%
18 Gesellschaften der Gefrierindustrie	50,2%
15 Schuhfabrikationsgesellschaften	57,5%

46% des im Jahre 1947 neu gezeichneten Kapitals in der erzeugenden Industrie entfiel auf die 113 größten Gesellschaften. Die Aktiven dieser Gesellschaften lagen sämtlich über 100 Millionen Dollar.

USA-Finanzierungen

Export-Import-Bank-Kredit an USA-Werkzeugmaschinenindustrie

Die Export-Import-Bank hat einer Gruppe von 11 nordamerikanischen Herstellerbetrieben von Werkzeugmaschinen, die sich zu einer Interessengemeinschaft unter der Firma American Tool Services Incorporated (Amertool) zusammengeschlossen haben, einen Revolving-Kredit bis zu 3 Mill. Dollar zur Verfügung gestellt. Die Kredit-Nehmer hoffen, mit dieser finanziellen Hilfe ihren Absatz in den lateinamerikanischen Ländern vergrößern zu können.

Die Unterstützung der Ausfuhrbemühungen der amerikanischen Werkzeugmaschinenindustrie durch diese Kreditgewährung ist bemerkenswert. Sie läßt erkennen, daß die USA nicht gewillt sind, nach der Abwertungswelle den lateinamerikanischen Markt der britischen und europäischen Konkurrenz kampflos zu überlassen.

Export-Import-Bank-Anleihe für Chile

Die Export-Import-Bank hat Chile eine neue Anleihe von 25 Mill. Dollar gewährt, wodurch sich die chilenische Verschuldung gegenüber der Export-Import-Bank auf 50 Mill. Dollar erhöht. Der Vorsitzende der Export-Import-Bank teilte mit, daß Chile infolge des scharfen Preisrückganges für Kupfer anfangs d. J., und der darauffolgenden Einschränkung in der chilenischen Kupfergewinnung einen starken Ausfall in seiner Ausfuhr nach dem Dollarblock erlitten habe.

Finanzierung italienischer unentwickelter Gebiete

Auf Grund einer Absprache zwischen dem amerikanischen Finanzminister Snyder und dem italienischen Schatzminister Pella wollen sich beide Länder je zur Hälfte an der Finanzierung eines Planes für den Ausbau Süditaliens beteiligen, das als unentwickeltes Gebiet im Sinne des Punktes 4 des Truman-Programmes anerkannt wird. Der Plan (Tremelloniplan) sieht die Investition von 3 Mrd. Lire im Laufe von 15 Jahren vor. Das Investitionsprogramm enthält Meliorationen und Bewässerungsarbeiten, Industrialisierung sowie Straßen- und Häuserbau. Es wird erwartet, daß eine Entwicklung des Südens eine allgemeine Wirtschaftsbelebung in ganz Italien nach sich ziehen wird.

Türkei-Außenhandel noch passiv

Die Handelsbilanz der Türkei hat im Laufe des ersten Halbjahres 1949 eine wesentliche Verbesserung erfahren. Während sich die Einfuhren auf 378.8 Mill. türk. Pfund gegenüber 353.9 Mill. in der gleichen Zeit des Vorjahres beliefen, erhöhten sich die Ausfuhren von 203.4 auf 332.2 Mill. türk. Pfund. Das Außenhandelsdefizit ist somit um 150.5 auf 46.5 Mill. Türkenpfund zurückgegangen.

An der Spitze der türkischen Exportartikel steht nach wie vor Tabak. Er ist allein mit 42.3% an den Gesamtausfuhren beteiligt (143.7 Mill.), gegenüber 62 Millionen während des 1. Halbjahres 1948. An nächster Stelle steht Baumwolle (21.7 Mill. gegenüber 36 Mill.) gefolgt von Nüssen (16.1), Weintrauben (16.1), Chrom (10.3), Opium (6.5), Ölkuchen (6.3), Häute und Felle (3.6), Eier (3.4), Olivenöl (3.0).

Bei den Einfuhren stehen Baumwollwaren mit 30.3 Mill. an erster Stelle, gefolgt von landwirtschaftlichen Maschinen, Treibstoffen, Elektromotoren und Transportmitteln. Bei der ländermäßigen Verteilung des Außenhandels ist erwähnenswert, daß die Bedeutung der Vereinigten Staaten als Abnehmerland für türkische Erzeugnisse etwas nachgelassen hat und daß Deutschland wieder auf dem türkischen Markt auftritt. Die Ausfuhr nach den USA ist von 46.6 Mill. auf 42.6 Mill. zurückgegangen, während sie sich nach Deutschland von 3.5 Mill. im Jahre 1948 auf 27 Millionen in diesem Jahr erhöht. Die Exporte nach Großbritannien erreichten 49 Millionen. Der Anteil der USA an der türkischen Ausfuhr ist von 28.88 auf 12.8 Millionen abgesunken. In der Reihenfolge ihrer Bedeutung sind folgende Staaten als wichtigste Abnehmer türkischer Erzeugnisse aufgetreten: Griechenland, die Tschechoslowakei, Frankreich, Österreich, Holland, Kanada, Ägypten, die Schweiz, Polen, Israel, Schweden und Italien. Die Käufe Italiens sind von 14.7 auf 5.3 Millionen stark zurückgegangen.

Die wichtigsten Lieferstaaten der Türkei sind Großbritannien (33.8 gegenüber 77.6), die USA (37.3 gegenüber 14.4), die Tschechoslowakei (25.7 gegenüber 14.4), Frankreich (23.8 gegenüber 12.5), Australien, Holland, Italien, Schweden, die Schweiz, Belgien usw. Der Anteil der USA an den türkischen Einfuhren ging von 24.65 auf 13.2% zurück. Die Verkäufe Deutschlands an die Türkei sind noch gering und machten nur 2.3% aller türkischen Einfuhren aus (gegenüber 0.28 in 1948).

Tschechische Ausfuhr wächst

In den ersten 8 Monaten 1949 betrug der Wert der tschechoslowakischen Ausfuhr 25.79 Milliarden cKr und war damit 3 Milliarden cKr höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der Anteil der Fertigwaren an der Gesamtausfuhr erreichte 82.2%. Die Rohstoffeinfuhr machte in den ersten 8 Monaten 1949 53.6% der Gesamtausfuhr aus, gegen 47.2% in der gleichen Zeit des Jahres 1948. Absolute Zahlen werden nicht angegeben.

Über die wichtigsten Rohstoffeinfuhren in den ersten 7 Monaten 1949 liegen folgende Daten vor (Einfuhrmengen für Januar bis Juli 1949 in Klammern): Eisenerze 1.21 Mill. t (0.93 Mill. t), Kautschuk 22 300 t (17 000), Holz 114 000 t (26 000), mineralische Öle und Ölderivate 320 000 t (215 000), Düngemittel 106 000 t (92 300), Butter 400 t (15 700), Fleisch 30 150 t (6300), Kaffee 930 t (2056), Tee 65 t (184), Rohkakao 4828 t (3791).

Rund 50% der Ausfuhr des Jahres 1949 gingen nach den Ostblockstaaten.

Japans Handelsflotte im Wiederaufbau

Die japanische Handelsflotte umfaßt jetzt wieder rund 1,6 Mill. BRT; sie ist im Kriege von zuvor rund 5 Mill. BRT auf 1,2 Mill. BRT dezimiert worden. Der Aufbau der japanischen Handelsflotte hat, weit mehr als das zum Beispiel bei der deutschen Handelsschiffahrt der Fall ist, die weitgehende Förderung der amerikanischen Besatzungsmacht — sie ist die einzige! — gefunden.

So hat die amerikanische Besatzungsmacht im Juni 1949 beschlossen, die Demontage industrieller Einrichtungen in Japan endgültig einzustellen. Zu dem Zeitpunkt gab es noch 38 Werften, deren Kapazität bei voller Ausnutzung auch heute noch ausreichen würde, die Vorkriegstonnage im Handelsschiffbau von jährlich rund 800 000 BRT zu erreichen. Zur Zeit sind allerdings nur 13 Werftanlagen sofort verwendungsfähig, so daß etwa 200 000 BRT im Jahr gebaut werden können. Nach der Kapitulation Japans sah die Zukunft der japanischen Werftindustrie trostlos aus, denn die japanischen Werftanlagen sollten bis auf eine Restkapazität von 150 000 BRT pro Jahr auf Reparationskonto gehen.

Zum Unterschied gegenüber Deutschland, dessen Schiffsneubauten zunächst auf Dampfschiffe mit höchstens 1500 BRT und 12 Knoten Geschwindigkeit begrenzt wurden, war Japan von vorneherein der Bau beliebig angetriebener Handelsschiffe bis zur Größe von 5000 BRT und 15 Knoten Geschwindigkeit gestattet. In Japan werden allerdings ganz überwiegend Dampfschiffe gebaut, weil Rohöl nicht in genügendem Umfang zur Verfügung steht.

Die japanischen Werften haben zunächst in der Hauptsache Schiffsreparaturen ausgeführt. Nach französischen Angaben sind auf japanischen Werften 1948 887 Schiffe mit rund 22 000 BRT repariert worden. 930 versenkte Schiffe mit 317 000 BRT sind wieder flott gemacht worden, weitere 300 können nach Ansicht japanischer Sachverständiger noch gehoben werden.

Die japanische Handelsschifftonnage war Ende 1948 wieder auf 1 570 827 BRT angelangt (Zunahme 347 816 BRT). In der gleichen Zeit ist die deutsche Handelsflotte um 102 906 BRT auf 222 906 BRT gewachsen. Die Zunahme der japanischen Handelstonnage ist jedoch noch höher zu bewerten als der rein zahlenmäßige Vergleich zeigt, es handelt sich nämlich großenteils um Neubauten. Die Neubautätigkeit in der japanischen Werftindustrie setzte in größerem Umfang erst 1948 ein. Bis Oktober 1948 sind 52 Dampfer mit 104 000 BRT und 28 Motorschiffe mit 25 000 BRT vom Stapel gelaufen. Ende 1948 waren 28 Schiffe mit 58 000 BRT in Bau, 43 Schiffe mit 98 000 BRT waren in Auftrag gegeben. Seit der Kapitulation bis zum August 1949 hat Japan 238 Schiffe (über 100 BRT) mit 422 300 BRT für eigene Reedereien gebaut.

Im Jahre 1948 haben die japanischen Reedereien von der Militärregierung die Erlaubnis erhalten, Schiffe wieder für ausländische Rechnung zu bauen. Die japanischen Werften sind im Ausland dafür bekannt, daß sie zu konkurrenzlosen Preisen bauen und kurzfristig liefern. Ein Frachter von 10 000 BRT kostet in Großbritannien rund 725 000 Pfund Sterling, in Japan nur etwa 540 000 Pfund Sterling. Britische Werften beanspruchen zur Zeit Lieferfristen von mehr als zwei Jahren, zum Teil sogar ohne bindende Liefergarantie, während japanische Werften für gleiche Aufträge nur 17 bis 21 Monate fordern. Im Jahre 1949 sind an japanische Werften Schiffsbestellungen aus Norwegen, Dänemark, den Vereinigten Staaten, den Philippinen und noch anderen Ländern für eine Gesamt-Tonnage von 172 000 BRT im Betrag von 9 Mill. Dollar gegeben worden. Für die Zukunft rechnet man in japanischen Werftkreisen mit größeren Schiffsbauaufträgen aus Indien, das im Begriff steht, eine eigene Handelsflotte aufzubauen.

So sehr auch aus Devisengründen die ausländischen Auftraggeber geschätzt sind, so setzen sich die japanischen Werften mit allem Nachdruck dafür ein, die eigene Handelsflotte zu fördern. Das japanische Wiederaufbauamt hat einen Fünfjahresplan zum Aufbau der japanischen Handelsflotte aufgestellt. Danach sollen beginnend ab 1948 jährlich 200 000 BRT Handelsschiffraum, also innerhalb der fünf Jahre insgesamt 1 Mill. BRT gebaut werden. Danach will man auf ein jährliches Schiffsbauvolumen von 400 000 BRT kommen. Der Gesamttonnagebedarf für das auf engem Raum auf nunmehr 80 Mill. Bewohner gewachsene Inselvolk, das nicht nur auf die Einfuhr von Nahrungsmitteln, sondern auf den Welthandel wie kein zweites angewiesen ist, ist auf 4,5 Mill. BRT Handelstonnage veranschlagt. Bis zum Ausbau einer eigenen Handelsflotte wird sich Japan durch Ankauf und durch Charterung ausländischer Schiffe, insbesondere Liberty-Schiffe, aus der bestehenden Zwangslage helfen müssen.

Die japanische Werftindustrie verfügt über einen ausgezeichneten Stamm hervorragender Fachkräfte und gelernter Arbeiter. Mit Geldmitteln springen zur Zeit die Vereinigten Staaten bei. Es fehlt praktisch nur an einem, den Rohstoffen. Die Schiffsbauindustrie ist auf die Einfuhr von Rohstoffen aus den Vereinigten Staaten, aus China, Korea und Indien angewiesen. Es schweben Pläne, große Eisenerzvorkommen auf der kanadischen Insel Texada im Golf von Georgia, zwischen der Insel Vancouver und dem Festland gelegen, zu erschließen und für den japanischen Schiffsbau nutzbar zu machen.

Vorsichtig sein …

… nicht erst beim Fahren sondern schon beim Reifenkauf. Fernfahrer als die erfahrensten aller Kraftfahrer bevorzugen Riesen-Luftreifen in der bewährten Dunlop-Qualität. Darum:

Zur Sicherheit DUNLOP

Deutsche Dunlop Gummi Compagnie AG · Hanau a. M.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

Österreichs Industrien aus der „Anschluß-Zeit"

Vereinigte Österreichische Stahlwerke haben viel zu große Kapazität

Über die erst kurz vor dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges im österreichischen Linz a. d. D. aus dem Boden gestampften Stahlwerke und in Abstand auch der I. G. Stickstoffwerke ist — abgesehen von den gigantischen Ausmaßen dieser Werke — in Deutschland aus Gründen der Geheimhaltung wenig an die Öffentlichkeit gedrungen. Heute spricht man in Österreich nicht gerne von der Herkunft der Werke. Die österreichische Bundesregierung hat vor kurzem die ausländische Presse durch die Anlagen geführt, die sich heute in Staatsbesitz befinden.

Die Vereinigten Österreichischen Stahlwerke, aus den im Jahre 1938 im Bau begonnenen Hermann-Göring-Werken hervorgegangen, stellen heute auf einem Areal von 49 qkm für die Bundesrepublik Österreich einen Industriekörper dar, dem der Rock viel zu weit geworden ist. Die Kapazität des Werkes war auf die Verhüttung von jährlich rund 1,5 Mill. t Eisenerz eingestellt, der Bedarf Österreichs an Roheisen beträgt nur einen Bruchteil davon. Es geht also darum, wie man den zu weiten Rock dem neuen Träger anpassen kann. Es gibt Stimmen in Österreich, die bestreiten, daß Linz der geeignete Platz für die Errichtung eines solchen Riesenwerkes ist. Zum erstenmal ist bei dieser Ortswahl mit dem Grundsatz des österreichischen Eisenhüttenbaus gebrochen worden, die engen Alpentäler zu bevorzugen. Man ging damals von der These aus, daß es günstiger ist, das Erz zur Kohle zu transportieren als umgekehrt. Es blieb allerdings bei der Absicht, die Eisenbahnstrecke Eisenerz/Steiermark nach Linz doppelgleisig auszubauen, der Krieg verhinderte die Ausführung.

Die Anlagen des Stahlwerkes sind so gegliedert, daß die Abteilungen mit den größten Massentransporten zu beiden Seiten des 1400 m langen Donau-Stichhafens liegen. Auf der Nordseite liegen das kalorische Kraftwerk, die Kokerei und die Kohlenlager, auf der Südseite die Erzvorbereitungsanlagen, die Hochöfenanlagen und der Erzlagerplatz für rund eine halbe Million t Erz. Dort ist auch der Verladeplatz für die Fertigprodukte, die auf dem Wasserweg verfrachtet werden. Allerdings ist der Hafen z. Zt. noch nicht in Betrieb, weil wegen der Grundwasserverhältnisse und der Trinkwasserversorgung der Stadt, kostspielige Bauten zuerst noch vorgenommen werden müßten, für die die Geldmittel nicht vorhanden sind.

Das gigantische Hochofenwerk besteht aus sechs Hochöfen amerikanischer Bauart. Es übertrifft an Leistung die Ruhr-Anlagen und kann als die modernste Anlage in Europa angesprochen werden. Während des Krieges sind vier Öfen in Betrieb genommen worden, jetzt sind nur zwei angeblasen. Einer dient als Reserve, die übrigen Hochöfen, die über den österreichischen Bedarf hinausgehen, sollen verkauft werden. Die österreichische Verwaltung hat sich bemüht, zwei Öfen an die Tschechoslowakei zu verkaufen, doch kam das Geschäft infolge der veränderten politischen Lage nicht zustande. Bis jetzt ist nur einer der Hochöfen von Schweden übernommen worden.

Die Leistungsfähigkeit der Öfen beträgt je nach dem eingebrachten Gut 650—900 t in 24 Stunden. Im allgemeinen wird nur österreichisches Erz verhüttet, das sehr manganhaltig ist und praktisch als phosphor- und schwefelfrei bezeichnet werden kann. In zwei Masseligießmaschinen wird das Roheisen in Barren gegossen, soweit es nicht flüssig den Stahlwerken zugeführt wird. Ferner wird in der mit vier Sinterbändern ausgestatteten Sinteranlage vorbereitet. Ferner ist eine Röstanlage von sechs Öfen für stückiges Eisen vorhanden.

Die Kokerei umfaßt acht Batterien zu je 40 Öfen, die bei vollem Betrieb rund 300 000 t Kohle im Monat verkoken können. Der jetzige Monatsbedarf beträgt aber nur 80 000 bis 100 000 t. Die Benzolgewinnung aus den Koksgasen ist zur Zeit gering; soweit die Gase nicht für den eigenen Bedarf verwendet werden, werden sie dem Stickstoffwerk in Linz zugeführt (siehe unten).

Österreich hat seine Produktion auf 500 000 t Roheisen eingestellt, davon verbleiben zwei Fünftel für den Inlandsbedarf, drei Fünftel werden exportiert. Es wurde gegen die Verwaltung der Stahlwerke der Vorwurf erhoben, daß sie Roheisen ausführe anstatt Halb- und Fertigfabrikate. Aber infolge des hohen Lohnanteils in der österreichischen Industrie, ist Österreich in arbeitsintensiven Produkten nach außen nicht wettbewerbfähig. Nach einer Mitteilung der Verwaltung wird vor allem Roheisen nach den Vereinigten Staaten exportiert.

Das ursprünglich geplante Stahl- und Walzwerk kam in der projektierten Form nicht zur Ausführung. Bei Kriegsende betrug die Kapazität der bestehenden Anlage rund 130 000 t jährlich, womit der Bedarf nicht gedeckt ist. Dieser Teil des Werkes soll deshalb noch ausgebaut werden; man will auf eine Kapazität von 300 000—400 000 t kommen. Das Stahlwerk verfügt über einen Siemens-Martinofen von 150 t Füllkapazität mit Koksgasbeheizung und Gießstatz, wozu jetzt noch ein im Werk selbst gebauter Ofen gleicher Größe kommt. Ferner sind zwei Elektro-Öfen zu je 20 t in Gebrauch. Es ist ein Blechwalzwerk für 4000 bis 6000 t monatlich an Grob- und Mittelblechen mit einer Maximalbreite von 2300 mm vorhanden. Auch das ist für österreichische Verhältnisse zu groß. Was gebraucht wird, ist noch ein Feinblechwalzwerk. Ein solches wurde vor kurzem in den Vereinigten Staaten, und zwar ein fünfgerüstiges Breitbandwalzwerk, in Auftrag gegeben. Man hofft es im Jahre 1951 in Betrieb nehmen zu können. Es wird die modernste Anlage in Europa sein. Um die Feinblechproduktion bereits vorher aufnehmen zu können, wurde in den eigenen Werkstätten ein halbautomatisches Feinblechgerüst erstellt.

Nach den notwendigen Umbauten und Wiederaufbauten ist das Stahlbauwerk, in dem die Erzeugnisse des Blechwalzwerks weiter verarbeitet werden, sehr gut beschäftigt; es ist exportintensiv. Zu den anderen Nebenbetrieben gehören eine leistungsfähige Maschinenfabrik für Werkzeugmaschinen, Pressen, Sägewerkseinrichtungen, Bergbaumaschinen und Hüteneinrichtungen, ferner eine Grau- und Stahlguß-Gießerei. Der Grund, weshalb die Nebenbetriebe, vor allem die Gießerei nicht voll ausgenutzt werden können, ist, daß es an geeignetem technischen Personal und an Arbeitern mit langjährigen Erfahrungen mangelt. Der Gießerei stehen zwei Elektroöfen mit 5 t Inhalt, Bessemer Birnen mit 2 t Inhalt und Kupolöfen mit 5 t Stundenleistung zur Verfügung. Die Monatskapazität für Stahl- und Grauguß beträgt etwa 1000 t. Die Schmiede ist mit Hämmern und Pressen bis 30 000 mkg und 1750 t ausgestattet. Es können Werkstücke bis 6000 kg verarbeitet werden. Das zugehörige Kraftwerk hat eine Leistung von 175 000 kW.

Es werden durchschnittlich 10 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Um das Werk auf österreichische Verhältnisse umzustellen und zur Beseitigung der Kriegsschäden — es sind rund 6000 Bomben im Werkgelände eingeschlagen — sind nach Angabe des Bundesministeriums für Vermögenssicherung Investierungen in einer Höhe notwendig, die 200 Mill. DM entsprechen. Diese für Österreich gigantische Summe soll aus ERP-Mitteln aufgebracht werden.

Die Linzer Stickstoffwerke

In unmittelbarer Nachbarschaft der Vereinigten Österreichischen Stahlwerke, Linz, liegen die Linzer Stickstoffwerke, ein selbständiges, jetzt staatliches Unternehmen. Das Werk ist im Jahre 1939 durch die reichsdeutsche I. G. Farben-Industrie AG. nach modernsten Grundsätzen der chemisch-technischen Industrie als Kalk-Ammonsalpeter-Fabrik errichtet worden. Das Gründungskapital von 20 Mill. RM ist seinerzeit durch zweimalige Aufstockung auf 40 Mill. RM erhöht worden.

Das Werk war für eine Leistung von 90 000 bis 100 000 t Reinstickstoff projektiert, doch ist der Ausbau bei Kriegsende noch nicht abgeschlossen gewesen, so daß die heutige Kapazität — infolge ungleichmäßigen Ausbaus in den einzelnen Produktionsstufen — auf zwischen 30 000 bis 60 000 t reinen Stickstoff zu bemessen ist. Im Durchschnitt wird aus 2 cbm Koksgas 1 kg Reinstickstoff gewonnen.

Rund 600 Bombeneinschläge hatten das Werk betriebsunfähig gemacht. Bereits 1945 strömten jedoch große Teile der Belegschaft, darunter viele Reichsdeutsche, die sich in den letzten Kriegstagen verlaufen hatten, nach Linz zurück und begannen ihre frühere Arbeitsstätte wieder aufzubauen. Viel wertvolles Material ist durch Plünderungen in Verlust geraten. Bis auf einige wenige Anlagen, die die Franzosen und die Holländer als Rückerstattung beanspruchten, wurde nichts demontiert. In „Schnellverfahren" sind einige unentbehrliche deutsche Fachleute, auf deren Mithilfe beim Aufbau man angewiesen war, eingebürgert worden. Auf diese Weise konnte die Produktion verhältnismäßig früh wieder aufgenommen werden.

Vor dem Kriege hatte Österreich kein Stickstoffwerk. Die amerikanische Besatzungsmacht gab den Werken 1947 eine Starthilfe durch Lieferung von Kohlen, wofür die Werke 100 000 t Kalk-Ammonsalpeter zu liefern hatten. Auch in den Jahren 1948/49 sind die Düngemittel-Lieferungen nach Deutschland im Austausch gegen Kohle fortgesetzt worden. Westdeutschland ist auf diese Düngemittel angewiesen, weil die eigenen Stickstoffwerke der Demontage unterlagen.

Infolge des ungleichmäßig fortgeschrittenen Ausbaus der Anlagen verursacht der Ausfall auch nur eines Aggregates wegen Betriebsstörung unverhältnismäßig hohe Einbußen am Enderzeugnis. Wenn auch zur Zeit nicht die Absicht besteht, das Werk, soweit es die Kalk-Ammonsalpeter-Erzeugung betrifft, weiter auszubauen, so will man immerhin versuchen, durch den Ausbau einzelner Anlagen eine bessere Abstimmung der einzelnen Betriebsabteilungen aufeinander zu erzielen. Man würde damit theoretisch auf eine Kapazität des Werkes von 100 000 bis 120 000 t kommen, die jedoch dem Bedarf entsprechend nur zu etwa zwei Drittel ausgenutzt werden soll. Immerhin hätte man dann die Sicherheit für eine stabile Dauerleistung. Von der Produktion bleibt die Hälfte im Inland. Dieser Anteil ist noch sehr erweiterungsfähig, weil die Verwendung künstlichen Düngers in Österreich noch in den Anfängen steckt.

Die Ausfuhr von Ammonsalpeter geht außer nach Westdeutschland nach Frankreich und nach dem Mittleren Osten, insbesondere nach Ägypten. Auch Ungarn und die Südoststaaten sind in kleinerem Umfang Abnehmer.

Die Erweiterungsabsichten für den Absatz der Produkte deuten in eine andere Richtung. Man beabsichtigt, Solfo-Amide zu erzeugen, um die anfallenden Nebenprodukte besser auszunutzen. Es gibt aber auch Stimmen in der Verwaltung des Werkes, die auf diesem Gebiete zu besonderer Vorsicht mahnen mit dem Hinweis darauf, daß man eines Tages mit der deutschen Konkurrenz rechnen müsse und dann vielleicht nicht wettbewerbfähig wäre.

Unter den Produkten, die bereits heute erzeugt werden, sind: Ammonkarbonat, Anilinöl, Chloräthyl, Chlormethyl, Chromalaun, Eisensulfat, Leim, Natriumbisulfit, Natriumnitrit, Natriumthiosulfat, Natronsalpeter, sowie Brenn- und Streutorf. Die Erzeugung von Ammonsulfat, Glühphosphat, Superphosphat, Schwefelsäure, Phenol, Methanol, Albazin, Rubazin, Thiothal ist beabsichtigt.

Zur Zeit werden 2880 Arbeiter beschäftigt. In den Jahren 1946/47 sind 65 000 t Ammonsalpeter, 1947/48: 230 000 t, 1948/49: 290 000 t Ammonsalpeter erzeugt worden. Für das Rechnungsjahr 1949/50 (30. Juni 1950) rechnet man mit der Erzeugung von 320 000 t Ammonsalpeter. Der Ausfuhrwert betrug 1948/49 20 Mill. Dollar.

UdSSR schuldet Westdeutschland 44 Mill. RM

Die UdSSR schuldet Westdeutschland 44 Mill. RM aus der Zeit vor der Währungsreform in Lieferungen von Lebensmitteln, Kohle, Kali, Zink, Holz und Mineralöl, wird von der Reparationsabteilung der amerikanischen Militärregierung bekanntgemacht. Der Bericht bezieht sich auf die Zeit vom September 1945 bis zum Juni 1949. Die Gesamtverpflichtungen der UdSSR betrugen 30 Mill. RM. Bisher war eine erste Lieferung von 6 Mill. RM in Gestalt von Weizen, Petroleum, Dieselöl und Holz erfolgt. Alle Versuche, nach Aufhebung der Blockade weitere Lieferungen zu erreichen, haben noch zu keinem Ergebnis geführt.

Frankreichs Erzförderung reicht nicht

Man befürchtet, daß Frankreichs Erzförderung mit dem vorgesehenen Ausbau der Schwerindustrie nicht Schritt halten kann. Dafür ist der Einsatz neuartiger Maschinen erforderlich. Die saarländische Schwerindustrie bezog 1948 3,3 Mill. t (vorwiegend aus Lothringen) gleich etwa 9,3 v. H. der französischen Erzförderung. Die Erzförderung erreichte 1948 erst wieder 25,1 Mill. t gegenüber 33 Mill. t i. J. 1938 und 46 Mill. t i. J. 1949. Etwa 4 Mill. t wurden nach Belgien geliefert und 1,9 Mill. t nach Luxemburg.

Expansion der polnischen Schwerindustrie

Eines der wichtigsten Ziele des polnischen Sechsjahresplanes ist die Entwicklung der polnischen Schwerindustrie. Man hofft, bis zum Jahre 1955 in der Lage zu sein, den hauptsächlichsten Inlandsbedarf an Erzeugnissen der Schwerindustrie zu decken. Außerdem soll bis dahin der Export von Erzeugnissen wie Pumpen, Krane und Maschinen für die Papierindustrie aufgenommen werden. Trotz der Kriegszerstörungen erreichte die Kapazität der Schwerindustrie bereits im Jahre 1947 wieder ihren Vorkriegsstand und ist seit diesem Zeitpunkt noch erheblich angestiegen. Besondere Anstrengungen werden zur Vergrößerung der Produktionskapazität der Landmaschinenindustrie unternommen. Bis zum Jahre 1955 will Polen jährlich 13 000 Traktoren herstellen.

Großbritanniens Flugzeugindustrie

Die Ausstellung in Farnborough zeigte Englands jüngste Exportindustrie

Die britische Flugzeugindustrie hat sich in den Nachkriegsjahren derart schnell entwickelt, daß sie jetzt nicht nur innerhalb der Industrien des Mutterlandes zu einem der bedeutendsten Industriezweige geworden ist — ihre diesjährige Produktion wird mit über 100 Mill. Pfund Sterling (alter Wert) beziffert — sondern daß sie auf dem besten Wege ist, die amerikanische Flugzeugindustrie zu überflügeln. Großbritannien hat mit dem Bau von Düsen- und Düsenpropellerflugzeugen nicht nur für den militärischen, sondern auch für den zivilen Sektor einen Vorsprung im Flugzeugbau der Welt errungen. Es nimmt deshalb nicht wunder, daß die Flugzeugschau in Farnborough Hampshire, die diese stürmische Aufwärtsentwicklung prägnant vor Augen führte, auch von amerikanischer Seite große Beachtung und uneingeschränkte Anerkennung gefunden hat; es wurde von Amerikanern unumwunden zugegeben, daß es nicht leicht sein werde, den Briten den Vorsprung streitig zu machen. Die Flugzeugschau, von rund 200 Firmen beschickt, war von Fachleuten aus 60 Ländern besucht. Das breite Publikum konnte die Ausstellung an den zwei letzten Tagen besichtigen, wobei jedoch nicht alle Einzelheiten der Schau zugänglich waren und auch nicht alle den Sachverständigen im Fluge vorgeführten Flugzeuge gezeigt wurden.

In England gibt es rund 400 Firmen der Flugzeugindustrie, darunter etwa 50 Flugzeugtypenwerke und 20 Spezialwerke für Flugzeugmotoren. Beschäftigt werden etwa 180 000 Personen gegenüber 1,8 Millionen im Kriege. Der Wert der Ausfuhr (einschl. Zubehör) wird für das Vorjahr und das laufende Jahr auf je 23 Mill. Pfund Sterling geschätzt; 1946 waren es 14,6 Mill. Pfund Sterling. Die westeuropäische Luftwaffe, so Frankreich, die Niederlande und Belgien, ist mit britischen Flugzeugen gespeist worden und es sind Baulizenzen nach dem Kontinent, z. B. nach Schweden, Norwegen und der Schweiz vergeben worden. Neuerdings werden Düsenflugzeuge auch für den Zivilluftverkehr exportiert, außer dem bereits länger laufenden Verkauf von Düsenflugzeugmotoren nach den Vereinigten Staaten. Eine Anzahl Flugzeugwerke ist auf Jahre hinaus mit Bauaufträgen eingedeckt.

Ohne Zweifel hat die in den Kriegsjahren auf hohen Touren laufende Flugzeugproduktion — im Gegensatz zu der Entwicklung nach dem ersten Weltkrieg — einen Einfluß auf den derzeitigen Status der britischen Flugzeugindustrie ausgeübt. Desgleichen der Umstand, daß das finanzielle Risiko nicht mehr von den Flugzeugwerken allein getragen wird, was verständlich erscheint, wenn man weiß, daß sich die Kosten für eine Flugzeug-Neukonstruktion auf bis zu 8 Mill. Pfund Sterling belaufen, wozu noch Millionen-Beträge für die Hangars und Startbahnen kommen. Nicht nur für Flugzeuge für die Luftwaffe, sondern auch für zivile Flugzeugtypen tritt seit längerem das britische Beschaffungsministerium als Auftraggeber auf, wodurch die stetige Weiterentwicklung des Flugzeugbaus gewährleistet ist. Nach Baureife der neuen Flugzeugtypen werden die Bauaufträge unmittelbar von der staatlichen Luftverkehrsgesellschaft (State Airline Corporation) an die Werke gegeben.

Die Flugzeugproduktion für die Luftwaffe übertrifft die für den Zivilluftverkehr. Für das laufende Jahr sollen für die Versorgung der Royal Air Force und der Royal Navy mit Flugmaterial über 50 Mill. Pfund Sterling ausgegeben werden. Für die nächsten fünf Jahre wird mit einer Zunahme des zivilen Flugzeugbaus gerechnet. Die Umstellung der Zivilluftfahrt von Flugzeugen mit Kolbenmotor auf Gasturbinenantrieb wird die Werke auf lange Zeit beschäftigen.

Die technische Weiterentwicklung im Flugzeugbau strebt zu den Turbo-Düsen- und Turbo-Propeller-Maschinen. Sie weisen gegenüber den Flugzeugen mit Kolben-Antrieb ein günstigeres Verhältnis zwischen Kraft und Gewicht auf, wodurch eine größere Belastungsmöglichkeit (oder ein weiterer Flugbereich erzielt wird. Die Turbo-Propeller-Maschine ist auch in aerodynamischer Hinsicht günstiger; sie zeichnet sich durch eine ruhigere und vibrationsfreiere Lage, selbst bei größten Geschwindigkeiten, aus.

Ein Jahr nach Kriegsende gab es in England nur drei Gasturbinen-Flugzeugmotoren heute, vier Jahre später, haben die sechs Werke, die diese Motoren bauen (Rolls Royce, Armstrong-Siddeley-Motors, Bristol, de Havilland, Metropolitan Vickers und Napier) 13 Typen von Düsen- bzw. Turbo-Propeller-Motoren entwickelt. Bei den in Farnborough gezeigten Flugzeugen konzentrierte sich das Interesse auf die de Havilland Comet, das erste Vier-Düsen-Zivilflugzeug, und die vier Typen der Düsen-Propeller-Flugzeuge — Hermes V von Handley Page, die Viscount von Vickers, Apollo von Armstrong Whitworth und die Marathon II, ebenfalls von Handley Page — sowie auf die Militärflugzeuge, darunter den ersten britischen Düsen-Nachtjäger und das erste britische Düsen-Bomber-Flugzeug.

Die Gasturbinen-Flugzeuge stehen heute im Mittelpunkt der Luftfahrttechnik, sie haben die Vorrangstellung der britischen Flugzeugindustrie begründet. Das will jedoch nicht heißen, daß die Flugzeuge mit Kolbenmotor ganz außer Kurs gekommen sind. Man gibt diesem Flugzeugtyp immerhin noch 10 bis 15 Jahre Auslaufzeit. Die langsamere und auch billigere Kolbenmaschine wird für bestimmte militärische Zwecke — als Transport- und als Schulmaschine — vorerst noch unentbehrlich sein. Der nach dem heutigen Stand der Flugzeugtechnik „letzte Schrei" sind die „Raketen-Flugzeuge". Sie gehören eigentlich schon nicht mehr in das Gebiet der Aeronautik, sondern in das der Astronautik.

Das indonesische Zinn

Dr. Sumitro Djojohadikusumo, ein Mitglied der Roundtable-Konferenz im Haag, gab kürzlich in einem Interview bekannt, daß keine Nationalisierung des privaten Bergbaues in Indonesien geplant sei, daß jedoch die Gewährung von Bergbaukonzessionen in Zukunft davon abhängig gemacht werden würde, daß der indonesische Staat an der Ausbeutung beteiligt wird.

Es sind besonders zwei große holländische Gesellschaften, die N. V. Billiton Maatschappij und die N. V. Gemeenschappelijke Mijnbouwmaatschappij, die bisher unter der Aufsicht der niederländisch-indischen Regierung den Bergbau der Inseln Banka Billiton und Singkep beherrschten. Seit 1816 wird dieser Bergbau auf Zinn auf Banka von den Holländern betrieben, und die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts als wenig aussichtsreich betrachtete Zinngewinnung auf Billiton ist seitdem von den Holländern beachtlich entwickelt worden. Das gleiche ist der Fall auf der Insel Singkep. Die beiden erwähnten großen holländischen Unternehmen — die erstere wurde im Oktober 1860 im Haag gegründet und die zweite im September 1924 — haben noch vielfältige Kapitalinteressen an einer Reihe weiterer holländischer Unternehmen, die sich mit dem Zinnerzbergbau, mit dem Zinnhandel und der Zinnverhüttung beschäftigen. Im Jahre 1939 waren rund 31 Mill. holl. Gulden als Kapital für die beiden Unternehmen angegeben. Die indonesische Zinnerzförderung betrug im Jahre 1939 unter der Herrschaft des Internationalen Zinnkartells und der von dieser Organisation aufgestellten Quoten 27 809 lg/t. Sie war während des Krieges fast vollständig zum Erliegen gekommen und konnte sich bis 1947 nur auf 15 627 lg/t erholen. Sie hat seitdem trotz der politischen Unruhen in Ostasien rasche Fortschritte gemacht, und für 1949 erwartet man nach Angaben des amerikanischen Handelsministeriums eine Produktion von rund 33 555 lg/t. Die holländischen Bergbaugesellschaften in Indonesien haben sich aber schon vor dem Krieg auch der Ausbeutung der reichen Bauxitvorkommen Indonesiens zugewandt. 1938 wurden mit 245 000 t rund 6% der Weltbauxitgewinnung gefördert. Diese Vorkommen liegen hauptsächlich auf der Insel Bintam im Riouw-Archipel. Deutschland und Japan waren vor dem Krieg die wichtigsten Abnehmer. Die Billiton hatte schon vor dem Krieg beschlossen, den hochwertigen Bauxit an Ort und Stelle auf Aluminium in einer Anlage auf Ost-Sumatra zu verarbeiten, und damit den Aluminiumbedarf der umliegenden Gebiete zu decken. Etwa 20 Mill. t Bauxit stehen an, und die Zinnerzvorräte deckten vor dem Krieg mit etwa 550 000 t einen Zeitraum von etwa 20 Jahren bei der damaligen Förderhöhe.

Schließlich ist noch das Erdöl Indonesiens zu erwähnen, das sich auf dem Archipel an vielen Stellen findet. Die wichtigsten Gebiete liegen auf Sumatra, Java und Madoera, auf Borneo, der Tarakan-Insel und auf der Insel Ceram. Ende 1939 schätzte man die anstehenden Ölreserven auf etwa 220 Mill. t, die bei der damaligen Förderhöhe etwa für 30 Jahre ausgereicht hätten. Die Erdölförderung wurde vor dem Krieg zu etwa ¾ von der Royal-Dutch-Shell-Gruppe kontrolliert, doch befand sich schon damals die amerikanische Standard Oil im Vordringen.

Es sind schon recht große Kapitalinteressen, die in Indonesien nicht nur für die Holländer auf dem Spiel stehen. Auch die Vereinigten Staaten sind nicht nur am Erdöl, sondern auch an der Zinnerzförderung interessiert. Sie haben seit dem Ende des Krieges in steigendem Maße indonesische Zinnerze für ihre staatseigene Hütte in Texas City bezogen.

Indonesien hofft, daß die im Vorjahr geführten Verhandlungen wegen der Gewährung eines Kredits von 100 Mill. Dollar zwischen den Niederlanden und der Export-Import-Bank sich im nächsten Jahr realisieren werden. Später würde man nach der Meinung von Dr. Sumitro weitere Kredite benötigen, um das durch die politischen Unruhen stark gestörte Wirtschaftsleben Indonesiens wieder in Gang zu bringen.

Hohe Diamantenpreise

Rückgang des Absatzes – aber die Läger sind leer

In den letzten Jahren erlebte der Weltmarkt für Rohdiamanten eine Hausse wie nie zuvor, die im Jahre 1948 ihren Höhepunkt erreichte. Sowohl an Schmuck- wie auch an Industrie-Diamanten wurden zu hohen Preisen riesige Umsätze erzielt. So verkauften die beiden Syndikate, die 95 % des Weltdiamanten-Handels beherrschen, im Jahre 1948 Rohdiamanten im Werte von 39,6 Millionen Pfund. Dies bedeutet gegenüber 1947 eine Zunahme von 13,54 und gegenüber dem bisherigen Rekordjahr 1946 von 8,45 Mill. Pfund. Besonders groß waren im letzten Jahre die Verkäufe von Industrie-Diamanten, für die 11,8 Mill. Pfund gegenüber einem bisherigen Rekordbetrag von 4,4 Mill. Pfund erzielt wurden. Der Absatz an Schmuckdiamanten lag mit 26,87 Mill. Pfund noch etwa 2 % über demjenigen von 1946, dem bisherigen Rekord mit 26,25 Mill. Pfund.

Die Diamantenhausse ging von den USA aus, die 80 % der gesamten Welterzeugung aufkaufen. Die Nachfrage nach Diamanten ist so sehr gestiegen, daß es den Minen, obwohl sie ihre Erzeugung in den letzten vier Jahren verdoppeln konnten, kaum gelang, ihre Produktion mit den Verkäufen in Einklang zu bringen. Dadurch konnte für Industrie-Diamanten die Nachfrage nicht immer voll befriedigt werden. Die großen Mengen Industrie-Diamanten, die die USA aufkauften, dienten der Kriegsreserve, denn eine moderne Industrie ist heute ohne Verwendung von mit Diamanten versehenen Werkzeugen überhaupt nicht mehr denkbar. Man schätzt, daß die amerikanische Einlagerung heute bereits mehr als den Bedarf der Industrie von 20 Monaten decken kann. Hinzu kommt das in den USA immer mehr gestiegene Schmuckbedürfnis, das den Wohlstand weiter Schichten auch nach außen hin zur Schau tragen läßt, und die Tatsache, daß Schmuckdiamanten ähnlich wie das Gold vielfach auch als Versicherung gegen Währungsverschlechterung erworben wurden. Durch die enorme Nachfrage nach Diamanten hatten die Verkaufsgesellschaften der Minen es natürlich leicht, die Preise auf einem hohen Stand zu halten und ihre Lagerbestände zu reduzieren.

Die ersten Monate des Jahres 1949 brachten dann die große Wende. Infolge des Nachlassens der industriellen Aktivität in der USA und dem Rückgang der Börsenkurse gingen die Käufe sowohl von Industrie- wie auch von Schmuckdiamanten erheblich zurück. Die Verkaufszahlen von de Beers zeigen dies deutlich. Danach beläuft sich der Wert der verkauften Edelsteine dieser Gruppe im ersten Vierteljahr 1949 auf 4,806 Mill. Pfund gegenüber 8,122 Mill. Pfund in der gleichen Zeit des Vorjahres. Bei den Industrie-Diamanten ist der Absatzrückgang noch größer und zwar auf 1,88 Mill. Pfund gegenüber 4,369 Mill. Pfund im Vorjahre. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres betrugen die Verkäufe insgesamt 9,303 Mill. Pfund.

Das Zentrum des Welt-Diamantenhandels ist London, das diese Position auch in der Nachkriegszeit zu halten vermochte. In den Räumen der Diamond Trading findet fast jeden Monat eine der Auktionen statt, auf denen sich die Händler und Industriellen der ganzen Welt eindecken. Die Bedeutung des Diamanten-Handels für Großbritannien wird durch die Tatsache unterstrichen, daß in den letzten Jahren Diamanten weitaus die größten Devisenbringer für England waren, also in weitem Abstand noch vor Textilien und Whisky, die an zweiter und dritter Stelle rangierten.

Die größten Produktionsgesellschaften, die de Beers Consolidated Mines Ltd., die Consolidated Diamond Mines of South West Africa, die Regierung von Südafrika, der Mandatsverwalter von Süd-West-Afrika und die Diamond Corporation Ltd. haben im Jahre 1933 eine gemeinsame Verkaufsgesellschaft gegründet. Praktisch bestehen heute zwei Syndikate, denn es wurde später festgelegt, daß die Diamond Trading Co. die Schmucksteinerzeugung und die Industrial Distributors Ltd. die Industrie-Diamantenerzeugung und -verteilung kontrollieren. Sie verfügen gemeinsam über nahezu 95 % der Welterzeugung und sind daher in der Lage, die Preise für Diamanten zu diktieren. Den größten Einfluß haben auf diese Gesellschaften verschiedene Mitglieder der Familie Oppenheimer (de Beers Ltd.).

Die Verkaufsgesellschaften wollen trotz der rückläufigen Nachfrage den Preis für Rohdiamanten auf seiner jetzigen Höhe halten. Sie haben, da nicht nur ihre Läger an Industrie-Diamanten vollkommen gefüllt waren, sondern auch die früher sehr großen Bestände an Schmuckdiamanten stark zusammengeschrumpft sind, erhebliche Geldreserven angesammelt und behaupten heute so stark zu sein wie nie zuvor. Diese Reserven machen es ihnen möglich, ihre Ware, wenn ihnen die Bedingungen des Diamanten-Weltmarktes nicht genehm sind, um die Worte von Harry Oppenheimer auf der letzten Hauptversammlung von de Beers zu gebrauchen, vom Markte zurückzuhalten.

Die rückläufige Bewegung auf dem Diamantenmarkt infolge einer Übersättigung der Länder mit harter Währung hat zu einer Krise in der Diamanten-Industrie der Welt geführt. Dies hat in fast allen diamantenverarbeitenden Ländern zu erheblichen Arbeitseinschränkungen und damit zu Entlassungen der Arbeitskräfte geführt. In Antwerpen sind beispielsweise die Arbeiter nur zu einem Drittel und in den Schleifereien in den USA nur noch zu einem Fünftel beschäftigt. Die starke Ausweitung der Diamanten-Industrie, die vor allem in den USA in der Kriegs- und Nachkriegszeit begünstigt wurde, und die Ausweitung der Schleifkapazität macht sich jetzt bei dem schrumpfenden Umsatz stark bemerkbar, wodurch der Lohn- und Preisdruck eine erhebliche Verschärfung erfahren hat. Die Diamanten-Industrie wird dadurch aller Wahrscheinlichkeit nach schweren Jahren entgegengehen.

Neben dieser Industrie, die Schmuckdiamanten zu Brillanten verarbeitet, gibt es noch in fast allen Industrie-Ländern Special-Werke, die sogenannte Industrie-Diamanten zu Werkzeugen und anderen Hilfsmitteln der industriellen Fertigung verarbeiten. Die Bedeutung dieser Werke ist im allgemeinen nicht genügend erkannt; heute ist fast jedes größere Industrieunternehmen im Rahmen seiner Fertigung auch auf die Verwendung von Diamanten angewiesen.

Es gibt in Deutschland etwa 35 Betriebe dieser Art, die unter sich noch wieder spezialisiert sind. Sie konzentrieren sich um die Städte Frankfurt und Hamburg. Hier gibt es auch je einen Betrieb, dessen Bedeutung weit über die Grenzen Deutschland hinausgeht. Da die in der Industrie gebrauchten Diamanten sich laufend abnutzen und vielfach nachgeschliffen werden müssen, ist diese Industrie wesentlich krisenfester als die der Herstellung von Schmuckdiamanten. Paul Brosin.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Welt-Warenmärkte

Unsicherheitsfaktoren überwiegen

Es war zu erwarten, daß die durch die Neufestsetzung der Dollarparität für das Pfund Sterling ausgelöste Abwertungswelle von den internationalen Rohstoffmärkten nicht in wenigen Tagen verdaut werden würde. In der Berichtswoche hat sich auch Argentinien und in geringerem Umfange Uruguay, dem Abwertungsländern zugesellt. Insonderheit die argentinische Abwertung hat eine ziemliche Unruhe an den internationalen Märkten für Getreide, Öle und Fette und Häute und Felle ausgelöst. Die Gerüchte, daß auch Brasilien und Kolumbien abwerten werden, kommen trotz der verschiedenen Dementis nicht zum Schweigen. Allerdings ist bei der starken Bindung beider Währungen an den Dollar und der bedeutenden Rolle, die der Kaffee in der Wirtschaft Brasiliens und Kolumbiens spielt, für den bekanntlich z. Zt. noch nicht dagewesene Höchstpreise bezahlt werden, kaum mit neuen internationalen Paritäten für den Cruzeiro und für den kolumbianischen Peso zu rechnen.

Aber ganz abgesehen von der Währungsfrage bahnen sich Entwicklungen im Welthandelsverkehr an, die von weittragender Bedeutung sein können. Man denke nur einmal an die Bemühungen der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) zur Aufstellung von Einfuhr-Prärilisten, denen eine ganze Reihe europäischer Länder bereits gefolgt sind. Andererseits ist unverkennbar, daß die optimistische Beurteilung der nordamerikanischen Wirtschaftslage in der letzten Woche leichte Einschränkungen erfahren hat, die allerdings in der Hauptsache darin begründet sind, daß der Stahlstreik nicht vermieden werden konnte, und daß der Streik der Kohlenbergleute in fast unverminderter Schärfe andauert. Die der amerikanischen Wirtschaft, hieraus erwachsenen Verluste lassen sich wertmäßig in ihrer vollen Höhe kaum abschätzen. Bei längerer Dauer dieser Streikbewegungen werden merkmäßige Auswirkungen zumindest in den Preisen für NE-Metallen, spürbar werden. Die internationalen Rohstoffmärkte zeigten während der vergangenen Woche uneinheitliche Tendenz. Es überwogen die Unsicherheitsfaktoren.

Getreide

Weizen, Dezember-Termin schloß in Chicago am 6. Oktober zu 202½ cts je Bushel, gegenüber 204 am 30. September. Im gleichen Zeitraum stiegen, im Gegensatz zu Weizen, die Notierungen für Hafer von 67½ auf 68½, die für Mais von 116½ auf 118½ u. die für Roggen von 148½ auf 149 cts je Bushel an. Die Chicagoer Getreidebörse begann die Woche in schwacher Haltung, wofür in erster Linie die Ermäßigung des Paritätspreises für September verantwortlich war. Im Verlauf der Woche festigte sich die Haltung. Handel und Industrie, letztere besonders für Mais, zeigten Interesse. Man spricht von größeren Ausfuhrabschlüssen in Weizenmehl für transatlantische Rechnung. Der neue Paritätspreis des nordamerikanischen Landwirtschaftsministeriums für September stellt sich für Weizen auf 204 cts je Bushel (August 205 cts), für Mais auf 120 (118) cts. Der wöchentliche Wetterbericht meldet gute Fortschritte bei der Aussaat von Winterweizen in den USA, sagt aber, daß größere Niederschläge wünschenswert seien. Frühfröste hätten der Maisernte keinen größeren Schaden getan.

Die auf der Washingtoner Wirtschaftskonferenz getroffene Vereinbarung, nach der Großbritannien mit Hilfe von ECA-Mitteln Weizen in Kanada einkaufen kann, hat in den USA Widerspruch ausgelöst. Der Landwirtschaftsausschuß des nordamerikanischen Senats hat eine Untersuchung in dieser Angelegenheit angeordnet. Bekanntlich waren für diesen Zweck 175 Mill. Dollar in Aussicht genommen. — Kanada meldet, daß Belgien 40 000 tons kanadischen Weizen zur Lieferung Oktober-November gekauft habe. Das kanadische Statistische Büro schätzt die Weltweizenernte dieses Jahres auf 6 Mrd. Bushel, das sind 8% weniger als die Ernte des Jahres 1948, jedoch etwas mehr als der Fünf-Jahresdurchschnitt vor dem Kriege. Geringere Weizenernten erwarten Frankreich, Spanien, die balkanischen Länder und Großbritannien. Die Ernte Nordamerikas (USA und Kanada zusammen) wird auf 1,3 Mrd. Bushel, das sind 103 Mill. Bushel weniger als im Vorjahr, geschätzt. Kanada hat nach der Abwertung des kanadischen Dollar um 10% und nach der bereits vom Internationalen Weizenrat in London bekanntgegebenen Preiserhöhung für kanadischen Weizen, Northern Manitoba Nr. 1, jetzt auch den Preis für Weizen der Klasse zwei um etwa 10% heraufgesetzt. Danach wird Northern Nr. 1 an die dem Internationalen Weizenabkommen nicht beigetretenen Länder zur Zeit zu etwa 300 kan. cts je Bushel abgegeben.

Lebhaftes Interesse hat an den internationalen Getreidemärkten die Neufestsetzung der Parität für den argentinischen Peso ausgelöst. In Ihrer Folge hat das Institut Argentino de Promocion del Intercambio (IAPI) für argentinisches Getreide neue Preise bekanntgegeben. Weizen notiert 27 Peso je 100 kg fob argentinischer Häfen (alter Preis 30) bei einem Ausfuhrgrundkurs von 9,40 Peso für 1 Pfund Sterling oder 3,3968 Peso für 1 Dollar. Gut unterrichtete Kreise in Buenos Aires lassen jedoch durchblicken, daß auch in Zukunft, mit der Gepflogenheit des IAPI, für größere Geschäfte, zumal wenn Dollarverrechnung vorgeschlagen wird, Preisabschläge zu gewähren, nicht gerechnet werden dürfte. — Der amtliche Erntebericht der argentinischen Regierung meldet, daß Regenfälle die Ernten insbesondere in den nördlichen Anbaugebieten gut vorangebracht haben. Hafer, Gerste und Roggen stehen im allgemeinen gut, die Leinsaaternte sieht ausgezeichnet. Die Bekanntgabe der neuen argentinischen Ausfuhrpreise für Getreide wurde, in Buenos Aires ohne besondere Kommentare aufgenommen. Ausführungsgeschäfte sind dem Vernehmen nach zu den neuen Notierungen noch nicht abgeschlossen worden. In der Berichtswoche wurden in argentinischen Häfen mit Bestimmung nach dem europäischen Kontinent: 26 000 t Mais, 2000 t Hafer, 12 000 t Gerste und 2071 t Leinsaat verladen. In Weizen, Roggen und Weizenmehl fanden keine Verschiffungen statt.

Eine bemerkenswerte Entwicklung bahnt sich in Italien für die Reis-Ausfuhr an. Die neuen Bestimmungen, die das italienische Landwirtschaftsministerium für die Ausfuhr von Reis aus der Ernte des Jahres 1949/50 genehmigt hat, werden in Kreisen des italienischen Reishandels als ein entscheidender Schritt auf dem Wege zur Freigabe der italienischen Reisausfuhr angesehen. In Zukunft bleiben in der Hauptsache nur die großen zwischenstaatlichen Ausfuhrabschlüsse, insbesondere mit Großbritannien und Deutschland, der „Ente Risi" oder deren Unterorganisationen vorbehalten.

Getreide-Notierungen

Weizenpreise in Chicago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 34,3 kg.

	1. 10.	8. 10.
Dezember	212¼	213
März	214	213
Mai	208¼	207½

Maispreise in Chikago in Dollar-Cents, je Bushel, 1 Bushel = 25,4 kg.

	1. 10.	8. 10.
Dezember	117½	118
März	120½	121½
Mai	121½	123

Haferpreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 26,3 kg.

	1. 10.	8. 10.
Dezember	67½	67½
März	69½	68
Mai	62	63

Roggenpreise in Winnipeg in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 35,4 kg.

	1. 10.	8. 10.
Oktober	152½	156
Dezember	152½	154½
Mai	153½	156½

Gerstenpreise in Winnipeg in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 21,7 kg.

	1. 10.	8. 10.
Oktober	140½	138½
Dezember	138½	138½
Mai	134½	133½

Öle und Fette

Die Preise für ölhaltige Öle und Ölsaaten verkehrten in der Berichtswoche ziemlich stetig, trotz vorsichtiger Haltung der Käufer. Die Baissiers des nordamerikanischen Marktes für Öle und Fette wurden durch die reichlichen Anlieferungen von Sojabohnen aus der neuen Ernte enttäuscht. Anregend wirkten indessen die Käufe der nordamerikanischen Regierung von Sojabohnen-Öl und das in dieser Woche veröffentlichte Programm des nordamerikanischen Landwirtschaftsministeriums zur Vornahme von sogenannten Notstandskäufen von Baumwollsaat, um die zur Hochzeit der Baumwollernte anfallenden großen Mengen dieser Ölfrucht aus dem Markte zu nehmen. Nach der gleichen Richtung wurde ein Kauf der US-Armee in Höhe von 3 Mill. lbs Schmalz für Österreich interpretiert, dem in Kürze ein Kauf in gleicher Höhe für Deutschland folgen werde. Wenig ausschlaggebend ist indessen die Lage hinsichtlich der Farmergesetzgebung. Nachdem der Senat das Stützungsgesetz an den Landwirtschaftsausschuß zurückgewiesen hat, mehren sich die Stimmen, daß es in diesem Jahre wahrscheinlich nicht mehr dazu kommen werde, die auseinandergehenden Ansichten über die Farmergesetzgebung auf einen Nenner zu bringen und sie in die gesetzliche Form zu gießen. Schmalz in Chikago per Oktober 11,20. — Das IAPI in Argentinien hat für Talg und Schmalz neue Ausfuhrpreise festgesetzt, für die außer Schweineschmalz der Verrechnungskurs von 13,50 Peso für 1 Pfund Sterling oder 4,6292 für 1 Dollar gilt. Für die Ausfuhr von Schweineschmalz werden die Verrechnungskurse von 20,10 für 1 Pfd. Sterling oder 7,1904 für 1 Dollar in Ansatz gebracht.

Kaffee

Die Kaffeenotierungen in New York erreichten neue Höchststände. Santos „D"-Kontrakt, Dezember-Sicht, stieg von 27,40 am 30. September auf 29,50 cts je lb am 6. Oktober, Santos „5" von 29,25 auf 31. Santos loco am 6. Oktober auf 34. Die feste Haltung des Kaffeemarktes muß für einige Zeit, wahrscheinlich wenigstens bis Anfang des nächsten Jahres, als gegeben hingenommen werden. Es ist in den nächsten Wochen und Monaten sogar mit einer Verstärkung des Deckungsbedarfs zu rechnen, da sich der Großhandel mit dieser Lage abfinden muß und seine Käufe danach einrichten wird. Ein Nachgeben der Kaffeepreise wird wahrscheinlich erst dann eintreten, wenn die hohen Preise aus sich selber heraus eine Reaktion bewirken, indem sie nämlich den Verbrauch zurückgehen lassen. Es ist verständlich, daß unter diesem Umständen an den internationalen Kaffeemärkten mit Spannung die Entwicklung der brasilianischen Ernte verfolgt wird. So wie die Dinge heute liegen, kann aber nur eine wirklich gute Bantsernte entscheidend zur Senkung der Kaffeepreise beitragen.

Kakao

Die Haltung der New Yorker Kakaobörse war in der Berichtswoche bemerkenswert stetig. Bahia, loko, stieg von 18 am 30. September auf 18,25 am 6. Oktober, Accra, loko, von 18,70 auf 19. Die Umsätze waren begrenzt und die Beurteilung über die zukünftige Gestaltung der Kakaopreise ist im allgemeinen vorsichtig. Die amerikanische Schokoladenindustrie hält mit größeren Einkäufen zurück. Schließlich indessen ist, daß Brasilien trotz starken Verkaufsinteresse und obwohl die Lieferungen aus Britisch-Westafrika aus der neuen Ernte vor der Türe stehen, seine Verkaufspreise nicht herabgesetzt hat.

Tee

Die Teemärkte haben sich gegenüber der vorigen Woche etwas beruhigt. Sie verkehrten in fester Haltung. Ausgesprochene Preiserhöhungen wurden nur in einigen Spezialsorten erzielt.

Pfeffer

Schwarzer Pfeffer notierte am 6. Oktober in New York, für Lokoware, 128—130 cts je lb, gegenüber 130 am 30. September. Weißer Pfeffer stieg in der gleichen Zeit von 179 auf 180 cts je lb. Der New Yorker Pfeffermarkt war außerordentlich fest. Auch London verkehrte in ausgesprochen strammer Haltung. Schwarzer Lampong stieg von 9¾d je lb cif Durchgangshafen auf 12¼ d. Eine Notierung für weißen Muntok lag am Wochenschluß nicht vor. Bei der Knappheit von Pfeffer kommt diese Entwicklung nicht überraschend.

Zucker

Der Zuckerpreis hat sich in New York gegenüber der Vorwoche nicht geändert. Am 8. Oktober: 5,98 gegen 6,00 am 7. Okt.; Dezember: 5,56. Der Markt war im allgemeinen gut behauptet. Die philippinische Zucker-Ernte, früher von großer Bedeutung für die Weltversorgung, wird für 1949/50 auf 900 000 shortions geschätzt, von denen etwa 600 000 shortions für die Ausfuhr zur Verfügung stehen werden. Damit bleibt die philippinische Zuckerernte noch immer weit hinter dem Vorkriegsdurchschnitt von 1,1 Mill. shortions zurück.

Wolle

Die australischen Wollauktionen brachten wiederum höhere Preise. Gegenüber dem Stande von Ende September dz. Js. zogen die Notierungen für Merino-Wollen um rund 30% an. Bei allen Veranstaltungen zeigten die USA regen Interesse, zeitweilig wurde die Nachfrage durch starke sowjetische Käufe besonders lebhaft. — Die Haltung am Bostoner Wollmarkt war in der Berichtswoche immer noch vorwiegend abwartend. Man hat noch kein klares Bild über die Auswirkungen der Abwertungswelle gewinnen können. Die Spinnereien beschränken daher ihre Käufe auf ein Mindestmaß.

Für die argentinische Wollausfuhr wurde ein neuer Kurs von 4,6292 Peso für 1 Dollar, gegenüber bisher 3,3968 Peso festgesetzt. Die Sterling-Parität bleibt unverändert auf 13,50 Peso für 1 Pfund Sterling. Der Wollhandel in Buenos Aires ist der Ansicht, daß durch diese Kursfestsetzung die Ausfuhr von Wolle nach dem Dollarblock angeregt werden soll. Abschlüsse sind aber bisher noch nicht bekannt geworden. Die argentinischen Spinnereien zahlen für ihre Käufe während der Berichtswoche leicht höhere Preise.

In Montevideo ist die Lage ebenfalls infolge Neufestsetzung der Parität noch unangeklärt, um bestimmte Aussagen über die zukünftige Entwicklung zu machen. In der Woche zum 1. Oktober wurden in Montevideo für die Ausfuhr 287 t verkauft, davon 200½ t nach den USA.

Baumwolle

In New York notierte der Oktober-Termin am 6. Oktober 20,97 cts je lb, gegenüber 20,00 cts am 30. September. Die Unsicherheit über die Farmergesetzgebung drückte auf das Baumwollgeschäft in New York während der Berichtswoche. Die beharrliche Nachfrage der Spinnereien glich indessen die dadurch ausgelöste Unruhe bei weitem aus. Das Interesse der Spinnereien erklärt sich teilweise durch Deckungen für spätere Verpflichtungen und durch die Annahme, daß bei Fortschreiten der Saison die frei verfügbare Ware infolge der dann einsetzenden stärkeren Belieferungen abnehmen werde. Die ferneren Sichten waren von der Spekulation stark gefragt, da diese mit einer Verlängerung der hohen Belehnung für ein weiteres Jahr rechnet. In der Farmergesetzgebung ist immer noch keine Entscheidung gefallen. Der Senat hat die Angelegenheit an seinen Landwirtschaftsausschuß zur erneuten Durchberatung zurückgeben lassen. Gegen Wochenschluß wurde in verstärktem Umfange über die für den 8. ds. Mts. in Aussicht stehende neue Baumwollschätzung des Ernteamtes gesprochen. Die bisher vorliegenden privaten Schätzungen rechnen mit einer leichten Erhöhung gegenüber der Schätzung von Anfang September. Es werden allerdings auch niedrigere Zahlen — 14,6 Mill. Ballen — genannt. Dabei ist mit einer wahrscheinlichen Verschlechterung der Qualität zu rechnen.

An der Alexandriner Baumwollbörse gaben die Notierungen leicht nach. Die wegen der Feiertage erst am 6. Oktober veröffentlichte ägyptische Baumwollschätzung rechnet mit einer Ernte von 7,7 Mill. Kantar, gegenüber 8,7 Mill. im Vorjahr. Fast die Hälfte der Ernte wird langfasrige Qualität sein. In Liverpool beschäftigte man die ägyptische Schätzung als mit den Erwartungen des britischen Baumwollhandels in Übereinstimmung. Es wird aber darauf hingewiesen, daß nach den bisherigen Erfahrungen mit einer Revision bei weiterem Fortschreiten der Saison gerechnet werden müsse. Die endgültige Beurteilung der ägyptischen Ernte hängt von den Wetterbedingungen während des Oktober entscheidend ab.

Liverpool meldet, daß in der Berichtswoche 9793 Ballen Rohbaumwolle angelandet wurden, davon 6600 aus Ostafrika und 723 aus Pakistan.

Baumwollnotierungen

New York	1. 10.	8. 10.
Dez.	20.20	20.30
Oktober	20.07	20.85
November	20.61	20.77
Dezember	20.55	20.71
März 1950	20.22	20.60
Mai 1950	20.42	20.58
Juli 1950	20.05	20.12
Oktober 1950	27.15	27.10
November 1950	27.13	27.12
Dezember 1950	27.00	27.00

Hart- und Bastfasern

Ostbengalen rechnet mit einem starken Rückgang der Jute-Ernte. Es wird ein Ertrag von 3,3 Mill. Ballen erwartet, gegenüber einer Ernte von 5,5 Mill. Ballen im Vorjahr. Die westbengalische Regierung hat mit Wirkung vom 30. September neue Höchstpreise für indische Rohjute festgesetzt. Dundee, firsts, beispielsweise dürfen danach nicht über 370 indische Rupien je Pucca-Ballen von 400 lbs verkauft werden.

Kautschuk

Die Notierung für Nr. 1 RSS ging von 16,13 cts je lb am 30. September auf 16,18 cts am 6. Oktober leicht zurück. Trotz dieser rückläufigen Entwicklung war der Grundton der New Yorker Kautschukbörse verhältnismäßig fest. Es werden reichlich Verschiffungen angeboten, die wegen zu hoher Preise bisher auf geringes Interesse gestoßen sind. — Der Londoner Kautschukmarkt hat eine ruhige Woche hinter sich. Abgesehen vom gelegentlichen Cif-Geschäften für die USA kam es nicht zu größeren Abschlüssen. Die Aufmerksamkeit konzentriert sich hauptsächlich auf Kautschuk in minderer Güte. Im allgemeinen ist der Londoner Kautschukhandel abwartend; es wird indessen nicht verkannt, daß sich die statistische Position von Kautschuk verstärkt hat, und man glaubt, daß der Markt sehr wohl in der Lage sei, größere Mengen zu absorbieren. Auch die Entwicklung in den USA wird in London ziemlich optimistisch beurteilt. Man hält sogar die Ansicht, daß Nr. 1 RSS in London bis Ende dieses Jahres auf 18 d je lb steigen werde.

Häute und Felle

Die nordamerikanischen Hautmärkte waren in der vergangenen Woche uneinheitlich. Man ist sich in Kreisen des Häutehandels noch immer nicht völlig im Klaren über die Auswirkungen der Abwertungswelle, zumal im Hinblick auf die argentinische Haltung. Die argentinischen Offerten gelten in den USA als zu hoch. Der Preisrückgang für argentinische Häute beträgt etwa 13½. Immerhin glaubt man, daß für argentinische Extremes, leicht, zu etwa 38 cts je lb gelandet New York, Abnehmer in den USA zu finden sein dürften.

Auch in Liverpool hat die nach der Abwertung des argentinischen Peso vorgenommene Erhöhung der Häutepreise überrascht. Praktisch haben sich daher die argentinischen Preise, in Pfund Sterling gerechnet, eher erhöht, als gesenkt. Der britische Häutehandel ist der Ansicht, daß er infolge bedeutender Vorräte die weitere Entwicklung in Ruhe abwarten kann.

In New York: naß gesalzene leichte indische Kuhhäute, Dezember am 6. Okt.: 21,25 Dollarcents je lb.

Petroleum

In Chikago notierten am 3. Okt.: Petroleum 8,75, Crude Oil, Pennsylvania 3,62, Mid-Cont. 3,37.

Eisen und Stahl

Wegen des Stahlstreiks in den USA. ist die Leistungsfähigkeit der Stahlwerke in der laufenden Woche nur zu 8,2% eingeteilt, gegenüber 84,8% in der Vorwoche. Man erwartet, daß der Stahlstreik, sollte er länger als 14 Tage dauern, zu erheblichen Versorgungsschwierigkeiten führen werde. Trotz der Betriebseinstellung bei den großen Werken ist der Schrottpreis unverändert hoch. Stärkere Einfuhren von Roheisen nach den Währungsabwertungen stehen nicht in Aussicht.

Metalle

Die Metallmärkte haben sich auf die neuen Relationen noch nicht recht einspielen können. Das Geschäft ist zumindest in Europa dadurch noch behindert. In den USA hat sich im Grunde nichts gegen die Zeit vor der Währungsverordnung geändert. Jedoch wirkt sich der Stahlstreik aus. Die Nachfrage ist z. T. erheblich zurückgegangen. Herabsetzung der Preise für Blei und Zink wird in New York als ein Versuch gedeutet, die Inlandsnachfrage nach diesen beiden Metallen zu beleben. Man will ein Gegengewicht gegen die Auswirkungen des Stahlstreiks schaffen, weil die Hütten den Fluß der Verarbeitung nicht unterbrechen und gleichzeitig den Absatz wenigstens einigermaßen der Produktion anpassen wollen. Außerdem sind diese Preisrückgänge, dies gilt vorzüglich für Blei, auch eine Folge der stärkeren Angebote ausländischer Metalle. Auch die Nachfrage nach Kupfer hat in den letzten Tagen etwas nachgelassen. Die Preise für Kupferschrott zeigen rückläufige Tendenz. Die Nachfrage nach Zinn war außerordentlich gering, da infolge des Stahlstreiks die Herstellung von Weißblech auf nahezu die Hälfte gesunken ist. Außerdem rechnet man nach Wiederaufnahme des börsenmäßigen Zinnhandels mit einem niedrigeren Zinnpreis.

An der Tatsache, daß die Weltmetallerzeugung heute bei allen Grundmetallen ausreicht, um den Bedarf zu befriedigen, hat auch die Währungsverordnung natürlich nichts ändern können, die nur einen zeitweiligen Effekt auf die Nachfrage in Europa hatte.

Die westdeutschen Preise sind zwar auch der Neubewertung der Mark gegen den Dollar angepaßt worden, wobei man für Kupfer eine über die amerikanische Parität hinausgehende Preiserhöhung vorgenommen hat. Das gleiche gilt für Zinn. Der Bleipreis blieb unverändert gelassen, obwohl hier im Interesse des westdeutschen Bleibergbaues eine Preisheraufsetzung möglich gewesen wäre. Der Zinkpreis wurde ebenfalls unverändert gelassen, was verständlich erscheint, wenn man berücksichtigt, daß zu einer Angleichung an die amerikanischen Preise sogar eine Herabsetzung notwendig gewesen wäre, die im Interesse der deutschen Zinkerzförderung offenbar vermieden worden ist. Auch der bisher stark überhöhte deutsche Aluminiumpreis hat keine Veränderung erfahren.

Kupfer: Die Angleichung des englischen Kupferpreises an den amerikanischen — die Umrechnung ergibt etwa 141 £ je t — stellt den englischen Verarbeiter zahlenmäßig jetzt etwas dem amerikanischen gleich, so daß die bisherige Benachteiligung der englischen Industrie fortfällt. Natürlich wäre es der englischen Exportwirtschaft lieber gewesen, wenn man bei einer niedrigeren Festsetzung des Preises in dieser Beziehung gewisse Vorteile gehabt hätte. Obwohl das britische Weltreich insgesamt ein Überschußgebiet für Kupfer ist, muß man berücksichtigen, daß Kanada zum Dollarblock gehört, und daß die englische Wirtschaft heute zu etwa 60% bei Kupfer aus dem Dollargebiet einfuhrabhängig ist. Dieser Umstand, zusammen mit dem Wunsch, Verluste aus den Vermonaten auszugleichen, haben das Versorgungsministerium offenbar veranlaßt, den Preis in der jetzigen Höhe festzusetzen. Das amerikanische Kupferinstitut gibt jetzt die Zahlen für die Entwicklung der Weltkupferwirtschaft bis August, die aber fragmentarisch bleiben, weil Länder wie die Sowjetunion, Japan, Australien, Norwegen, Schweden und Jugoslawien in der Statistik fehlen. Ohne die USA wurden mit Ausnahme der erwähnten Länder in den ersten acht Monaten 1949 749 188 sh/t Kupfer gewonnen gegen 709 436 sh/t in der Vergleichszeit des Vorjahres. Die Vorräte an raffiniertem Kupfer beliefen sich Ende August auf 152 946 sh/t gegen 161 209 sh/t Ende August 1948. Kanada hat seinen Kupferpreis um 1,75 cts je lb auf 19½ cts heraufgesetzt. Die kanadischen Kupferexporte beliefen sich im ersten Halbjahr 1949 auf 93 704 sh/t, wovon 39 172 sh/t nach Großbritannien gingen und 18 276 sh/t nach den USA. England zieht sich auf die Versorgungsquellen seines Weltreichs zurück. In den ersten acht Monaten dieses Jahres führte Großbritannien 224 544 lg/t Kupfer ein gegen 220 240 lg/t im Vorjahr. Der Rückgang entfiel hauptsächlich auf eine Verringerung der Einfuhren aus den USA, die um rund 19 000 lg/t niedriger lagen.

Zinn: Die besonderen Verhältnisse am Zinnmarkt werden durch die Entscheidung des englischen Versorgungsministeriums bei der Festsetzung des neuen Zinnpreises beleuchtet. Zweifellos wäre es den englischen Zinnverbrauchern und auch dem Versorgungsministerium lieber gewesen, wenn man den Zinnpreis auf der Basis von 1,50 Dollar je lb auf etwa 624 £ je t hätte festsetzen können. Hier zeigt sich aber, daß die Interessen der USA heute in der Zinnwirtschaft ein wesentlich größeres Gewicht haben als vor dem Krieg. So hat man sich zu Konzessionen bereit finden müssen, die den Amerikanern einen billigeren Zinnbezug ermöglichen. Die Entscheidung des englischen Versorgungsministeriums ist offenbar auch dadurch beeinflußt worden, daß der belgische Franken nicht in gleichem Maße wie das Pfund abgewertet wurde. Die bisher ziemlich einheitliche Front der Zinnabgeber, England, Holland, Belgien, ist dadurch, daß Belgien seine Währung nur um 12,3% abwertete gegen 30% in den beiden anderen Ländern, empfindlich gestört. Belgien kann heute „billiger" anbieten. In welchem Umfang die amerikanischen Regierungskäufe in der letzten Zeit den Zinnpreis stützten, ergibt sich daraus, daß in den letzten zwölf Monaten nicht weniger als 61 000 lg/t Zinn der amerikanischen Rüstungsreserve zugeführt und damit sterilisiert wurden. Insgesamt werden diese strategischen Reserven jetzt mit schätzungsweise 79 000 lg/t angegeben. Die englischen Zinnerzeuger im Fernen Osten sind immer noch für die Wiedereinführung eines freien Zinnmarktes, weil sie fürchten, daß die Eröffnung einer Zinnterminbörse in New York das Schwergewicht der Preisbildung nach den USA verschieben könnte.

Blei: Wie bei Kupfer, werden auch die englischen Bleiverarbeiter wenig Vorteil von der Abwertung des Pfundes haben, da die englischen Bleipreise jetzt auf der

Deutsche Gesellschaften

Rheinbrückenbau- und Betriebsgesellschaft Homberg GmbH.

Mit einem Kapital von 1 Million DM wurde die Rheinbrückenbau- und Betriebsgesellschaft Duisburg-Homberg GmbH. mit Sitz in Duisburg gegründet. Gesellschafter sind linksrheinisch die Landkreise Moers und Geldern, die Städte Homberg und Moers sowie die Straßenbahn Moers—Homberg GmbH., rechtsrheinisch die Städte Oberhausen und Duisburg sowie der Landkreis Dinslaken. Die links- und rechtsrheinische Gruppe übernimmt je zur Hälfte das Gesellschaftskapital. Die Gesellschaft hat den Zweck, die Wiederherstellung der Ruhrort-Homberger Rheinbrücke vorzubereiten, die vor ihrer Zerstörung den stärksten Verkehr unter den Rheinbrücken zwischen der holländischen Grenze und Düsseldorf zu bewältigen hatte. Der Vorsitz des Aufsichtsrates wird von der linksrheinischen Gruppe gestellt, die Geschäftsführung liegt bei der rechtsrheinischen Gruppe. Die Finanzierung der Brückenbaukosten soll durch die Stammeinlage und ferner durch Anleihen und Zuschüsse erfolgen. Letztere werden von der Landes- und Bundesregierung erwartet.

Hamburger Hochbahn

Die Hamburger Hochbahn-Aktiengesellschaft, Hamburg, erzielte 1947 bei 77,18 (Vorjahr 79,94) Mill. RM Verkehrseinnahmen einen Betriebsgewinn von 3,74 Mill. RM, der sich um den Gewinnvortrag aus dem Vorjahre auf 3,83 Mill. RM erhöhte. Es wird vorgeschlagen, 3½% Dividende auf A-Aktien, 2½% auf B-Aktien und 1½% auf C-Aktien zu verteilen. Die für die garantierte Dividende von 5½% auf die A-Aktien fehlenden 3% stellen von der Hansestadt Hamburg bereitgestellt werden. Es wurden 480 Mill. Personen befördert gegenüber 440 Mill. 1948 und 360 Mill. 1938. Die Einnahmen aus dem U-Bahnbetrieb belief sich auf 22,62 (19,37), aus dem Straßenbahnbetrieb auf 46,28 (44,34) aus dem Kraftverkehrsbetrieb auf 3,03 (2,32) und aus den anderen Betrieben, u. a. aus der Alsterschiffahrt, auf 5,34 (4,88) Mill. Reichsmark.

F. H. Hammersen AG., Osnabrück

Diese Organgesellschaft der Christian Dierig A.G., Augsburg, umfaßte früher Spinnereien in Osnabrück, Rheine, Bocholt, Rheydt und Riesa mit insgesamt 200 000 Spindeln; in Osnabrück eine Buntweberei mit 1500 Stühlen u. Ausrüstungsanstalt, in Rheine eine Webweberei mit 1375 Stühlen und Stückweberei. Die Spinnerei in Riesa/Sachsen wurde 1946 enteignet und zum volkseigenen Betrieb erklärt. Von den Betrieben in Osnabrück arbeitet wieder die stark zerstört gewesene Ausrüstungsanstalt seit Anfang dieses Jahres. Die Spinnerei ist vor etwa zwei Monaten wieder angelaufen. Von der Weberei in Osnabrück blieben nur wenige Stühle erhalten. Nach der vollständigen Zerstörung der Anlagen in Rheine konnte die Weberei seit fünf Monaten die Produktion wieder aufnehmen. Auch die Spinnerei kann in Kürze wieder mit der Fertigung beginnen. Die Betriebe in Bochalt und Rheydt erlitten nur geringe Kriegsschäden und können ihre Kapazität voll ausnützen. Insgesamt arbeiten wieder in den vier Betrieben rd. 125 000 Spindeln und 2200 Webstühle mit einer Belegschaft von rd. 5200 Arbeitern und Angestellten. Die Produktion hatte Mitte dieses Jahres über 30% des Vorkriegsausstoßes erreicht. Das Grundkapital von 5 Mill. RM befindet sich im Besitz der Christian Dierig A.G., Augsburg.

Schering

Die ORV der Schering AG., Berlin, beschloß Satzungsänderungen, nach denen die bisherige Mindestzahl der Aufsichtsratsmitglieder statt 4 nur noch 3 Personen betragen kann und daß künftig außer in Berlin, als Sitz der Gesellschaft, auch anderorts Hauptversammlungen abgehalten werden können. Vorstand und Aufsichtsrat wurde Entlastung für die festgestellten Jahresabschlüsse von 1946/1947 (siehe unsere Ausgabe vom 22. 9. Nr. 38) erteilt, die mit einem Reinverlust von RM 18 878 460.— abschließen. Die der Schering AG. durch Kriegsschäden entstandenen Gesamtverluste entsprechen einem Buchwert von rund 100 Mill. RM. Mit dem Geschäftsbericht für das Jahr 1948 und der DM-Eröffnungsbilanz ist im ersten Halbjahr zu rechnen. Von dem 64 Mill. RM Aktienkapital der Gesellschaft waren Aktionäre mit 34 040 400.— RM vertreten.

Vom Aufsichtsrat und Vorstand schieden durch Tod aus: Geh. Kommerzienrat Dr.-Ing. Conrad von Borsig, Berlin, Geh. Oberregierungsrat Dr. jur. Hans von Flotow, Berlin, Dr.-Ing. Conrad Herrmann, Berlin, Dr. jur. Hans Hertzstein, Berlin und Albert Behrens, Berlin.

In den Aufsichtsrat wurden durch Neuwahl gewählt: Rechtsanwalt Clemens Lammers, Berlin als Vorsitzer, Prof. Otto Warburg, Berlin, Dr. Ludwig Holtzek, Berlin, Carl Müller, Berlin, Dr. Clemens Plaßmann, Düsseldorf, Dr. Fritz Beerhaus, Essen-Bredeney, Generaldirektor Ludwig Kruse, Essen-Bredeney und Dr. Gerhard Stalmann, Blapong bei Soltau.

Dem Vorstand gehören an: Dr. Berner, Dr. Cleve, Gehn und Dr. Schmidt.

PERSONALIEN

Das Vorstandsmitglied der Westdeutschen Kaufhof AG., Köln, **Ernst Gerdes**, ist kürzlich nach kurzer Krankheit verstorben. Direktor Gerdes gehörte außerdem der Geschäftsleitung der Kaufhalle GmbH. und dem Aufsichtsrat der Union Modegroßhandel GmbH., Köln, an.

Bergassessor a. D. Dr.-Ing. **Hans Wolfgang Wagner**, Vorstandsmitglied der Rheinischen AG. für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation, Köln, verstarb kürzlich im Alter von 64 Jahren an einem Herzschlag.

Direktor **Heinrich Köring** sen., der Seniorchef der Mechanischen Netzfabrik und Weberei AG., Itzehoe, beging seinen 75. Geburtstag.

Der Seniorchef einer der ältesten Privatreedereien Hamburgs, die gegenwärtig über 5 Schiffe verfügt, die in der Küstenfahrt beschäftigt sind, Herr **Heinrich Martin Gehrkens**, konnte seinen 85. Geburtstag begehen.

Süddeutscher
Spinnweber-Verband G.m.b.H.
Stuttgart z. Zt. Wendlingen (Neckar)
Spinnereien
Webereien
Bleichereien
Färbereien
Druckerei

Parität der amerikanischen Sagen. 20% der englischen Bleieinfuhren kommen aus dem Dollargebiet, und dieser Umstand hat bei der Festsetzung des Bleipreises offenbar eine Rolle gespielt. Der kanadische Bleipreis ist um 1½ cts je lb auf 16½ cts heraufgesetzt worden. Am amerikanischen Markt konnten die Erzeuger ihre laufende Produktion mühelos unterbringen, und es wird über gutes Interesse der Verbraucher für Oktoberlieferung berichtet. In Westdeutschland hat sich die Absatzlage für Blei wie auch für Zink etwas gebessert, da Bleiexporte nach Großbritannien und Norwegen angelaufen sind. Ein Zeichen für die bessere Versorgung mit Blei ist u. a. die Entwicklung der englischen Bleieinfuhren, die sich in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres auf 140 408 lg/t beliefen gegen 102 406 lg/t in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Zink: Im Falle des Zink ist das englische Versorgungsministerium in vollem Umfang der Abwertung des Pfundes bei der Neufestsetzung des Preises gefolgt, wenig zum Nutzen des englischen Exportgeschäftes, das damit der Vorteile der Pfundabwertung verlustig geht. Aber man tröstet sich damit, daß die USA, wie übrigens auch bei Blei, beträchtliche Mengen importieren, und zwar in der Form von Erzen aber auch Rohzink. Der kanadische Zinkpreis wurde um ¾ cts je lb auf 11 cts heraufgesetzt, entsprechend der Abwertung des kanadischen Dollars um 10% gegenüber dem USA-Dollar. Die englischen Zinkeinfuhren lagen im laufenden Jahr niedriger als im Vorjahr. Sie betrugen in den ersten acht Monaten nur 105 297 lg/t gegen 138 710 lg/t. Der Rückgang ist wie bei Kupfer durch eine Verringerung der Zinkeinfuhren aus den USA um rund 30 000 t eingetreten.

Aluminium: Der neue englische Aluminiumpreis bleibt auch weiterhin beträchtlich unter der amerikanischen Parität und entspricht etwa der Abwertung des kanadischen Dollar gegen das Pfund. Auf der Dollar-Pfundparität müßte der Preis etwa 108 £ je t betragen. Die englischen Aluminiumverarbeiter und Exporteure von Aluminiumwaren werden gegen die Zeit vor der Abwertung des Pfundes weiter beträchtliche Vorteile haben. Die westdeutsche Aluminiumindustrie ist gegenwärtig in Absatzschwierigkeiten. Man rechnet bis zum Jahresende mit einer Vorratshaltung, die etwa einem Jahresverbrauch entspricht.

Die Besserung der Versorgungslage mit Metallen hat übrigens zu einer Aufhebung der Metallbewirtschaftung in Westdeutschland geführt.

Metallpreise

	England in £ je lg/t	USA in cts je lb	Westdeutschl. in DM je 100 kg
Kupfer	140/ 0/0	17,625	177,00
Blei	133/10/0	14,25	116,00
Zink	87/10/0	9,25	109,00
Zinn	750/ 0/0	96,00	900,00
Aluminium	114/10/0	17,00	173,00

In- und Auslandsbörsen

Deutsche Börsen

Die deutschen Börsen verkehrten in der vergangenen Woche und in den 3 ersten Tagen der laufenden Woche in fester Haltung unter Führung von Montanwerten. Anfang dieser Woche kamen einige Spezialwerte hinzu. Am Mittwoch machte sich an einigen Börsen eine gewisse Neigung zu Gewinnmitnahmen bemerkbar. Pfandbriefe lagen weiter still, z. T. ganz ohne Umsatz.

Frankfurt	30. 9. 49	5. 10.	6. 10.	7. 10.	10. 10.	11. 10.
BMW	18½	19½	19	19½	19½	19½
Degussa	37	40	41	41	40½	41
Deutsche Bank	7½	8½	8¾	8¾	10	10¼
Feldmühle	46½	47	47½	48	48	48½
G.H.H.	28	30	30½	31½	31½	32½
Holzmann	28¼	30	30	30	31	31
Lanz	27½	30	29½	30	31	31
Löwenbräu	49½	51	50	49	50	50
RWE	42	46½	45¼	47½	47½	48
Salzdetfurth	36	40	40	40	37½	38½
Siemens	19½	29½	24¼	27½	27	27
Südzucker	77	78	78	77	78¼	77
Ver. Stahl	18¾	18½	19	19½	19½	20½
Waldhof	25¼	26½	26¼	26½	26½	26
4½%Frft. Hyp.Pf.	7½	7½	7½	7½	7½	7½
4% Degussa	8½	8½	8¾	8½	8½	8¾
Hamburg						
AEG	12½	13¼	14½	15½	16¾	16½
Allianz	24½	27½	27½	27¼	37	45
Conti Gummi	66	69	69	69	82	85½
Demag	37	36	36	38	39½	39¼
Deschimag	22	22¼	22½	22½	23¼	23
Ford	45	45	48	45	45	45
Hamb. Hochb.	28½	30½	31	32	33	33¼
Hamb. Hyp. Bk.	12	12	12	12	12	12
Dresdner Bank	8	8½	9	9¾	11½	11½
Harburger Gummi	58	58	58	58	58	60
Hapag	12	12	12½	12	12½	12
Nordd. Lloyd	9	10	10	10	10	10
4% Hamb. Hyp. Pf.	8	7¾	7¾	7½	7¾	7½
Düsseldorf						
Harpen	27	28½	28½	29¼	31	31
Hoesch	20	18	18	18	21	22¾
Klöckner	16	19	18	18	21¼	22
Mannesmann	19	19¾	—	—	22	24½
Mülh. Berg	30	30	30	30	30	30
Rheinbraun	32	34	34	34	34½	34¼
Rheinstahl	17½	19½	19¼	19¾	21½	21

Vierte Bekanntmachung über die Verwendung von Anlagekonten

Auf Grund von § 3 der Dritten Durchführungsverordnung zum Vierten Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens erklärt die BdL am 3. Oktober in Ergänzung ihrer Bekanntmachung vom 30. Mai 1949 folgende weiteren Wertpapiere als zum Erwerb durch Verwendung von Guthaben auf Anlagekonten nach Maßgabe des § 2 der vorstehend genannten Verordnung für geeignet: 7. Alle festverzinslichen Wertpapiere, deren Begebung nach den Vorschriften des Gesetzes über den Kapitalverkehr vom 2. September 1949 (Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes Nr. 34 vom 6. 9. 1949) genehmigt werden, sowie alle festverzinslichen Wertpapiere, die bis zum Inkrafttreten dieser Vorschriften mit Zustimmung der Bank deutscher Länder ausgegeben worden sind.

Auslandsbörsen

Die durch das Pfund Sterling ausgelöste Abwertungslawine beginnt an den internationalen Effektenbörsen das Interesse zu verlieren; die Aufmerksamkeit des Effektenhandels wird auf andere Gebiete gelenkt. Dadurch ist das Gebiet der vier bedeutendsten Börsenplätze: Paris, London, Zürich und New York uneinheitlich geworden. Die Bewegung an den einzelnen Plätzen gehorcht den Anregungen und Stimmungen der einzelnen Nationalwirtschaften. Lediglich London macht hiervon insofern eine Ausnahme, als das bemerkenswert starke Kaufinteresse für britische Staatsanleihen zumeist auf ausländische Aufträge zurückgeht.

PARIS: schwach

Die **Pariser** Effektenbörse begann die Woche in schwacher Haltung, fast alle Werte mußten Abstriche hinnehmen. Die ungeklärte politische Lage, in deren Verlauf die Regierung Queuille zurücktrat, drückte auf die Stimmung der Börse. Lediglich südafrikanische Goldwerte, die in Paris, umgerechnet über die Londoner Parität, unterbewertet sind, waren gefragt und zogen an. Gegen Wochenmitte zeigte sich eine leichte Geschäftsbelebung, ausgehend von einer optimistischen Beurteilung, die indessen nur geringe Auswirkungen hatte. Auf die Bekanntgabe der Neufestsetzung der internationalen Paritäten für den argentinischen Peso waren argentinische Emissionen stark angeboten. Der schließlich doch erfolgte Rücktritt der Regierung Queuille wurde ohne große Überraschung aufgenommen, da diese Entwicklung eskomptiert worden war. Auf dem niedrigeren Kursniveau zeigte Paris eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit. Allerdings befürchtet man in Kreisen des Effektenhandels eine stärkere Besteuerung, verbunden wahrscheinlich mit Maßnahmen zur Begrenzung der Dividendenausschüttungen auf eine bestimmte Höhe. Trotzdem stießen zum Wochenschluß französische Werte auf ein gewisses Interesse. Goldwerte verloren an keinem Tage der Woche die Aufmerksamkeit des Publikums. Der Rückgang in argentinischen Emissionen kam zu einem Stillstand. Zu einer Beruhigung des Marktes wird es nach überwiegender Meinung erst nach Bildung einer neuen französischen Regierung kommen.

SCHWEIZ: Deutsche Werte sehr fest

In der **Schweiz** war die Berichtswoche durch eine einseitig auf wenige Marktgebiete gerichtete Interessennahme des Berufshandels und der Investoren gekennzeichnet. An Stelle der lebhaften Währungsdiskussionen ist eine im ganzen ruhigere, verschiedentlich aber abwartende Beurteilung der Wirtschaftslage und der kommenden Entwicklungen getreten. Von den außenpolitischen Kontroversen ging nur eine vorübergehende Beeinflussung der Stimmung aus. Auch die Regierungskrise in Frankreich vermochte die Börsentendenz nur unerheblich zu beschatten. Im Vordergrund der allgemeinen Aufmerksamkeit standen **deutsche Wertpapiere**, Aktien wie Obligationen, sowie die nach Deutschland orientierten Titel. Durch die Neufestsetzung des DM-Kurses erhielt die Kauflust für diese Anteile neuen Auftrieb; sie setzten die Aufwärtsbewegung teilweise in stürmischen Formen fort. So stiegen Elektrische Licht und Kraft von 13½ auf 23, vorübergehend sogar auf 25, und AEG von 13 auf 21, vorübergehend auf 22. Eine Reihe von Finanzgesellschaften und einzelne Bankwerte profitierten von dieser Entwicklung. Maßgebend hierfür waren Erwartungen auf eine Fortsetzung der Wirtschaftserholung in Deutschland, angesichts der Schaffung einer handelsfähigeren Währung. Verschiedentlich konnte man auch zuversichtlichere Stimmungen hinsichtlich des Transfers der Zinserträgnisse aus Deutschland vernehmen, denen jedoch entgegengehalten wurde, daß die Verwirklichung dieser Hoffnungen noch eine geraume Zeit dauern werde. Für Industriepapiere zeigte sich eine fühlbare Zurückhaltung. Die Kursgestaltung war hier unregelmäßig und das herauskommende Angebot fand vielfach nur mit Kurskonzessionen Aufnahme. Erheblich niedriger notierten Aluminium, Saurer, Sulzer und Ciba. Eine auffallend feste Haltung zeigten amerikanische Aktien, deren Tendenz durch die feste Veranlagung von Wallstreet bestimmt war, trotz der Arbeitskämpfe in den nordamerikanischen Schlüsselindustrien. Das argentinische Papier, Cia. Italo-Argentina, blieb vernachlässigt. Man wartet Entwicklungen nach der Peso-Abwertung, die eine Werminderung schweizerischer Guthaben brachte, ab. Die ab Monatsbeginn an Stelle der Chade-Serien notierten Sodec-Aktien verzeichneten bisher nur unbedeutendes Geschäft und geringe Kursveränderungen. Der Obligationenmarkt erhielt sein Gepräge durch die widerstandsfähige Haltung der in- und ausländischen Staatspapiere und die **Festigkeit der deutschen Staats- und Industrieanleihen.**

Notenkurse in Zürich am 11. Oktober 1949

1 $ USA	4.32/	4.36
1 £ England	11.50/	11.70
100 ffr Frankreich	1.13/	1.16
100 bfrs Belgien	8.57½/	8.65
100 hfl Holland	98.—/	102.—
100 skr Schweden	68.—/	72.—
100 nkr Norwegen	47.—/	52.—
100 dkr Dänemark	47.—/	52.—
100 Lire Italien	0.62/	0.66
100 Escudos Portugal	13.75/	14.25
100 cKr Tschechoslowakei	1.—/	1.35
100 arg. Pesos Argentinien	35.—/	37.—
100 türk. £ Türkei	0.95/	0.99
100 öst. Schilling Österreich	14.30/	14.50
1 israel. £ Israel	8.50/	9.25
100 DM Deutschland	**67.50/**	**69.50**

LONDON: uneinheitlich

Die **Londoner** Effektenbörse begann die Woche bei sehr ruhigem Geschäft. Im Vordergrund des Interesses standen südafrikanische Goldwerte, zumal die Anteile produzierender Gesellschaften, und britische Staatspapiere, die zum Teil beachtliche Gewinne verzeichneten. Der Wochenbeginn war freundlich. Die Rede des britischen Schatzkanzlers vor den Bankiers und Kaufleuten der Londoner City fand starke Beachtung. Sir Stafford Cripps hatte die Warnung ausgesprochen, daß sich die Anzeichen eines **verstärkten inflatorischen Druckes** trotz der Pfund-Abwertung vermehrten. Auch im weiteren Verlauf der Woche wurden südafrikanische Goldwerte bevorzugt, bei denen indessen vorübergehende Gewinnmitnahmen die Kurse zeitweilig zurückgehen ließen, ohne daß es jedoch zu stärkeren Abstrichen kam. Man begrüßt in Kreisen des Effektenhandels diese Entwicklung und weist darauf hin, daß die Kurse für südafrikanische Goldwerte und britische Staatsanleihen zum Teil schon überbewertet seien. Die Nachfrage nach diesen Papieren kommt dem Vernehmen nach von kontinentaleuropäischen Börsen, in der Hauptsache aus der Schweiz.

Diese Entwicklung wird dahingehend interpretiert, daß die Herabsetzung der Pfund-Sterling-Parität über das notwendige Maß hinausgegangen sei, und daß man deswegen die Anlage in britischen Papieren suche. London schloß die Woche in uneinheitlicher Haltung. Brasilianische Eisenbahnen gaben auf die Meldung, daß in der brasilianischen Deputiertenkammer eine Untersuchung des Übernahmevertrages dieser Eisenbahnen durch den brasilianischen Staat aus britischer Regie gefordert wurde, scharf nach. Auch Industriewerte verkehrten in nachgebender Haltung. Am Markt für südafrikanische Goldwerte blieben insonderheit die Favoritenpapiere die anfänglichen Gewinne. Reuters Index für Industriewerte fiel von 122,3 am 30. September auf 121,8 am 7. Oktober, der für Kaffirwerte stieg im gleichen Zeitraum von 125,9 auf 130,3.

NEW YORK: freundlich, teilweise fest

Trotz der Streikbewegung bei den nordamerikanischen Stahlwerken und dem Kohlenbergbau begann die New Yorker **Wallstreet** die Berichtswoche in zuversichtlicher Haltung. Die Notierungen erreichten neue Jahreshöchststände. Gewinnmitnahmen änderten wenig an der guten Haltung der New Yorker Effektenbörse. Die Anregung zu dieser Entwicklung ging in der Hauptsache von der Tatsache aus, daß der **Produktionsindex** der Industrie im September seinen **höchsten Stand** seit dem vergangenen November, als die nordamerikanische Industrie auf Hochtouren lief, erreichte. Das Interesse der Investoren war während der ganzen Woche außerordentlich lebhaft. Man empfindet diese Entwicklung in Kreisen des Effektenhandels als Beweis dafür, daß die Geschäftswelt mit einer baldigen Beendigung des Kohlen- und Stahlstreiks rechnet. Gegen Wochenschluß machte die zeitweilig recht stürmische Entwicklung einer gewissen Beruhigung Platz. Die Tendenz war auch noch weiterhin nach oben gerichtet, doch begrenzten Gewinnmitnahmen etwas die ansteigende Bewegung. Der Wochenschluß war verhältnismäßig ruhig. Nichteisenmetalle waren leicht angeboten auf die rückläufige Tendenz der Notierungen für NE-Metalle. Automobilwerte zogen weiter an und standen am Wochenschluß im Vordergrund der Aufmerksamkeit. Die Durchschnittskurse für 30 Industriewerte stiegen von 182,51 am 30. September auf 185,27 am 7. Oktober, die für 20 Eisenbahnwerte von 47,57 auf 48,52, die für 40 einheimische Anleihen von 90,37 auf 90,51 und die für 15 Versorgungsbetriebe von 37,86 auf 38,66. Das Geschäft war sehr lebhaft. Es überschritt an vier Tagen der Woche die 1-Mill.-Grenze.

Die aktuelle Reportage:

Die Erdinger Glockengießer

Mit Hilfe einer nach genauer Berechnung hergestellten Schablone wird der Glockenkern aus Lehmziegeln und Lehmbrei geformt.

So ungeheuer groß sind die kulturellen und baulichen Werte, die unser Volk im Verlauf des zweiten Weltkrieges einbüßte, daß sie in ihren Einzelheiten manchem von uns kaum gegenwärtig sind. Etwa jene Tausende der größten und schönsten Kirchenglocken, mit deren Klang man von jeher die Vision deutscher Dome und damit geistige und kulturelle Blüte verband, wurden ein Opfer der Bombenangriffe oder wanderten in rohstoffhungrige Rüstungsbetriebe.

Da die Zahl derjenigen Städte und Gemeinden groß ist, die oft unter erheblichen finanziellen Opfern bemüht sind, ihren verödeten Kirchtürmen die Stimmen zurückzugeben, ist es verständlich, daß die Dienste des Glockengießerhandwerks außerordentlich begehrt sind. Um so mehr, als man derartige Betriebe nur äußerst selten findet, gehörte doch die Glockengießerei im Dritten Reich schon zu einem sterbenden Handwerk.

Die vorhandenen Gießereien haben durch diese Situation im Augenblick eine wirtschaftliche Blütezeit, die nicht von heute auf morgen beendet sein wird, da bis zur Ausfüllung der Kriegslücken noch Jahre vergehen werden.

In dem oberbayerischen Städtchen Erding besteht seit rund 150 Jahren eine Glockengießerei, die 1936 in die Hände ihres jetzigen Besitzers überging. Dieser hatte nach Rückkehr aus Krieg und Gefangenschaft erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden, um den alten Betrieb wieder auf die Beine zu stellen. An Aufträgen fehlte es auch vor der Währungsreform nicht, doch konnten sie nur langsam erfüllt werden, da dem Meister trotz eifrigster Bemühungen nur eine Handvoll Hilfskräfte zur Verfügung stand. Mit der Währungsreform änderte sich schlagartig die Situation. Die Belegschaft stieg fast auf das Achtfache an, neue Gebäude wurden aufgebaut und aus den bescheidenen Nachkriegsanfängen entwickelte sich ein ansehnlicher Betrieb.

Die Erfolge der Erdinger Glockengießerei haben bei allem Fleiß noch einen anderen Grund. Während man auch heute noch allgemein zum Glockenguß die altübliche Bronze (aus Kupfer und Zinn) verwendet, wird in Erding hauptsächlich eine neuartige zinnfreie Legierung, das sogenannte Euphon, benutzt, dessen genaue Zusammensetzung das Geheimnis des Gießereibesitzers ist. Dieses, Euphon hat bei gleichgutem Klang der Bronze gegenüber den Vorteil, daß es über eine weit größere Festigkeit verfügt und dabei noch eine um ca. 30% billigere Herstellung erlaubt. Euphonglocken können ganz und gar aus deutschen Rohstoffen hergestellt werden und ersparen damit die Einfuhr des teuren Zinns, wenigstens für diesen Industriezweig. Die Widerstandsfähigkeit dieser Glocken mag ein Beispiel erläutern: eine über 30 Zentner schwere Euphonglocke fiel kürzlich beim Hochziehen von einem 18 Meter hohen Kirchturm herunter, ohne zu zerspringen.

Bei einem Rundgang durch die Gießerei können wir die verschiedenen Herstellungsstadien einer Glocke genauestens verfolgen. Tonhöhe und Klangreinheit einer Glocke werden durch ihre Wandstärke und ihren Durchmesser bestimmt, die für den jeweiligen Fall festzustellen einer genauen Berechnung bedarf. Nach dem Ergebnis dieser Berechnung wird eine Schablone geschnitten, die auf den Millimeter stimmen muß. Mit Hilfe dieser Schablone wird von geübten Händen aus ungebrannten Lehmziegeln und einem dicken Lehmbrei zunächst der Glockenkern geformt. Ist dieser getrocknet und mit einer Isolierschicht überzogen, so wird die sogenannte „falsche Glocke" aufgetragen, die genau den Raum ausfüllt, den später beim Guß das Metall einnehmen soll. Außerdem trägt sie bereits sämtliche Inschriften und Ornamente, die für die richtige Glocke vorgesehen sind. Im weiteren Herstellungsprozeß wird alles mit einer öligen Masse übergossen, danach der äußere Mantel aufgetragen und die „Glockenkrone" aufgesetzt. Das Trocknen der gesamten Form wird durch ein im Innern entfachtes Holzkohlenfeuer erreicht, das Tag und Nacht durch Wochen hindurch unterhalten werden muß.

Den eigentlichen Guß wird sich der Laie aufregender vorstellen als es in Wirklichkeit ist. Er wird in einer mannstiefen Grube vollzogen, in die die fertiggestellten Formen mit Hilfe eines Flaschenzuges gebracht werden. Die „falsche Glocke" wird nach Anheben von Mantel und Krone vorsichtig entfernt, und diese Formteile werden sodann in ihre alte Lage zurückgebracht. Damit die relativ schwachen Formen dem Druck des Metalls widerstehen, wird die ganze Grube mit Lehm gefüllt und festgestampft. Unmittelbar neben der Gußgrube stehen die Schmelzöfen, von denen kleine Kanäle zu jeder der eingegrabenen Formen führen. Beim Guß fließt das auf 1000 Grad erhitzte Metall durch diese Kanäle in jede einzelne Glockenform. Nach Erkalten der Glocke wird sie ausgegraben und ihres Lehmgewandes entkleidet. Euphonglocken bedürfen danach noch einer gründlichen Bearbeitung. Genaue Planung und Berechnung im Verein mit handwerklicher Präzision garantieren den gewünschten Klang; trotzdem muß die Glocke vor ihrer Auslieferung noch ein Probeläuten und eine genaue Prüfung mit der Stimmgabel durchmachen.

Durch ihre gute Arbeit haben sich die Erdinger Glockengießer sogar über die Grenzen der bayerischen Heimat hinaus einen Namen gemacht und noch heute, trotz der gesteigerten Kapazität alle Hände voll zu tun, um die anfallenden Aufträge zu erledigen. Mehrere hundert Kirchenglocken aller Größen im Gewicht bis zu 110 Zentnern haben in den vergangenen Sommermonaten die Tore der Gießerei verlassen. Im Winter wird diese Zahl nicht zu erreichen sein, da der Trockenprozeß witterungsbedingt eine längere Zeit in Anspruch nimmt.

Abschließend können wir zu unserem Besuch in Erding feststellen, daß man heute bei der Herstellung von Kirchenglocken manches durch die fortgeschrittene Technik geschaffene Hilfsmittel verwendet, daß aber die Grundprinzipien der Herstellung noch immer die gleichen sind, wie zu jener Zeit, die Schiller vor Augen hatte, als er sein unsterbliches Lied von der Glocke schrieb:

„Ziehet, ziehet, hebt.
Sie bewegt sich, schwebt.
Freude dieser Stadt bedeute,
Friede sei ihr erst Geläute."

Euphonglocken bedürfen, im Gegensatz zu Bronzeglocken, nach dem Guß einer gründlichen Bearbeitung mit der Feile.

Der Betriebsleiter prüft die fertige Glocke mit der Stimmgabel auf „Herz und Nieren".

Alle Photos: Volker v. Bonin, München

Lohnkonfektion und Besticken
von Bettwäsche (einschl. Bettdamasten) übernimmt leistungsfähige Industrie-Näherei, unweit Stuttgart. Zuschr. erbeten unter A 1151 an Wirtschaftsrevue, Khe., Veilchenstraße 35.

Transp. Zeichenpapier, Zeichenkarton, Millimeterpap., Logarithmenpap., Diagrammrollen, Registrierpapier, Reißzeuge etc. sof. lieferbar. Anfragen u. S 1075 an die Wirtschaftsrevue, Karlsruhe, Veilchenstraße 35.

Backofenverblender, weiß glas.
Schamotte, I. Sz. u. gemahlen, Steine u. „Platten, Bef. Ibrektplattel.
Prär. Wahrenberg, Ii. Prod. u. 1812, (23b) Aachen, Chirurgen.

Wer sucht
Auslieferungslager
in Nürnberg, 1 Minute v. Hauptbahnhof. Off. u. A 1155 an Wirtschaftsrevue Karlsr., Veilchenstr. 35.

Achtung!
Anzeigen-Annahme der Wirtschaftsrevue
Karlsruhe, Veilchenstr. 35
Telefon 9384

2Ltr. Citroen 11 PKW
in gut. Verfassung, restitutionsfrei, preiswert abzugeben.
Hesse & Nitschke, G.m.b.H., Lüdenscheid-Westfalen.

Zu verkaufen:
1 Schälmaschine, neuw., 22 mm Klotzlänge, 50 cm Ø, DM 3000.—
1 Hackmaschine f. Zündholzherstell., Schnittbreite 42 cm DM 1000.—
Beide Maschinen sind Fabrikate der Bad. Maschinenfabr. Karlsruhe-Durlach.
1 Messerschleifmaschine, neuw., mit autom. Vorschub, Länge 65 cm DM 350.—
2 Zentrifugen, Kupferkess. 75 cm Ø, 30 cm hoch, je DM 500.—
1 Dezimalwaage, 1000 kg, Plattform 100×200 cm DM 150.—
1 neuer Drehstrom-Generator, 25 kVA, 150 Per. 220/380 V., mit angebauter Erregermaschine, 1,15 kW, 150 V Nebenschlußregler DM 4000.—
Fassadenwerke Herm. Wimmer, Kappelrodeck (Bad. Schwarzw.).

Abonnieren Sie unser Blatt
und geben Sie uns damit die Möglichkeit, Sie laufend über die interessantesten und neuesten wirtschaftlichen Ereignisse in aller Welt zu unterrichten.

Bitte hier abschneiden!

An die „WIRTSCHAFTSREVUE" Karlsruhe
Karlsruher Büro Veilchenstraße 35

Bestellschein
Liefern Sie mir / uns die
„WIRTSCHAFTSREVUE"
Unabhängige Europäische Wochenschrift
ab ______ 1949 durch die Post / unter Streifband
zum Monatsbezugspreis von DM 2.—
zuzügl. Postzustellgebühr oder Porto
a) laufend b) für 1 Probemonat

Name / Firma ______
Beruf / Branche ______
Ort und Straße ______
(Datum) ______ ______ (Unterschrift)
(Nichterwünschtes bitte zu streichen)